

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Der SPD-Linken letztes Gefecht

Die alte Sozialdemokratie ist tot

Der Ausgang des Streits in der SPD um die Agenda 2010 kennzeichnet den politischen Charakter der modernen Sozialdemokratie: Sie ist zur Sozialabbau-Partei verkommen. Die verbliebenen Traditionalisten und Linken in ihr haben eben ihr letztes Gefecht geführt und eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Damit sind sie endgültig zu Randfiguren der Partei degradiert worden. Die so lange beschworene Einheit zwischen SPD und Gewerkschaften ist Vergangenheit. Zwar wird sie weiterhin die Partei mit den engsten Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung bleiben, doch die politischen Gegensätze und Konfrontationen werden zunehmen.

Die Sozialdemokratie, die sich immer als Arbeitnehmerpartei und als Partei der sozialen Gerechtigkeit verstanden hat, ist endgültig tot. Als SPD wird sie bleiben, ohne große Alternativen zu den konservativen Parteien anbieten zu können. Der inhaltliche Unterschied der SPD zu den anderen Parteien schwindet immer mehr. In den USA ist diese Entwicklung vorweggenommen, betrachtet man die geringen Unterschiede, die zwischen Demokratischer Partei und Republikanern noch bestehen.

Godesberg war der Schlußstrich im Selbstverständnis der SPD als demokratische Klassenpartei. Der neoliberale Charakter der SPD liegt nun offen zutage. In der Praxis war sie ja längst auf diesem Weg. Nun hat sie auch ihre politische Linie angepaßt. Ganz offen erklärte die Parteiführung, die Agenda 2010 sei erst der Anfang für den gesellschaftlichen Abbau auf allen Ebenen - freie Bahn also für den Ellbogen-Kapitalismus. Das Ganze wird dann noch mit dem verfälschenden Begriff „Reformen“ versehen. Schröder und die SPD-Führungsschicht der Clement, Steinbrück, Gerster, Schartau und Gabriel haben alle Wahlkampfversprechen gebrochen und machen nun selbst eine ähnliche Politik wie die Union. Der Parteiname bleibt und ist nur noch Betrug. Die SPD ist weder sozial noch demokratisch. Die herrschende Klasse braucht keine Partei des sozialen Ausgleiches mehr und die SPD will auch nicht mehr „umverteilen“. Was ist denn noch demo-

Fortsetzung Seite 3



Auf der Demonstration gegen Sozialabbau am 24. Mai in Nürnberg

Inhalt

- Die alte Sozialdemokratie ist tot, Seite 1
- In eigener Sache, Seite 2
- Steht die PDS vor dem Aus? Seite 9
- Siemens – Bericht aus der Hofmannstraße, Seite 14
- Nach dem Irakkrieg, Seite 15
- Der bittere Weg der POUM, Seite 20
- Um den 17. Juni 1953, Seite 29

Rezensionen:

- Aufgewärmte Uralt-Enten, Seite 31
- DDR-Intelligenz für Meinungsfreiheit und Recht, Seite 32
- Klassenmäßig klar – Juristen von der Weimarer Republik bis zur heutigen BRD, Seite 33

In eigener Sache

Unser Seminar in Landshut – zusammen mit den Gruppen International Dorfen und Landshut – verlief in freundschaftlichem Einvernehmen. Zu den jeweiligen Themen fanden rege und solidarisch geführte Diskussionen statt. Die Referate über POUM/Spanischer Bürgerkrieg sowie über den Irakkrieg und seine Folgen werden in dieser Ausgabe abgedruckt. Das Referat über die Entwicklung in China folgt in der nächsten Nummer.

Ansonsten steht die Innenpolitik im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Vor allem wird der Richtungskampf in der SPD behandelt, der Widerstand gegen Schröders Agenda 2010, der Protest der Gewerkschaften dagegen, ihre Niederlage und die Kehrtwende des DGB. Wichtig bleibt für uns auch die Entwicklung in der PDS, die skandalösen Zustände in der Parteiführung und der sich beschleunigende Rechtstrend in der Partei. In Fortführung unseres letzten Berichtes über die Auseinandersetzung bei Siemens in München, Hofmannstr., geht es um die weitere Entwicklung dort. Einige Rezensionen schließen sich an, vor allem über den 17. Juni 1953, von einem Genossen, der die Ereignisse selbst miterlebt hat.

Die Auseinandersetzungen um die Angleichung an die 35-Stunden-Woche im Osten Deutschlands sind noch nicht abgeschlossen. Den Streik und sein Ergebnis in der dortigen Elektro- und Metallindustrie sowie den Stahlabschluß werden wir daher in der nächsten Nummer behandeln.

Wir hatten der Frühjahrs-Ausgabe die üblichen Überweisungsvordrucke zur ABO-Zahlung 2003

beigelegt. Wir bedanken uns herzlich für die Überweisungen und die Spenden die eingingen. Einige Zeitungsbezieher haben noch nicht reagiert. Denkt daran, wir können nur dann wie bisher weiterarbeiten, wenn wir die Kosten für die **Arbeiterstimme** einigermaßen begleichen können!

An dieser Stelle möchten wir nochmals unser neu herausgegebenes Buch über den Spanischen Bürgerkrieg empfehlen. (Siehe Anzeige auf Seite 40)



Gesehen auf der Demonstration gegen Sozialabbau in Nürnberg

Impressum:

**Verantwortlich im Sinne des Pres-
serechts: Thomas Gradl, Bucher-
straße 20, 90408 Nürnberg; Druck:
Eigendruck im Selbstverlag**

**Verleger, Zuschriften: Thomas
Gradl, Postfach 910307,
90261 Nürnberg
arbeiterstimme@gmx.de**

Bankverbindung

**Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit

anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

kratisch an einer Partei, die widerstrebende Abgeordnete mit Drohungen und Erpressungen (Kanzlersturz) zur Zustimmung zur Agenda zwingt, so wie sie dies auch anlässlich ihrer Kriegsbeteiligung gegen Jugoslawien und Afghanistan schon vorgeführt hat. Selbst bürgerliche Parlamentarier hatten sich hin und wieder auf das Grundgesetz berufen: „Der Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verpflichtet“. Wenn die SPD zum Kanzlerwahlverein verkommen ist, so zeigt das, daß es den „Eliten“ der Partei vor allem um Macht und Posten geht.

Die 140-Jahrfeier der SPD grenzte unter diesen Umständen an Blasphemie. Die Gründer und früheren Parteiführer müßten im Grab rotieren ob der Verhöhnung der politischen Grundsätze und Ziele der alten Arbeiterpartei. Der Kabarettist Dieter Hildebrandt hat ihre Verkommenheit kürzlich so gekennzeichnet: „Ich habe gerade mit einem alten SPD-Mitglied gesprochen. Dieser Mann ist jetzt über 50 Jahre dabei und hat eben ein Dankschreiben bekommen. In dem steht, daß er maßgeblich daran Anteil habe, daß die SPD jetzt so ist, wie sie ist. Darauf hat der sofort zurück geschrieben, er verbitte sich diese Unverschämtheit.“

Objektive Veränderungen als Ursache der Rechtsentwicklung in der SPD

Die Rechtsentwicklung der SPD und die Veränderung ihrer personellen Struktur ist weniger auf politische „Fehler“ oder persönliche Wesensmerkmale von Parteiführern wie Vogel, Lafontaine und Schröder zurückzuführen. Ob rechts oder in der Mitte stehend, sie haben persönlich nur das ihrige dazu beigetragen. Der Grund für den Rechtstrend liegt vor allem in den großen objektiven Veränderungen in der Welt und in der deutschen Gesellschaft; diese finden subjektiv ihren Niederschlag auch in Mitgliedschaft und Apparat der SPD. Gerade jetzt zeigt sich deutlich, daß dieses Abdriften vom traditionellen Verständnis nicht allein das Werk der Führung ist, sondern engstens mit dem Zustand der aktiven Parteibasis verknüpft ist und den Stand bzw. den politischen Niedergang des Bewußtseins der Basis widerspiegelt.

In den Jahrzehnten seit Grün-

derung der BRD hat es in der Politik und Struktur der SPD gewaltige Brüche gegeben. Was gleich blieb, war ihr grundsätzliches Bekenntnis zum kapitalistischen System, dem die SPD stets alles andere unterordnete. Es kommt nicht von ungefähr, wenn die SPD - manchmal mit anfänglichem Sträuben - sich letztlich immer den strategischen Zielen der herrschenden Kapitalistenklasse unterworfen hat, wie es kürzlich die SOZ schilderte: „Vom Ersten Weltkrieg über den Kalten Krieg, die Wiederbewaffnung, die Notstandsgesetze, die Berufsverbote bis zum Ausbau der Atomenergie und den neuen Kriegen des 21. Jahrhunderts.“

Die Politik der SPD und ihrer Mitglieder waren immer geprägt vom Auf und Ab in dieser kapitalistischen Gesellschaft. So verlor der ihr zugehörige Teil der Arbeiterschaft in der Wiederaufstiegszeit des Kapitalismus nach dem II. Weltkrieg zusehends an Klassenbewußtsein. Ihr sozialer Aufstieg produzierte kleinbürgerliches Denken, das fortan auch die Politik der SPD bestimmte. Die technologische Entwicklung brachte einschneidende berufliche Differenzierungen, die sich in den Strukturen der Partei niederschlugen. Inzwischen ist es soweit, daß einfache Arbeiter oder Angestellte in Partei und Apparat kaum mehr etwas zu melden haben. Das hatte nachhaltige Folgen auf die Beziehungen zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bis hin zur heutigen Entfremdung. Die Globalisierung sowie die nun weltweite ökonomische und finanzielle Krise des Kapitalismus haben den Wert der Ware Arbeitskraft nach unten gedrückt.

Die neue Lage trifft auf entpolitierte und an Klassenzusammenarbeit gewohnte Lohnabhängige. Dermaßen geschwächt, werden sie zum Spielball der angeblichen Sachzwänge des Neoliberalismus. Angesichts der Wirtschaftsstagnation, fast fünf Millionen Arbeitslosen und einem zerrütteten Sozialsystem zittern alle um ihren Arbeitsplatz und warten wie gelähmt auf irgendwelche Hoffnungszeichen, daß alles wieder einigermaßen so wie früher wird. Bringen sollen dies die „Reformen“, die für die Massen jedoch in Wirklichkeit Verschlechterungen bedeuten. Doch für diese „Reformen“ trommeln die Fernsehstationen und Zeitungen,

der Arbeitgeberverband und die Handwerkskammer jeden Tag. Schröder kämpft verbissen um seine Agenda, als wäre sie die Lösung der Probleme; auch Stoiber und Merkel sind dafür, sie geht ihnen nur nicht weit genug. Wenn alle dafür sind - bis auf die „Betonköpfe“ in den Gewerkschaften - muß ja was dran sein, so die allgemeine Stimmung. Weit und breit ist auch keine relevante politische Kraft vorhanden, die sich dagegenstemmt. Die PDS - im Westen nie ernstgenommen - macht sich nun mit ihrer Anpassungspolitik an die SPD politisch selbst kaputt.

Als Mittel zur Lösung der Probleme - Wirtschaftsaufschwung, Verringerung der Arbeitslosigkeit, Erhaltung des Sozialsystems - ist diese Agenda 2010 ein totgeborenes Kind. Von Lappalien abgesehen, wird nichts vom Versprochenen Wirklichkeit werden. Nur die Umverteilung von unten nach oben geht weiter, zu Lasten der Lohnabhängigen und der Armen. Nun muß Eichel auch noch kleinlaut zugeben, daß die Finanzlö-



cher immer größer werden. Fachleute sprechen von einer Finanzkrise gigantischen Ausmaßes, die erst langsam erkennbar wird. Auch von neoliberaler Seite wird die Meinung vertreten, mit der Agenda 2010 wurde eine Maus geboren. Selbst Kapitalvertreter wie Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, sehen keine Wirksamkeit der Agenda: „Die konjunkturellen Effekte dieser Maßnahmen in den Jahren 2003 und 2004

dürften freilich eher prozyklisch, also abschwungverstärkend, sein.“ DIW-Experten sehen arbeitsmarktpolitisch ein „Nullsummenspiel“.

Die Frage ist nun, warum sich Schröder und die SPD-Führung so in diese Agenda verbeißen. Einmal wohl, weil sie das Tor öffnen soll zu noch größeren Grausamkeiten und die eigene Partei gezwungen werden soll diese mitzutragen. Außerdem müßte die SPD/Grüne - Regierung ihre Ratlosigkeit zugeben und eingestehen, daß im Kapitalismus das Problem Arbeitslosigkeit nicht zu lösen ist. Die ökonomische Krise ist Bestandteil dieses Systems, politische Eingriffe sind nur noch Kosmetik. Für die SPD ist das Kleben an der vermeintlichen Macht zum Selbstzweck geworden. So ist diese Agenda vor allem ein weiterer Kotau der Sozialdemokratie vor der Kapitalistenklasse; er soll zudem verhindern, daß sie von deren Medien noch mehr niedergemacht wird.

Die Globalisierung, die Wachstums- und Finanzkrise entzogen der SPD die Grundlage für sozialdemokratische Politik. Als Puffer gegen die kommunistische Ideologie wird sie nicht mehr gebraucht. Will sie weiter mitregieren, muß sie sich einreihen in die neoliberale Parteienwelt. Das ist das Ende einer Ära; es wird der SPD nicht gut bekommen. Der Platz ist bereits besetzt und eine „entseelte“ Partei kann nur noch eine schwache Partei sein.

Der Sturm im Wasserglas

Der Widerstand gegen Schröders Sozialabbau-Agenda schien anfangs beträchtlich. Da der neue Kurs das inhaltliche Selbstverständnis der

Partei betraf, war das auch nicht verwunderlich. Selbst nach langen Überredungsanstrengungen war die Parteimitgliedschaft zur Hälfte noch ablehnend. Eine Abstimmung im Parteivorstand ergab 33 Ja-Stimmen, bei fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen. Ausgehend von der ursprünglich noch größeren Ablehnung hatten Linke und Jusos zusammen mit Traditionalisten eine Kampagne entfacht: „Wir sind die Partei“. Sie leiteten ein Mitgliederbegehren ein. Die SPD, die in den siebziger Jahren noch eine Million Mitglieder umfaßte, ist

Zeichen für den Zustand der Partei!

Schlauerweise hatte die Parteiführung dem Sonderparteitag Regionalkonferenzen vorgeschaltet. Dort konnte schon mal Dampf abgelassen werden. Die Delegierten verkörpern vor allem jene Teile der Partei, die mit dem Establishment verbunden sind. Es ist einmal ausgerechnet worden, daß jedes vierte aktive Mitglied der Partei irgendeinen Posten oder eine Funktion verdankt, besonders dort, wo sie an der Regierung ist.

Ein Beispiel dafür, wie sich die Agenda-Gegner manipulieren lassen, gab die Bayern-SPD. Da bastelte die Landespartei an einem Leitartikel, den sie als inhaltlichen „Kompromiß“ ausgab, der aber in Wirklichkeit null Einfluß auf Schröders Offensive hat. Schon stimmten 97 % der Delegierten dafür, unter ihnen sogar Jusos-Chef Florian Pronold. Der angeblich „linke“ Fraktionsvize im Bundestag, Ludwig Stiegler, kennt seine aufrührerischen „Pap-



heute auf 673.000 geschrumpft. Zehn Prozent, also etwa 68.000 Unterschriften, waren demnach aufzubringen. Doch am 4. Juni waren erst 20.000 zusammengekommen. Nach dem Sonderparteitag und nach Schröders Drohung mit dem Rücktritt gibt es fast keine Resonanz mehr. Das Mitgliederbegehren ist gescheitert.

Auch die Austritte halten sich in Grenzen. Seit Jahresanfang gibt es einen Mitgliederschwund von 20.000, allein in Nordrhein-Westfalen waren es 5.000. Doch das ist nur teilweise als politischer Protest zu werten, da ständig ein „natürlicher Abgang“ stattfindet. Andererseits sagt das Minus aber auch aus, daß der Zugang durch die Jugend mehr als spärlich ist - auch ein

penheimer“: „Er wird bis zum Schluß für seine Sache kämpfen und dann solidarisch zur Mutter Kirche stehen“. Das wird auch für manche anderen der angegifteten „12 Apostel“ im Bundestag gelten, die bisher standhaft geblieben sind.

Auf dem Sonderparteitag am 1. Juni, bei dem die Rednerliste manipuliert wurde, bekam die Parteibürokratie eine Zustimmung von 90 %, ein großer Erfolg für Schröders Taktik. Eine Abstimmung ohne die erpresserische Rücktrittsdrohung hätte anders ausgesehen. Dafür steht der frenetische Applaus bei der Rede des Agenda-Gegners Otmar Schreiner mit „Zugabe, Zugabe“-Rufen. Aber für die große Mehrheit galt dann

doch das Motto: Lieber ein gebrochenes Herz als den Abschied aus der Regierung für wahrscheinlich viele Jahre (was aber durchaus trotzdem noch kommen kann...). Sinnbildlich hoben sie die rechte Hand und ballten die Linke in der Tasche.

Schröder hatte alle Korrekturvorschläge vorher zurückgewiesen. Als Ablenkungstheater erwies sich auch das von Generalsekretär Scholz mitverfaßte 14-Punkte-Papier, mit dem geschmacklosen Namen IWAN. Er fegte es regelrecht vom Tisch. Als Schmerzlinderung inszenierte die Parteiführung einen völlig unverbindlichen Perspektivantrag zur Langzeitarbeitslosigkeit, zur Erbschaftssteuerrhöhung, für Ausbildungsabgaben und für Finanzhilfen an die Kommunen. Nur an einem einzigen Punkt war die Parteiführung zu einer Änderung bereit: Älteren Arbeitern und Angestellten wird beim Arbeitslosengeld eine Übergangsfrist eingeräumt, bis die Demontagemaßnahmen voll in Kraft treten.

Es stellt sich die Frage, warum sich die Agenda-Gegner so wenig durchsetzen konnten. Da gab es schon rein zahlenmäßig eine große Täuschung: In den Medien wurde immer davon gesprochen, 100 der 251 MdBs der SPD gehörten der Parlamentarischen Linken an; 186 SPD-Abgeordnete seien Gewerkschaftsmitglieder. Nun muß man vorab auseinanderhalten, daß die „Parlamentarische Linke“ nicht mit den Linken in der SPD identisch ist. Erstere sind meist Old-Labour-Leute, das heißt sozialdemokratische Traditionalisten; die SPD-Linken im Bundestag sind dagegen nur ein Häuflein. Auch die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften sagt für sich genommen nicht allzuviel aus. Manche MdBs zahlen nur noch murrend ihren Beitrag. Mancher Abgeordnete ist bei der Parlamentarischen Linken oder bei den Gewerkschaften, weil das bei der SPD-Basis im Wahlbezirk Stimmen bringen soll. Bei der letzten Bundestagswahl haben 51 % der Ge-

werkschaftsmitglieder SPD gewählt. Ohne sie war bisher ein Wahlsieg der SPD undenkbar. Jetzt, wo ihr Zuchtmeister Schröder ihnen die Gretchenfrage stellte und den Verlust der Regierungsfähigkeit für die SPD als Schreckgespenst an die Wand malte, wo zudem für Agenda-Gegner die Wiederaufstellung im Wahlkreis als sehr gefährdet gelten muß, da fällt so manches Rebellenherz in die Hosentasche. Als es noch nicht ums Ganze ging, bei den Abstimmungen über Einzelfragen, hatte noch ein Drittel der Delegierten dagegen gestimmt.



Da konnte man noch tapfer sein, weil es keine Konsequenzen hatte. Die Frage bleibt, ob von den zwölf Aufrechten mehr als vier standhaft bleiben und damit die Regierungsmehrheit zu Fall bringen.

Die Schwäche der Agenda-Gegner kommt auch daher, daß sie politisch uneinig sind. So gibt es gegenüber einzelnen Punkten der Agenda verschieden scharfe Distanzierungen und unterschiedliche Alternativvorschläge. Der harte Kern der Agenda-Gegner wird von den Medien unflätig beschimpft und als uneinsichtige Betonköpfe diskriminiert. Die Agenda-Gegner sind auch organisatorisch nicht zusammenfaßbar. Viele können auch den persönlichen Zeitaufwand und die Geldmittel nicht aufbringen, was die Befürworter aufgrund ihrer

Zugehörigkeit zum Parteiestablishment oder wegen sonstiger Politpfründen leichter können. Die Aufspaltung der Agenda-Gegner hat vor allem einen politischen Hintergrund. Auch die SPD-Traditionalisten stehen auf dem Boden des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Ob ihnen das gefällt oder nicht, sie müssen sich damit den Zwängen und Gesetzmäßigkeiten des Systems unterwerfen. Die neoliberale „Logik“ setzt sich dann am Ende meistens durch.

Nach dem SPD-Sonderpartei-tag haben viele Agenda-Gegner bereits kapituliert und wollen „der Agenda erst einmal eine Chance geben“, so der Vorsitzende des linken Bezirks Hessen-Süd! Doch in der SPD wird nur Friedhofsruhe einkehren. Die Mitgliedschaft ist zum großen Teil verunsichert und frustriert. Viele werden sich aus der aktiven Arbeit in die innere Emigration zurückziehen.

Für das Kapital läuft alles bestens. Die SPD wird sich verbrauchen und die Union wird die nächsten Wahlen gewinnen. Das sieht auch Fritz Schösser so, MdB und DGB-Chef in Bayern: „Die überlassen uns die Drecksarbeit und die Verantwortung für Reformen, die der SPD für zehn Jahre das Gesicht kosten werden.“

Protest und Niederlage der Gewerkschaften

Die Empörung in jenen Gewerkschaftskreisen, die in ihrer Organisation doch noch etwas anderes sehen als ein bloßes Versicherungsunternehmen, darüber, daß die Wahlversprechen von der SPD gebrochen wurden, war groß. Das Eigeninteresse der Funktionäre und linker Kampfgeist fanden zusammen, um die Agenda 2010 doch noch zu verhindern. Der soziale Verrat der SPD-Führung wurde mit einer Presseoffensive beantwortet, in der harte Worte gegen die eigene Partei fielen. Der DGB bereitete örtliche und regionale Demonstrationen vor. DGB-Chef

Sommer befürchtete sogar einen Bruch der Gewerkschaften mit der SPD und warnte, die Gewerkschaften könnten einen Ausgleich in den nächsten Tarifrunden suchen.

Vor den Regionalkonferenzen der SPD kam es zu wütenden Protestkundgebungen mit zum Teil sehr kämpferischen Reden, wie etwa vor der Nürnberger Meistersingerhalle. Doch die Teilnehmerzahlen waren, im Verhältnis zur Mitgliederzahl, erschreckend niedrig. Vor dem Tor der Nürnberger Regionalkonferenz konnte der engagierte DGB etwa 700 Demonstranten aufbieten, die zum Teil mit Bussen von auswärts gekommen waren. Wenn man überlegt, daß es in der Region schätzungsweise allein über 2.000 Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre gibt, so zeigte sich, daß selbst von den Funktionsträgern die Mehrzahl nicht zu aktivieren war - ein erschreckendes Zeichen für den Niedergang der Gewerkschaftsbewegung.

Bei der zentralen Kundgebung in Berlin offenbarte sich das mangelnde politische Bewußtsein erneut. Eigentlich betrifft der Sozialabbau-Reigen ja alle Lohnabhängigen, nicht nur die Gewerkschaftsmitglieder. Doch über den militanteren Teil der Gewerkschafter hinaus kam keine Bewegung zustande. Beeinflußt von der Propaganda für „Reformen“, die von allen Seiten auf sie einprasselte, hat sich laut Umfragen die Hälfte der Bevölkerung für die Agenda ausgesprochen. Zum bundesweiten Protesttag am 24. Mai kam zu den 15 DGB-Veranstaltungen mehr oder weniger der harte Kern engagierter Gewerkschafter. Die Beteiligung war enttäuschend. Wenn es hoch kommt, waren es 90.000, und das bei 7,6 Millionen Mitgliedern! Nur 1,2 % der Mitglieder waren also dem Ruf gefolgt; die Blamage war offenkundig geworden. Die Medien, die noch kurz vorher von der Macht der Gewerkschaften und vom Gewerkschaftsstaat gefaselt hatten, sprachen nun vom „Scheinriesen“. Es wird Zeit, daß auch die Lin-

ken aufwachen, die glaubten, die Bereitschaft zu Proteststreiks wäre vorhanden. Der Streik in Schweinfurter Metallbetrieben war lediglich eine rühmliche Ausnahme.

Andererseits wären mehr zu aktivieren gewesen, aber die Menschen spürten die Halbheiten mancher Gewerkschaftsführer. Trotz großer Töne pflegten sie weiter ihr freundschaftliches Gehabe gegenüber für den Sozialabbau verantwortlichen SPD-Granden. Ganz so, als handle es sich dabei nur um ein Ver-



Auf der Demonstration gegen Sozialabbau am 24. Mai in Nürnberg

sehen und um etwas Vorübergehendes. Entlarvend für den gegenwärtigen Zustand des DGB war dann noch seine politische Spaltung. Drei Gewerkschaften, NGG, transnet und die drittstärkste, BCE, schlossen sich dem Protestkurs des DGB nicht an. Sie hielten - als sei nichts gewesen - weiterhin am Schmusekurs mit Kanzler Gerhard fest.

So kam es, daß am 1. Juni vor dem Gebäude des SPD-Sonderparteitags nur etwa 1.000 Gewerkschafter demonstrierten. Heftig kritisiert - u.a. vom IG-BAU-Vorsitzenden in Berlin, Lothar Nätkebusch - wurde der DGB-Vorstand, weil er sich am Protest nicht beteiligte. Den Agenda-Geg-

nern war sauer aufgestoßen, daß nach dem Desaster mit der geringen Beteiligung bei den Protesten Michael Sommer eine unvermittelte Wende vollzog. Entgegen aller Tatsachen behauptete er, die Gewerkschaftsproteste hätten bewirkt, daß die „größten Klötze“ aus der Agenda entfernt worden seien.

Da war der DGB-Vorstand schon auf Kapitulationskurs gegangen. Die Gewerkschaftschefs vereinbarten, sich auf dem Sonderparteitag selbst einen Maulkorb anzulegen und in die Diskussion nicht einzugreifen. Damit war der Weg zum schmachvollen Rückzug schon vorgezeichnet. Es verwunderte nicht mehr, daß Sommer eine „Protestpause“ bis Herbst ankündigte. Dem war ein Geheimtreffen zwischen dem Kanzler und Sommer vorausgegangen. War am Samstag, den 24. Mai, noch ein großer Protesttag des DGB mit scharfen Reden Sommers angesagt, so zeigten Pressefotos nur einen Tag darauf, am Sonntag, Schröder und Sommer in freundschaftlicher Umarmung. Manchen Gewerkschaftern, die sich die Mühe machten, zu den großen Demonstrationen zu fahren, stieg die Galle hoch. Sie fragten sich, welches Spiel wird da überhaupt gespielt?

Ein Treppenwitz: Sommer greift den gewerkschaftlichen Widerstand an

Im DGB-Organ „Einblicke“ schwadronierte der DGB-Vorsitzende, man könne mit der SPD, den Grünen und der Union (!) zu einem „positiven Diskurs“ über die gewerkschaftlichen Reformvorstellungen kommen. Dazu schrieben die „Nürnberger Nachrichten“: Sommer redete sich das für ihn miserable Ergebnis schön. Die Beschlüsse seien das eine, jetzt fange aber wieder das „reale Leben“ an und man könne „weiterhin mit Erfolgsaussichten gegen den Sozialabbau kämpfen“. Das „reale Leben“, das ist für diesen DGB-Vorsitzenden die Unterwerfung un-

ter die politische Macht von Kapital und Kabinett, wenn nur die Gewerkschaften als Organisation bestehen bleiben, mitsamt den Pfründen, die die Vorstandsetagen so reichlich bieten.

Sommer ging noch weiter, als er plötzlich zu der neuen Meinung kam, der öffentliche Gegenwind ergebe „eine neue strategische Lage“! Gerade hatte er noch gegen Schröders Scheinreformen mobilisiert, nun rief er die eigenen Reihen zu „mehr Reformbereitschaft“ auf! Die Gewerkschaften müßten ihre „alten Antworten“ überprüfen. Hatten die Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit Schröder kürzlich ein Gegenkonzept zur Sozialabbau-Agenda erstellt, wird es im Handumdrehen vom DGB-Vorsitzenden selbst verworfen: „Wir müssen dem Eindruck entgegentreten, den Gewerkschaften fiele nichts anderes ein als höhere Schulden und Steuern.“

Die politische Schwäche der Gewerkschaften wird offenbar

Man darf gespannt sein, wie IG Metall und ver.di auf den Umfall der DGB-Spitze reagieren und wie sie angesichts der politischen Spaltung im DGB weiter verfahren. Die Schmoldt und Konsorten gerieren sich nun als die besseren Realisten und verweisen dabei auf den Mißerfolg der beiden großen Gewerkschaften. Wie es scheint, schwenkt nun der bisher abwartende Teil in den Gewerkschaften auf ihre Linie ein. Sommers Umfall ist Ausdruck davon. Fast beschwörend wird erklärt, man müsse mit dieser Regierung trotz allem weiter kooperieren. Bei einer Regierung Union/FDP müsse man noch viel Schlimmeres befürchten. Stoiber habe gerade den Kündigungsschutz, das Tarifrecht und das Betriebsverfassungsgesetz angegriffen. Selbst Pläne zur Knebelung der Gewerkschaften werden einer evtl. Rechtsregierung nachgesagt; Thatcher habe es in Großbritannien ja vorgemacht.

Die Zeitung „Financial Times Deutschland“ hat kürzlich im Sinne des Kapitals eine ganze Liste sozialer Grausamkeiten entworfen, gegenüber der Schröders Agenda fast gemäßigt erscheint. Am Schluß des Artikels heißt es: „Wenn die Gewerkschaften da nicht mitspielen, sind sie eben zu entmachten.“ Das liegt auf der Linie Westerwelles, für dessen FDP „die Gewerkschaften ... eine Plage für unser Land“ sind. Oder wie es von der CDU Friedrich Merz ausgesprochen hat: „Wenn man den Sumpf



1. Mai: Pfiffe für Schröder

austrocknen will, darf man nicht die Frösche fragen.“ Weiter unten, in der mittleren Etage der CSU, ist man da schon radikaler. So schäumte in Nürnberg der Kreishandwerksmeister und CSU-Stadtrat Bernd Fett, die „Dummschwätzer der Industriewerkschaften“ müßten aus dem Weg geräumt werden; „diese Sommers, Bsirskes und Zwickels gehören in den Knast, die gehören eingesperrt.“ Die antigewerkschaftliche Kampagne wurde auch vom Magazin „Focus“ im März mit einer Titelgeschichte angefacht: „Wie die Gewerkschaften das Land im Griff halten“.

Es zeugt von mangelndem Selbstbewußtsein mancher Gewerkschaftsfunktionäre, wie sie sich von

dieser antigewerkschaftlichen Kampagne („Betonköpfe“, „Besitzstandswahrer“) beeindruckt ließen. Andererseits läßt es tief blicken, daß so wenige Mitglieder und „Betriebsfürsten“ ihre gewerkschaftliche Sache in den Medien durch Leserzuschriften verteidigt haben. Leider ist diese antigewerkschaftliche Kampagne bei breiten Bevölkerungsschichten auf fruchtbaren Boden gefallen.

Die geringe Unterstützung des Widerstands gegen die Regierungsagenda 2010 in der SPD und auch in den Gewerkschaften kommt auch daher, daß die Agenda-Gegner keine überzeugende und vor allem keine durchsetzbare politische Alternative aufzeigen konnten. Natürlich hat es eine Menge Alternativvorschläge gegeben, von den SPD-Traditionalisten, den SPD-Linken, von der revolutionären Linken und von Gewerkschaftsseite. Einerseits waren diese nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, andererseits waren sie vor allem von keynesianistischer Art. Diese Herangehensweise ist unter den heutigen kapitalistischen Bedingungen, bei 1,3 Billionen Euro Schulden der öffentlichen Hand und bei einem Stand des Schuldendienstes von 50 Mrd., nicht mehr gangbar. Eine Menge richtiger Maßnahmen wurde angesprochen, die zu Lasten des großen Geldes in diesem

Land gingen - doch wem nützt das, wenn sie weder von den Regierungsfractionen vertreten, noch je vom unionsdominierten Bundesrat akzeptiert werden. Wo keine politische Alternative erkennbar ist, läuft auch eine Widerstands-Aktivierung weitgehend ins Leere, wird sie für manche sinnlos. Auch das ist mit ein Grund für die politische Niederlage, die die Linke und die Gewerkschaften hinnehmen mußten. Schröder hatte die Protestierenden noch verhöhnt: „Die Backen voll, aber nichts im Kopf“ und nannte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer „Quengelen-Keifer“.

In anderen Ländern, vor allem in Frankreich und Italien, aber auch

in Österreich, haben Hunderttausende oder Millionen gegen einen ähnlichen Sozialabbau demonstriert, haben gestreikt oder gar Barrikaden gebaut. Das kommt nicht nur vom rebellischen Milieu. In diesen Ländern sind konservative bürgerliche Parteien an der Regierung. Anders als in Deutschland wird der Widerstand gemeinsam von Gewerkschaften und

Einfluß der Gewerkschaften unter den Lohn- und Gehaltsabhängigen geht über den Bereich der Mitgliedschaft hinaus. Nach Umfragen meinen 38 %, die Gewerkschaften würden „die Interessen aller Arbeitnehmer“ vertreten. (47 % sehen den Einfluß der Gewerkschaften als zu groß an.) Trotz der alles in allem für die Gewerkschaften negativen Entwick-

entgegenzutreten, werden die Gewerkschaften unglaublich. Zudem können Gewerkschaften auch kein Parteiersatz sein.

Es ist nicht zu übersehen, daß sowohl der SPD-Linken als auch den Gewerkschaften eine einschneidende Entwicklung schwer zu schaffen macht: Das Ausscheiden einer ganzen Generation von Aktiven, die so-



*Gewerkschaftsprotest in Ansbach/
Mittelfranken*

Linksparteien organisiert. In diesen Ländern gibt es auch eine außerparlamentarische Opposition. Die Sozialdemokratie kann sich dort also noch anders geben, als sie wirklich ist, nämlich als Verteidigerin der sozialen Errungenschaften - natürlich nur so lange, bis sie selbst wieder in den Regierungssesseln sitzt.

Trotz allem – ein Viertel der Bevölkerung gilt als gewerkschaftsbewußt

Die Gewerkschaften haben in den letzten zehn Jahren etwa vier Millionen Mitglieder verloren, vor allem durch die ökonomische Wende im Osten und durch die Firmenzusammenbrüche und Fusionen im Westen. Heute gehören den DGB-Gewerkschaften noch ca. 21 % der Beschäftigten an. Doch der Anteil der Rentner unter den Mitgliedern liegt bereits bei ebenfalls 21 %. Aber der

lung scheint ein zuverlässiger Kern der Lohnabhängigen bei Tarifkämpfen und Betriebsauseinandersetzungen weiterhin mobilisierbar. Je nach Institut empfinden immerhin 15 % bzw. 26 % den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gesellschaft als **zu gering**. 25 % der Bevölkerung finden, die Agenda 2010 gehe zu weit. Wenn es konkreter wird, sieht es noch besser aus: Die Hälfte der Bevölkerung ist gegen Sozial- und Rentenkürzungen.

Die Gewerkschaften wären also durchaus noch in der Lage, soziale Anliegen durchzukämpfen, evtl. auch durch Streiks. Voraussetzung ist allerdings eine überzeugende Politik und eine entsprechende Mobilisierung. Anders sieht es auf dem Feld der Politik aus, wie wir gerade mit der Niederlage im Kampf gegen Schröders Agenda erlebt haben. Mit einer Politik der Halbheiten ist das nicht zu schaffen. Da der DGB alles vermeidet, der SPD-Politik grundsätzlich

wohl politisch gebildet als auch politisch bewußter waren. Ob in kommenden Kämpfen jüngere Funktionäre wieder zu Klassenbewußtsein oder zumindest Klasseninstinkt finden, ist nicht abzusehen. Vorerst jedenfalls ist der Schaden mit der Niederlage in der Auseinandersetzung um die Agenda 2010 (IGM-Vize Peters: „Scheißdreck“) groß und der plumpe Umfall der DGB-Spitze hat die Verwirrung und Frustration noch vergrößert.

Immerhin, fast die Hälfte der Bevölkerung steht trotz der Medienhetze den Gewerkschaften noch abgeschlossen gegenüber. Bei etwa 25 % (bei den Arbeitern bestimmt noch mehr) ist ein Gewerkschaftsbewußtsein noch nicht erloschen. Es kommt in Zukunft darauf an, was man daraus macht.

Steht die PDS vor dem Aus?

Vom Friedensparteitag zum Putsch an der Spitze

Das Beste, das in letzter Zeit über die PDS zu lesen stand, war ein Aprilscherzartikel der „jungen Welt“, also die Vorspiegelung falscher Tatsachen. Der Artikel gab vor, die Berliner Parteiorganisation mit Liebich, Pau & Co. wolle wegen der neoliberalen Senatspolitik die Koalition

kündigen, um selbst am Leben zu bleiben. Naive mögen geglaubt haben, die Politmanager neuen Typs in der PDS hätten einen Rest sozialen Empfindens und die Fähigkeit zu nüchterner politischer Kalkulation wiederentdeckt. Leider war dies, nicht nur in Berlin, keineswegs so.

Zwar wird bisweilen immer noch links geblickt, beispielsweise durch Gabriele Zimmer am 16. 5. 2003 bei einer Bremer Wahlveranstaltung. Sie erklärte, Renten- und Gesundheitspolitik der Bundesregierung und die Agenda 2010 würden als angebliche Notwendigkeiten verkauft, während die enormen Exportüberschüsse alles andere als eine zu hohe Last an Unternehmenssteuern anzeigten. „Wir werden uns“, so Zimmer markig, „als PDS gegen den Terror der Ökonomie ebenso vehement wehren, wie wir es auch gegen den Krieg getan haben.“

Die Taten Parteiverantwortlicher standen solchen Worten entgegen. Im Februar 2003 billigte ein Berliner Landesparteitag die Fortsetzung jenes asozialen neoliberalen Kurses, mit dem die SPD/PDS-regierte Bundeshauptstadt allen Regionen voraneilt. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern annullierte am 22. 3., nach Beginn der US-Aggression gegen den Irak, einen früheren Beschluss, seine Minister aus dem Bündnis mit der SPD zurückzuziehen, wenn die BRD-

Regierung am Krieg teilnehmen oder – was inzwischen geschah – ihn „logistisch unterstützen“ sollte. Im „Neuen Deutschland“ vom 29./30. 3. wiederum bezeichnete Gregor Gysi, Spitzenmann der Parteirechten, es als wichtig, „zur Stärkung der UNO und

ihres Sicherheitsrates einschließlich seines Gewaltmonopols zurückzukehren“, was darauf hinauslaufen dürfte, den Parteitagsbeschluss von 2000 in Münster zu kippen, der gegen jede deutsche Kriegsbeteiligung, auch mit UN-Mandat, gerichtet war.

Hiksch wies den Vorstoß zurück. Parteichefin Zimmer, auf Zusammenarbeit mit den Rechten bedacht, bezog eine Position zwischen Ja und Nein. Sie wandte sich gegen „sinnlose Diskussionen über Beschlüsse vergangener Parteitage“, gab aber zu bedenken, in Münster habe niemand wissen können, „dass sich die UNO einmal so deutlich dem Druck der USA widersetzt... Insofern hat der Irak-Krieg bei uns zu einer gewissen Neubewertung der UNO geführt.“ Offenbar soll das heißen, mit dem Münsteraner Beschluss müsse man es nicht so genau nehmen.

Sonderparteitag

Zum 5. April berief die PDS-Führung einen Sonderparteitag zur Friedensfrage nach Berlin ein. Er galt dem Zweck, innerparteiliche Einigkeit sowie Verbundenheit mit progressiven Gruppen und Personen zu demonstrieren. Eine Fortsetzung der Grundsatzdebatte von Münster suchte der Vorstand zu verhindern. Der Parteitag forderte die Beendigung des Aggressionskriegs gegen den Irak und seiner Unterstützung durch die BRD, die u. a. in fort-

dauernden Überflugrechten für die USA und bundesdeutscher Teilnahme an AWACS-Einsätzen in der Türkei bestand, ferner die Umwandlung der NATO in ein nichtmilitärisches Sicherheitssystem. Gabi Zimmer ließ neben einer treffenden Kennzeich-



PDS-Plakat zur Agenda 2010

Zudem soll die Partei dazu beitragen, dass Europa zum „selbständigen Faktor gegenüber den USA“ mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik, ergo auch Militärmacht wird, wie die Regierung Schröder es mit anstrebt.

Bundesgeschäftsführer Uwe

nung der US-Administration als des potentiell größten Zivilisationsfeindes der Geschichte wissen, dass zur „europäischen Friedenspartei“ außer PDS und Papst noch Schröder, Fischer und Chirac gehörten. Für den Friedensnobelpreis, meinte sie, wären Kofi Annan und Hans Blix erste Wahl. Diese hatten gerade dafür gesorgt, dass der Irak gegenüber Völkerrechtsbrecher Bush an Abwehrkraft einbüßte.

Der Friedensparteitag der PDS nahm sich z. T. halbseiden aus. Delegierte wie André Brie drangen darauf, die „real existierende UNO“ zu stärken. Sie sagten nichts darüber, dass die Organisation erst gründlich verändert, nämlich aus dem Washingtoner Machtbereich gelöst und demokratisiert werden müsste, um ein wirksames Instrument für den Frieden zu sein. Vertreter der Rechten bzw. selbsternannten „Reformlinken“ – Berlins Kultursenator Flierl, Mecklenburgs Arbeitsminister Holter, Ex-Bundesgeschäftsführer Bartsch, die MdB Pau und Lötzscherbosten sich über das angebliche Denkverbot des Parteivorstandes in Sachen Münster-Revision. Sie verlangten, UNO-Kriegseinsätze grundsätzlich zu akzeptieren, und kündigten derart die Fortsetzung ihrer Kampagne zur Umwandlung der PDS in eine vollends systemkonforme Partei an. Wieder zeigte sich die Bundesvorsitzende nachgiebig. Die Linke aber spielte ihre bisher bescheidenste Rolle auf einem Parteitag. Nachdem die Bundesarbeitsgemeinschaft Linke Opposition vorher zum Nein gegen jede Unterstützung des US-Angriffskrieges durch die BRD noch den Sofortaustritt aus der NATO verlangt hatte, bestand sie am 5. 4. nicht auf Letzterem. Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform) verwies zwar auf enorme Wählerverluste durch die neoliberale Berliner SPD/PDS-Politik, forderte aber keine Abkehr davon, sondern flehte nur: „Bitte, bitte jetzt nicht auch noch die Revision von Münster, sonst stehen wir bald bei fünf Prozent.“ Was soll von dieser Partei noch kommen? Zwar hält sie am sozialen Image und an der Definition des Krieges als völkerrechtswidrig fest. Doch reicht das keineswegs aus, wirksam am Kampf für Frieden und eine bessere Zukunft für die Bevölkerungsmehrheit teilzu-

nehmen, geschweige denn zu sozialistischer Politik. Die galoppierende Schwindsucht, die an der PDS seit ihrem Kurswechsel nach rechts zehrt, äußerte sich auch darin, dass ein Drittel der Delegierten und viele Fernsteams dem Friedensparteitag fernblieben.

Putsch der Pseudo-Reformer

Ende April, Anfang Mai kam es an der PDS-Spitze zum Putsch der Pseudo-Reformer. Es sind jene, die das Wahldebakel vom 22. 9. 2002



Parteivorsitzende Zimmer

maßgeblich mitverursacht hatten und beim anschließenden Versuch, intern die volle Macht zu erringen, auf dem Geraer Parteitag unterlegen waren. Ihr neuer Vorstoß war erfolgreich. Zwar hatten sie sich durch Verweigerung von Parteiarbeit selbst aus der Bundesführung herauskatapultiert, nahmen aber in den östlichen Bundesländern weiter starke parlamentarisch-administrative Positionen ein und wurden von Zimmer eifrig umworben. Ihnen kam zugute, dass der Geraer Bruch halbherzig gewesen, eine demokratisch-antikapitalistische Offensive der Parteimehrheit ausgeblieben, die PDS-Mitte ungeschlüssig, die Linke weiter gespalten war. Die Bundesvorsitzende, in Gera durch Mitte-links vor ihren rechten Peinigern gerettet, lief nun zu diesen über. Am 15. 3. 2003 verdeutlichte sie das beim Treffen der weiblichen Parteitagsdelegierten. Doch drang darüber wenig an die Öffentlichkeit, weshalb Parteilinke und Basis sich in

Sicherheit wiegten.

Der PDS-Vorstand hatte politischen Nachholbedarf. Am 26. 4., fast anderthalb Monate nach Schröders auf Abbau des Lebensstandards der Massen zugunsten der Mächtigen gerichteter Agenda 2010, stand dies brisante Thema immer noch nicht auf der Tagesordnung des PV, obwohl es bereits Vorlagen gab. Zimmer forderte stattdessen, dass unbedingt sofort ein von Dieter Klein erarbeitetes Papier „Sozialistische Politik – Reformalternativen im Kampf um Gerechtigkeit“ erörtert werde. Dieses ursprünglich im Februar unterbreitete Schriftstück wirbt allgemein für mehr Demokratie, Frieden, Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität; es widerspricht insofern der PDS-Regierungspolitik, als es prinzipielle Verbundenheit mit Arbeitern, Angestellten, Gewerkschaftern und Mittelstand betont. Das Papier war als Zusatz zu Teil III des PDS-Programmwerfs der Partei gedacht und wurde im April durch bloßen Hinweis auf Schröders Agenda 2010 „aktualisiert“. Ähnlich der Programmkommission beschloss der Vorstand am 26. 4. mit 7 : 6 Stimmen, über die Vorlage dann zu beraten, wenn der entsprechende Programmteil dran war, genau einen Monat später. Zimmer ärgerte sich, blieb aber gelassen. Im Protokoll wurde der Entscheid unvollständig und damit falsch wiedergegeben - so, als habe sich die Vorstandsmehrheit definitiv gegen eine Erörterung der Vorlage gewandt.

Ein anderes Papier hatte die Vorsitzende am 26. 4. nicht zur Diskussion gestellt. Es stammte vom Vorstandssprecher für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen, Harald Werner, und war direkt gegen die Agenda 2010 gerichtet. Werner schlug vor, durch Anpassung der öffentlichen Investitionen an die Sätze in vergleichbaren Ländern, Maßnahmen zur Verminderung der jährlich zwei Milliarden Überstunden sowie Lösung sozialer und ökologischer Aufgaben 760 000 Arbeitsplätze zu schaffen, was sich auf die Massenkaufkraft positiv auswirken würde. Möglich wäre das bei leistungsgerechter Besteuerung der Einkommen aus Gewinn und Vermögen und einer Arbeitsmarktgabe. Gewissermaßen zum Ausgleich für ihre Ignoranz diesem Vorschlag gegenüber, die Wer-

ner unterdes zum Austritt aus dem Bundesvorstand veranlasst hat, griff Zimmer einen Antrag von PV-Mitglied Barbara Borchardt auf, sich endlich mit der Agenda zu beschäftigen. Mit anderen Spitzenfunktionären, darunter Wolfgang Gehrcke und André Brie, bündelte die Vorsitzende vorhandene PDS-Vorstellungen zum Appell „Für eine Agenda sozial. Streitruf der PDS für Zukunft durch Gerechtigkeit“. Die kleine Schrift birgt nirgendwo Neues, ist aber nicht schlecht zu lesen. In manchem widerspricht auch sie der PDS-„Realpolitik“ in Berlin, mit Abstand in Mecklenburg-Vorpommern. Gabi Zimmer trug sie der Presse am 29. 4. stolz als selbst initiiertes Werk vor. Tatsächlich, so ergab sich, ist die Schrift nur zufälliges Nebenprodukt einer Kampagne, Mitte-links aus dem Vorstand zu drängen, wobei sie Alibi-funktionen für die Rechte erfüllt.

Die Streiter in diesem Feldzug traten am 28. 4. mit Brandenburgs Landesvorsitzendem Ralf Christoffers an die Öffentlichkeit. Er forderte einen baldigen Sonderparteitag zu dem Zweck, Teile der Führung, vor allem den stellvertretenden Vorsitzenden Diether Dehm und Bundesgeschäftsführer Uwe Hiks, abzulösen. Christoffers wusste sich im Einvernehmen mit Zimmer. Seinen Vorstoß motivierte er mit der faustdicken Lüge, eine Mehrheit im Bundesvorstand um H. und D. weigere sich, Alternativen zur Agenda 2010 auch nur zu debattieren. Sie wolle sich gar nicht mehr mit Politik befassen. Beim Bewerten dessen, das wirklich im Vorstand passiert war, meinte Dehm, an den Vorgängen bei der SPD gemessen sei „unser Streit ein Engelsfurz“. Solche Realitäten hielten aber die zu allem entschlossene Parteirechte davon nicht ab, besagte Erscheinung in Donnerhall mit Blitz und Hagel umzudeuten. Brie und MdB Petra Pau, die Fraktionsvorsitzende von Sachsen-Anhalt Petra Sitte, zwei Landesvorstände, die Landespartei-chefs Berlins und Thüringens Liebich

bzw. Hausold, der Erfurter Fraktionschef Ramelow, der stellvertretende Bundesvorsitzende Porsch, Vorstandsmitglied Gehrcke, die Elder Statesmen Bisky und Gysi bestanden auf einem Säuberungsparteitag, weil sonst die PDS verloren sei. Unisono führten sie die angebliche Blockadepolitik gegen Anti-Agenda-Aktivitäten im Vorstand ins Feld, die gebrochen werden müsse. Der Schwindel wurde durch bürgerliche Presseorgane mitverbreitet und von vielen in und außerhalb der Partei geglaubt. Dietmar Bartsch hielt sich bedeckt



Diether Dehm



Uwe Hiks

und ließ, nunmehr Wirtschaftsberater im Immobiliengeschäft, wissen, „nie wieder so schlecht verdienen (zu wollen) wie im Bundestag“.

In Pressekonferenzen entrüstete sich die Bundesvorsitzende über Hiks und Dehm, die ihr oft widersprochen und sie düpiert hätten, und eine „Grüppchen- und Intrigengemeinschaft“, die versucht habe, den Programmwurf Brie-Klein-Bries zu ändern. Dieser Teil der Kampagne erreichte seinen Höhepunkt bei einer sogenannten Basiskonferenz der Parteiorganisationen Berlins und Brandenburgs am 24. 5. Mit tränen-erstickter Stimme versicherte darin Zimmer, als Vorsitzende habe sie „zu keinem Zeitpunkt die Chance gehabt, eigene Vorstellungen durchzusetzen“. Die PDS sei „von sich brutal bekämpfenden Flügeln okkupiert worden“. Den rechten, als deren Sprachrohr sie jetzt diene, nahm sie stillschweigend davon aus.

Am 2. 5. konferierte Zimmer mit

André Brie, den MdB Pau und Löttsch, ihr genehmen Vorstandsmitgliedern, den Parteiratssprechern, Landesverbandsvorsitzenden und „für die PDS in Regierungsverantwortung Stehenden“ – in einem Gremium also, das es laut Statut gar nicht gibt. Danach verkündete sie dessen Entscheidung, vor dem Sonderparteitag im Oktober müsse ein Sonderparteitag die neue Führung bestimmen und Alternativen zur Agenda 2010 diskutieren. Weiter unter Hochdruck stehend, entzog Zimmer, einem Vorstandsbeschluss zuwider,

Bundesgeschäftsführer Hiks die Zuständigkeit in Personalangelegenheiten. Für eine nochmalige Vorsitzendentätigkeit bedang sie sich aus, die PDS müsse ein Bekenntnis zur „grundlegenden Erneuerung“ im Sinne der „Reformer“ und zu Alternativen gegenüber Schröders „Sozialreform“, de facto wohl zur Mitarbeit daran, ablegen. Bei einer zweiten Konsultation mit den Ost-Landesfürsten am 7. 5., von der die westlichen erneut ausgeschlossen waren, er-

wies sich aber, dass die selbsternannten Parteidiktatoren Zimmer wegen ihres Auftritts beim Geraer Parteitag immer noch misstrauten. Daher gab sie ihre „ganz persönliche Entscheidung“ bekannt, nicht wieder für den Vorsitz zu kandidieren. Am 9. 5. berief der Bundesvorstand mit 13 Stimmen bei 5 Enthaltungen den Sonderparteitag zum 28./29. 6. nach Berlin ein. Er setzte sich über das statuarische Gebot hinweg, dass dergleichen erst mindestens zehn Wochen nach dem Einberufungstermin zulässig ist.

„Wenn ein Flügel versucht, den anderen aus der Partei zu drängen“, so die erztolerante Gabi Zimmer, „wird das ein Nullsummenspiel werden, das die Partei letztendlich kaputt macht.“ Selbstkritisch gemeint war der Ausspruch ebenso wenig wie einer von Gysi, „eisernen Machttaktikern“ sei nicht zu trauen; die Partei müsse sich „von Scharlatanerie und Schaumschlägereien befreien“. Er attackierte damit Dehm und Hiks,

denen das nicht nachzuweisen ist. Gysi fügte Weisheiten über „Sachzwänge“ auf die PDS hinzu: Erstens könne die Partei nicht frei entscheiden, ob sie irgendwo mitregieren will. Zweitens müsse sie in Berlin wegen des Muts der einstigen Frontstadt-SPD, sie mit ins Bett zu nehmen, „diesen mutigen Schritt... honorieren und auch ein bisschen Dankbarkeit zeigen“.

Vergebens hatten Hiks, Dehm und fünf weitere Vorstandsmitglieder versucht, rechte Anwürfe durch wahrheitsgetreue Darstellungen zu stoppen. Gleichfalls vergebens machten Hiks und Harald Werner, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf, auch der Schweriner Umweltminister Wolfgang Methling und MdB Gesine Löttsch das hinter den Kulissen agierende, aus „grauen Parteieminenzen“ bestehende „Küchenkabinett“ an der PDS-Spitze publik, das jahrelang in die Vorstandsarbeit hineingeredet und Medienkontakte genutzt hatte, um missliebige Genossen und vermeintliche Linksabweichler auszugrenzen. Zum Scheitern verurteilt waren Bestrebungen der kommunistischen Plattform, von Gruppen junger und älterer Genossen und des Sprecherrats des „Geraer Dialogs“, den Zug Richtung Sonderparteitag zu stoppen, weil er, wie der Rat befürchtet, „ein Akt der Zerstörung der Partei“ sein könnte. Auch würden so in schwieriger finanzieller Situation mehrere 100 000 Euro vergeudet. Gleichmaßen wesentlich ist die Erkenntnis des Sprecherrats, einer sozialistischen Partei müsste es angesichts massiver wirtschaftlicher Krise, einer Arbeitslosenarmee von demnächst fünf Millionen, flächendeckenden Sozialabbaus, fortdauernder Kriegsgefahr von US-Seite bei gleichzeitigem Aufbau einer europäischen Interventionsarmee sonst leicht möglich sein, weite Bevölkerungskreise zu erreichen. Vielleicht soll deshalb die PDS als ernstzunehmende Opposition ausgeschaltet werden.

Der rechte Parteiflügel setzte seine Offensive fort. Dabei wandten die Streiter für Demokratie und Gerechtigkeit weiter statutenwidrige und undemokratische Methoden an. Nach mehrtägigem Gerangel um den Spitzenposten und einem dritten Treffen Zimmers am 14. 5. mit den

Landesvorsitzenden – diesmal auch zwei westlichen – verlautebarte die amtierende Parteichefin, der frühere, 2000 aus dem Amt geschiedene Bundesvorsitzende Lothar Bisky sei zu erneuter Kandidatur bereit. Minister Methling werde ihm als Vizevorsitzender zur Seite stehen. Beide gelten als integrativ.

Bisky selbst hat seine Kandidatur eine Notlösung genannt. Gysi bezeichnete sie als „Zeichen der aktuellen Schwäche der PDS, nicht von deren Stärke“. Die Europaabgeordneten André Brie und Helmuth Markov



Berliner Wahlplakate der PDS

verlangten indes, dass die Bisky-Lösung „positiv inszeniert wird“.

An Parteibasis und Wähler gewandt, äußerte sich der Bundesvorsitzende in spe populistisch. „Wir haben... die Pflicht, diese linkssozialistische Partei zu erhalten“, erklärte er. Er sei darüber sauer, „dass bislang nur die Gewerkschaften den Mut haben, sich der Agenda 2010 des Kanzlers entgegenzusetzen.“ Dass die Kassen leer sind, sei „kein Naturgesetz. Wir haben in diesem Land unheimliche Vermögen und Besitztümer. Statt diese heranzuziehen, geht jeder Reformschritt zu Lasten der kleinen Leute.“ Nötig und möglich wären eine einmalige Vermögensabgabe, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, das Schließen der Schlupflöcher und Steuereintreiben bei allen, auch den Reichen. Der hier angedeutete Kurs wäre das Gegenteil dessen, was mit Zustimmung der PDS vornehmlich in Berlin praktiziert

wird. Doch gerade die Regierungsozialisten stehen hinter der Bisky-Kandidatur. Sie dürften schwerlich schizophren sein. Bisky selbst hat bei der sogenannten Basiskonferenz am 24. 5. zu verstehen gegeben, dass seine radikale Rhetorik nicht ernstgemeint ist. Er konterte Angriffe auf die Mitregierer in Berlin wegen Beihilfe zur neoliberalen Umverteilung mit dem Hinweis, was die Berliner Parteiorganisation mache, sei „von großer strategischer Bedeutung für die Bundespolitik“; endlich werde Antikommunisten die Angst vor der PDS ausge-



trieben.

Der „Babelberger Intellektuelle“ und Parteichef von morgen offenbarte, dass er von politischer Logik und Geschichte wenig Ahnung hat. Er versicherte, bis heute nicht zu wissen, „was die Beschlüsse vom letzten Parteitag in Gera eigentlich bedeuten“. Zu Gysis Kommentar, diese Vorsitzendenkandidatur folge der Devise „zwei Schritte zurück, einer nach vorn“, bemerkte Bisky, ja, das habe Lenin bei der „Einführung der Neuen Ökonomischen Politik“ gesagt. Tatsächlich stammt das verballhornte wiedergegebene Zitat keineswegs aus dem Jahr 1921. Es ist Titel der Streitschrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ von 1904, in der sich Lenin mit den Menschewiki über Fragen der Parteiorganisation auseinandersetzte.

In der Sache blieb Bisky eisenhart im Sinne der „Reformer“. Nur bei vorheriger Richtungsentscheidung der Partei für Realpolitik, er-

klärte er, werde er ihr als Chef zur Verfügung stehen. Eine Behandlung der Eigentumsfrage wie durch die Bolschewiki (die niemand verlangt hat) wäre Abenteuererium. Auf der Berlin-Brandenburger Konferenz am 24. 5. legte er „den Exponenten der Flügel“ – sicher nur denen des linken – nahe, „mal ein Jahr auszuhalten, ohne im Vorstand zu sitzen“. Praktisch würde das die Aussetzung des innerparteilichen Pluralismus bedeuten. Der „Leipziger Volkszeitung“ vom 26. 5. gegenüber äußerte er, Zusammenarbeit mit Hicks und Dehm in der Parteispitze sei undenkbar. Bei der Vorstellung von Ex-MdB Rolf Kutzmutz als künftigen Bundesgeschäftsführer erklärte Bisky „Harmonie“ zwischen einem Träger dieses Amtes und dem Vorsitzenden zur Lebens- und Sterbensfrage der Partei.

Zur künftigen PDS-Politik und den Bedingungen, sie durchzusetzen, äußerten sich diverse rechte Führer. Thomas Falkner, vordem Leiter der Abteilung Strategie und Grundsatz beim Bundesvorstand, antwortete auf die Frage, wo und wann „moderner Sozialismus als transformatorischer Prozess“ beginne, mit: In der Regierungsbeteiligung. Die Themen der Agenda 2010 – Veränderung sozialer Sicherheitssysteme und Arbeitsmarktreform – müssten akzeptiert werden. Landesvorsitzender Christoffers sah im kommenden Sonderparteitag die Chance, „den Übergang zu einer politisch handlungsfähigen Partei zu zementieren“. Gysi erheischte „mehr Solidarität der Parteispitze mit den Regierungsbeteiligungen“, desgleichen „eine vernünftige Diskussionskultur, ein klares Bekenntnis zum Reformsozialismus und das passende Personal“. Zimmer verwandte sich für die fast unveränderte Annahme des Programmwurfs: Korrekturen würden „dramatisch“ sein. Der Sonderparteitag Ende Juni müsse Voraussetzungen für die Annahme schaffen. Um den Erfolg der Rechten sicherzustellen, wurde an der Parteispitze festgelegt, beim Kongress müsse erst gewählt werden, danach dürfe man inhaltlich diskutieren. Bundesgeschäftsführer Hicks ist von der

Parteitagsvorbereitung ausgeschlossen. Der „jungen Welt“ vom 12. 5. zufolge soll er auch keinen Tätigkeitsbericht abgeben dürfen, weil sonst – so Zimmer – die „Gefahr“ bestehe, dass er etwas anderes sage als sie. In derart lichte Höhen ist die PDS-Demokratie aufgestiegen! Dennoch meint ein bekannter Nachwuchs-Rechter, das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Benjamin Hoff, „Reformer“ hätten noch immer Grund, sich zu fürchten: „Wir alle haben richtig Muffensausen vor dem Parteitag.“



Zukünftige Vorsitzender? Lothar Bisky

Die PDS-Linke gibt z. T. trefende Urteile ab, ist aber faktisch nicht aktionsfähig. Das Marxistische Forum beklagte am 9. 5., dass „Regeln innerparteilicher Demokratie... durch Willkürregeln eines Ausnahmezustands abgelöst“, der Parteivorstand ausgeschaltet und zur Rücktrittsbereitschaft gezwungen wurden. „Ausgerechnet in einer Situation, da die SPD mit ihrer Politik der rigorosen Demontage von sozialen Leistungen einem neuen geschichtlichen Desaster entgegengeht, treten nun maßgebliche Politiker der PDS an, Ansätze einer stärkeren sozialistischen Profilierung der PDS zu beseitigen und die Führung auszuwechseln, um den alten, offensichtlich gescheiterten Kurs

fortsetzen zu können.“

In einem Gespräch mit der „jungen Welt“ vom 17./18. 5. gingen Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf an die Problematik linker innerparteilicher Ohnmacht unterschiedlich heran. Erstgenannter gab zu bedenken, dass man nur über eine Minderheit von zehn Prozent verfüge und lediglich in Einzelfällen bis zu 25 Prozent mobilisieren konnte. Wolf wies auf die „Reformern“ zugefügten Niederlagen von Münster und Gera hin, die mit durch koordiniertes Vorgehen der Linken verursacht wurden. Hätten sich Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum, Linke Opposition und Geraer Dialog auf Änderungsanträge zum Programmwurf geeinigt, wären einige ihrer Anträge durchgekommen. Anders als Heuer konstatierte Wolf, es sei nur bis Ende Juni Zeit, Einfluss auf das neue Parteiprogramm zu nehmen. Dann werde der nächste Sonderparteitag entscheiden, „ob die Linke überhaupt noch einen Klappstuhl im Karl-Liebknecht-Haus haben wird oder ob alles von da an nach alter Politbüro-Manier gesteuert wird“. Heuer mutmaßte über die Zukunft der PDS: „Es kann sich noch eine Weile hinziehen und ein langer unschöner Tod werden.“

Die AG Betrieb und Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommerns um Monty Schädel hat sich darauf geeinigt, den Parteitag abzuwarten und dann über ihren Verbleib in der PDS zu entscheiden. Ingo Wagner vom Arbeitskreis Marxistische Theorie und Politik in Leipzig hält die Sache für gelaufen. „Die PDS befindet sich im freien Fall“, meinte er. „Das wird auch der Sonderparteitag nicht ändern. Wenn der Programmwurf in Chemnitz angenommen wird, ist das Schicksal der PDS als sozialistische Kraft besiegelt.“ Die Linke habe Nachtrapolitik betrieben und es versäumt, sich rechtzeitig politisch-programmatisch zu formieren. Sie habe keine Möglichkeit mehr, ernsthaft in das Geschehen einzugreifen.

B. M., 31. 5. 2003

Massenentlassungen und Widerstand bei Siemens

Wir hatten in den Nummern 138 und 139 der Arbeiterstimme darüber berichtet, wie die Angestellten im Siemens-Werk München Hofmannstraße sich gegen ausgesprochene und geplante Massenentlassungen zur Wehr setzen. Unseres

Wissens ist ein so langer und konsequenter Widerstand in einem reinen Angestelltenbetrieb dieser Größe bisher einmalig in Deutschland. Wir halten die Ereignisse für wichtig und beispielhaft genug, um weiter darüber zu berichten.

Unter dem Titel „Schöne Neue Siemens Welt“ haben die IG Metall Bayern und das Münchner Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) eine Studie über den Wandel von der „Siemens-Familie“ zur „new corporate culture“ herausgegeben. Die Studie schildert und analysiert die Auseinandersetzungen um die Massenentlassungen in der Hofmannstraße. Sie dokumentiert eklatante Mißstände wie die Nichteinhaltung des Kündigungsschutzgesetzes und der Beteiligungsrechte des Betriebsrats durch den Konzern.

Am 30. April hat die Siemens AG eine einstweilige Verfügung gegen die Verbreitung der Broschüre beantragt. Jeweils 50.000 € sollten die beiden Herausgeber und der Autor Conrad Schuler für jedes Exemplar als Schadensersatz an die Siemens AG zahlen. Die Broschüre könnte mit der Werkszeitschrift „Siemens Welt“ verwechselt werden und außerdem verrate eine Tabelle Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens.

Das Landgericht hat die einstweilige Verfügung aufgehoben.

Ein Vorschlag des Betriebsrats war unter anderem: Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen. Über 80 % der Übertariflichen im ICN-Bereich (Information and Communication Networks) haben dem zugestimmt. Ab 1. 8. 2003 wird die Arbeitszeit für alle vollzeitbeschäftigten ICN-Mitarbeiter rechnerisch um 2,5 Stunden wöchentlich verkürzt (ohne Lohnausgleich). Dies basiert auf dem Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Die Firmenleitung und der Betriebsrat einigten sich jetzt (am 18. 6.) nach langen Verhandlungen darauf. Die Arbeitszeitverkürzung endet am 30.

9. 2005. Betriebsleitung und Betriebsrat können ein früheres Ende vereinbaren.

Bereits (gegen bestehende Betriebsvereinbarung) gekündigte Jubilare, die in neue Arbeitsplätze bei Siemens vermittelt werden sollten, erhielten in den letzten Tagen einen Brief, in dem es heißt: „Wir bedauern

von Kündigungen halten wird.

Vor der Betriebversammlung im Mai hatte die AUB (Die Unabhängigen) ein Flugblatt an die Belegschaft verteilt. Sie fordern u. a. „die Abgabe geschöner oder schlichtweg falscher Geschäftszahlen an den Bereichsvorstand muß in Zukunft zur fristlosen Entlassung der verantwortlichen Manager führen.“ Eine populistische Forderung nach einem Bauernopfer. Einige Zeilen weiter bekommen die IGM-Betriebsräte für ihren Einsatz ihr Fett weg. Zitat: „zu verstehen ist dieses Verhalten der IG Metall-Betriebsräte, wenn man weiß, daß sie von Mitgliedern der DKP gesteuert werden. Ihr Mittelsmann ist der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende, der in der DKP eine leitende Funktion hat.“ Auf der Betriebsversammlung wurde dies von einem Sprecher der Betriebsleitung wiederholt.

Mit solchen Anwürfen konnte früher Beifall geerntet werden. Diesmal war eisiges Schweigen die Reaktion; es rührte sich keine Hand. Die Belegschaft läßt sich von bewährten Betriebsräten nicht spalten.

Die über 900 neu in die IGM eingetretenen Mitglieder sind noch fast alle in der Organisation.

Im Mai wurden weitere 150 Kündigungsbegehren ausgesprochen. Zu Pfingsten sollten noch mehr Entlassungen folgen. Inwieweit diese durch die o. g. Vereinbarung entfallen werden, ist für uns noch nicht absehbar.

Am 17. Juni wehte vor dem Hochhaus und dem ICN-Informationcenter neben der Siemens-Flagge die rote Fahne. Trotz oder Hoffnung? Anfang oder Episode?

Es bleibt spannend.

Stand 18. 6. 2003



es sehr, daß es uns trotz intensivster Bemühungen nicht gelungen ist, Ihnen einen Arbeitsplatz zu vermitteln. ... Mit den hier aufgezeigten Aktivitäten betrachten wir unsere aus der Jubilarschutzregelung ... sowie aus dem Vermittlungsgespräch vom 29. 1. 2003 sich ergebenden Aufgaben als erfüllt. Sofern sie sich nicht bis 23. 6. 2003 für einen hiermit nochmals angebotenen Aufhebungsvertrag entscheiden, wird sich eine betriebsbedingte Kündigung nicht vermeiden lassen.“

Nicht gerade ein gutes Vorzeichen dafür, daß sich Siemens künftig an Vereinbarungen zur Vermeidung

Nach dem Irakkrieg

War die Aggression gegen den Irak für den US-Imperialismus ein Erfolg?
Sind die Hauptziele erreicht worden?



Dies zu beantworten müsste man erst mal definieren, was die Hauptziele waren.

Meiner Meinung nach waren die Hauptziele:

1. Die Etablierung des Imperiums USA und ihre Durchsetzung mit allen Mitteln, auch durch eine Kette von Kriegen.
2. Beherrschung der Ölregionen, auch im nahen Osten, für lange Zeit, um der US-Ökonomie einen Vorsprung zu verschaffen.
3. Mit sogenannten „ Stellvertreterkriegen“ werden die anderen imperialistischen Konkurrenzstaaten in die Schranken verwiesen. Dazu gehört ihre politische Schwächung und Erniedrigung, wie auch ihre Tributverpflichtung.
4. Die Herstellung der Sicherheit Israels, auf Kosten der arabischen Nachbarn, insbesondere des palästinensischen Volkes, am liebsten ein für allemal.
5. Die Kriegspolitik („ Kampf dem Terrorismus „) ist auch Ausdruck der Ablenkung der Bush-Frondeure von den wirtschaftlichen,

sozialen, finanziellen und gesellschaftlichen Krisen im eigenen Land. Es geht um die patriotische und militaristische Umformung der US- Gesellschaft. Die aggressive ökonomische und militärische Expansion bedarf der innenpolitischen Rückendeckung mittels Repression und Meinungsterror, der Beherrschung der Medien.

6. Mit dem erfolgreichen Irakkrieg ist der Beweis erbracht, dass der „ Rest der Welt „ auch zukünftige US-Aggressionen ohne offenen Widerstand hinnimmt.

Die Betonung des Weltbeherrschungsanspruchs der USA.

Das ist meiner Meinung nach erreicht worden. Und zwar mit der beabsichtigten Nachhaltigkeit. Nach der Vernichtung der unbotmäßigen Regime in Serbien und Afghanistan war der Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak eine Stufe neuer Qualität. Einmal wegen der Bedeutung des Landes als Ölproduzent, wegen seiner Größe und Potenz,

wegen seiner Lage im Zentrum der Ölregion (man denke an Saudi-Arabien), wegen seiner Bedeutung als Feind Israels und als gegebenes Manövrierfeld zur Erprobung der high-tech Waffen der US-Army. Dazu kommt, Washington hat sich - abgesehen von britischer Beteiligung - diesmal allein durchgesetzt: gegen den Willen anderer imperialistischen Mächte, gegen die UNO, unter verächtlicher Beiseiteschiebung der NATO, bei Missachtung des Völkerrechts, und gegen den Widerstand der Kirchen und des Papstes. Der angebliche „ Hort der Demokratie „ hat gezeigt, daß die Stimmung der Völker der Welt und ihre Demonstrationen gegen den Krieg für die Bush- Regierung keinerlei Relevanz besitzt, solange sie im eigenen Land nicht zum Problem wird. Die Wut der Straße in der Region und in der islamischen Welt konnte durch die herrschenden Repressionsregime kanalisiert werden, allen „ Experten- Analysen“ zum Trotz.

Die US- Regierung hat vorgeführt, daß sie für ihre Gewaltpolitik keine Regeln mehr anerkennt, und keine Rücksichten mehr einzuhalten bereit ist, es sei denn Zweckmäßigkeitsgründe sprechen dafür. Die USA beanspruchen die Oberhoheit in der Welt, sowohl gegenüber den „Verbündeten“ des Westens, wie gegenüber den abhängigen Staaten, die bisher schon dem Diktat der Weltbank, dem IWF und dem Einfluß des US- Außenamtes und der CIA unterworfen sind.

In erster Linie war der Krieg gegen den Irak eine entschiedene Warnung an alle noch vorhandenen aufsässigen Länder von Syrien bis zum Iran, von Kuba bis Nordkorea sich zu unterwerfen, oder sich anzupassen, sollen sie nicht früher oder später von der US-Militärmaschine ebenfalls heimgesucht werden. Lediglich die geographisch großen, bevölkerungsreichen Länder wie China oder Rußland, die sich auch im Besitz schlagkräftiger Atomwaffen

befinden, sind vorerst ausgeklammert - aber nur vorerst. Doch auch sie können weltpolitisch keinen großen Widerstand mehr leisten.

Militante soziale Bewegungen, linke und kommunistische Gruppen, Guerillakämpfer von Kolumbien bis hin zu den Philippinen, sehen sich verstärkt unter Druck und immer mehr von direkten US - amerikanischen Militärinterventionen bedroht.

Die Ölfrage

Mit dem militärischen und politischen Sieg über das Saddam - Regime haben die USA die Verfügung über die irakische Ölproduktion und die riesigen Ölreserven des Landes. Dabei ist es gar nicht nötig, die Regierungsgewalt selbst auszuüben. Sie werden willfähige Iraker dazu finden, die den US-Ölgesellschaften zu Diensten sind. Der irakische Anteil wird durch die sogenannten „Reparaturkosten“, Kriegskosten und Wiederaufbaukosten

für die Infrastruktur zusammenschmelzen. Eine Privatisierung käme der Enteignung des irakischen Volkes gleich. Die Briten werden einen Hapfen einfordern. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach einiger Zeit auch die sog. Kriegsgegner Frankreich und Rußland wieder beteiligt werden, um sie zur „Stabilisierung“ heranzuziehen. Vorerst jedenfalls triumphieren die US- Konzerne und mancher aus der Bush-Clique reibt sich schon die Hände. Die OPEC jedenfalls gehört zu den Verlierern, angesichts des mächtigen US-Einflusses auf die Ölproduzenten. Denn auch das labil gewordene Regime in Saudi-Arabien steht unter Druck Washingtons wie nie zuvor. Die innere Situation in dem Wüstenstaat jedoch gehört auch nach dem Truppenabzug zu dem Unabwägbareren, das auch ein Bush nicht im Griff hat. Die imperialistischen Konkurrenten der USA jedenfalls sind im Ringen um den Rohstoff Öl und seinen Preis ins Hintertreffen geraten.

Innerimperialistische Konkurrenz

Die USA sind aus der Auseinandersetzung um die Kriegspolitik als halbe Sieger hervorgegangen. Sie haben sich mittels Diktat durchgesetzt und aus mitsprachegewohnten Alliierten entweder Genötigte oder Verweigerer gemacht. So oder so hatten beide Kategorien nichts zu melden, ihre Interessen bleiben unberücksichtigt. Alle dürften demnächst antreten, um unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe ihren finanziellen Tribut zu leisten - dort jedenfalls

on gesprochen. Denn - trotz der indirekten Unterstützung der USA in Irakkrieg durch Deutschland, dem Votum - Gezerre in Paris und Moskau: es ist auch etwas einschneidendes passiert. Zum erstenmal seit Jahrzehnten verweigerten westliche Alliierte Washington in einer wichtigen Frage die Gefolgschaft. Die Entfremdung geht über die Regierungsebenen weit hinaus. Die Massenstimmung der Menschen in Frankreich und besonders in Deutschland gegen den Krieg wurde durch die Regierungshaltung und die Medienkampagne noch gestärkt.

Die Enttäuschung der Menschen über die US- Politik, über ihre Lügen und Machenschaften, die Entlarvung der Menschenrechtspostulate als Phrase führten zur Abkehr von der bisherigen Euphorie über die USA und ihre Politik. Das war besonders bei der Schülerbewegung zu spüren und wird zu einem erheblichen Teil bleibend sein. Der Musterschüler Deutschland ist



wo etwas zu holen ist, und auch nicht in der Größenordnung wie nach dem Golf-Krieg 1991.

Die EU wurde in dieser Auseinandersetzung tief gespalten. Von einem europäischen Gegenblock kann überhaupt keine Rede sein, nicht politisch und schon gar nicht militärisch. Auch die sogenannte Achse Frankreich, Belgien, Deutschland und Rußland war nur ein Zweckbündnis auf Zeit, wo unterschiedlichste Interessen der einzelnen Länder ausschlaggebend waren. Mit Gesinnung und Ideologie hat das alles nichts zu tun. Nach Eintritt der neuen Realität im Zweistromland fleddern ihre Interessen wieder auseinander und jedes der Länder sucht seinen Vorteil und biedert sich Washington neu an. Gegenüber den Öl- und Rohstoffherzeugerländern haben alle kapitalistischen Staaten das gemeinsame Interesse der Ausbeutung.

Und dennoch haben wir vom „halben Sieg“, der Bush Administrati-

jedenfalls passè. Freilich hat sich mit der mächtigen Friedensbewegung noch kein neues Bewußtsein herausgebildet, aber die Kritikbereitschaft ist gewachsen. Ein Aufschwung der Linken in Deutschland ist damit leider nicht verbunden.

In weiten Teilen der Dritten Welt ist die Wut gegen die Yankees ungeheuer, besonders in der islamischen Welt. Der bereits vorhandene Antiamerikanismus wurde gestärkt. Es ist eine diplomatische Niederlage und ein finanzieller Mißerfolg, daß sich die anderen arabischen Staaten (mit Ausnahme von Katar und Kuwait) im Gegensatz zu Golfkrieg II nicht beteiligt haben; besonders die Verweigerung der Türkei, trotz großer finanzieller Versprechungen, ist ein einmaliger Vorgang.

Die Komplizenschaft der USA mit Israel

Es war und ist im Interesse des US- Imperialismus sich in der Region Naher Osten auf Dauer auf eine

regionale Vormacht abstützen zu können. Eine solche enge Verbindung wird zudem von einer einflußreichen jüdischen Lobby in den USA seit Gründung des Staates Israel gefördert. Leider stellen sich nahezu alle jüdischen Gemeinden und Interessenverbände in Deutschland und anderswo hinter Israel und auch hinter die brutale Politik von Sharon, dem Massenmörder von Shabra und Shatilla. Seit vielen Jahren gibt Washington zur militärischen und wirtschaftlichen Stärkung Israels Milliarden-Summen aus, ohne den Konflikt mit den Arabern lösen zu können. Die Bush-Regierung geht nun einen entscheidenden Schritt weiter als die Vorgänger-Administration. Nicht nur, daß sie die barbarische Politik der Sharon-Regierung, die noch mehr als zuvor auf Landraub und Gewalt setzt, hinnimmt und dazu schweigt, wenn den Palästinensern die Lebensgrundlage zerschlagen wird. Die USA schieben nun alle Rücksichten auf die arabische Welt beiseite und verordnen einen Diktatfrieden, der mit dem ursprünglichen Plan eines Staates Palästina nichts mehr gemeinsam hat. Die Niederlage der Palästinenser und ihr Weg in die Verelendung könnten nicht größer sein. Die Lösung des Konflikts nach Bush-Manier besteht in der rigorosen Ausschaltung allen ernstlichen Widerstands. Auch dazu diente der Irakkrieg und die Unterwerfungsvorstöße gegenüber Syrien. Israel, das zu keinen ernstlichen Konzessionen mehr bereit ist, soll unangreifbar gemacht werden. Sharon lässt dazu eine 700 km lange und acht Meter hohe Mauer bauen, wobei ein Kilometer 1 Million Dollar kosteten wird.

Araber, die sich gegen die Versklavung wehren, werden als Terroristen gebrandmarkt. Menschen in der westlichen Welt, die gegen die

brutale Politik des Mörders von Sabra und Shatila auftreten, werden als Antisemiten abgestempelt. Antizionismus wird mit Antisemitismus gleichgesetzt. Machtpolitisch mag Tel Aviv triumphieren, doch die tiefe Wirtschafts- und Sozialkrise zeigt, daß auch dort das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

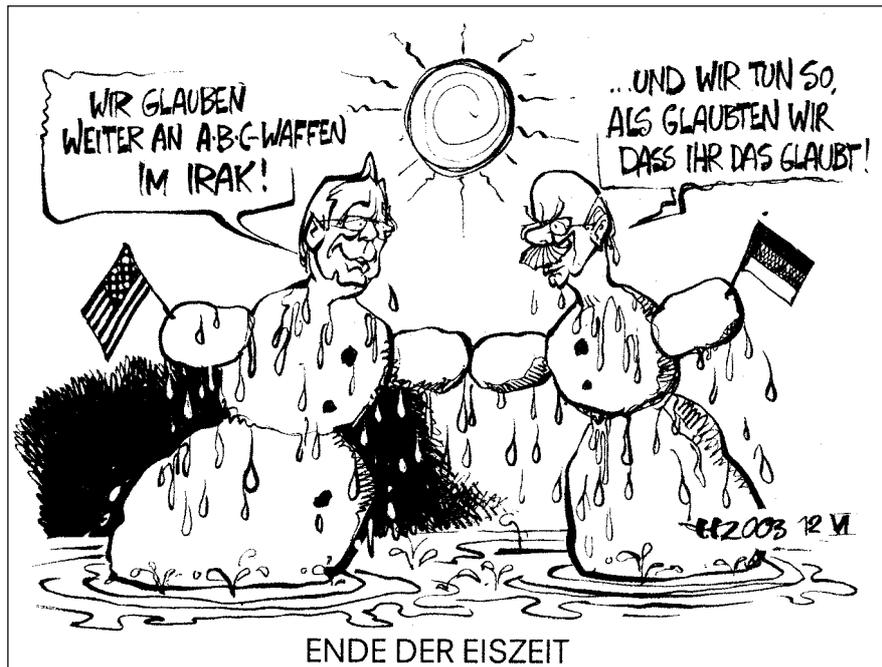
Die innenpolitische Ablenkung

Die USA leben wie es so schön heißt „über ihre Verhältnisse“. Sie leben auf Kosten der übrigen Welt, nur

schaftlichen Lage ab. Diese ist nahe der Stagnation. Im Zuge der damit verbundenen Bedrohungshysterie (11. September) lassen sich auch die Repressionsinstrumente ausbauen, die für die kommenden sozialen Zerreißproben für die herrschende Klasse notwendig sind. Das gilt auch für die Gleichschaltung der Medien. Die Gewerkschaften werden das nächste Zielobjekt sein.

So ist der Irak Krieg und so sind die folgenden angeblichen Antiterrorkriege die geeigneten Mittel zur Ablenkung von den Krisen im Inneren der USA, wie auch für den Abbau demokratischer Rechte und Verhältnisse.

Die Kosten der Kriege erhöhen das Haushaltsdefizit. Die Arroganz und Selbstherrlichkeit der Bush - Regierung hat verhindert, daß potente Alliierte, die Kosten des Krieges wie im Golfkrieg II übernehmen (Japan, Deutschland usw.). Die US - Diplomatie wird deshalb bestrebt sein müssen, bei



durch den laufenden Zufluß riesiger Geldmengen. Dafür soll ihre militärische Stärke und die Bedeutung des Dollars als Weltleitwährung dienen. Die Verschuldung ist astronomisch. Allein die Auslandsverschuldung beträgt nun 23% des BIP. Bei 500 Milliarden Dollar Handelsbilanzdefizit jährlich besteht die Gefahr, daß die Blase platzt, wie dies an der Börse bereits passiert ist. Für die Normalisierung der ökonomischen Lage wären große wirtschaftliche Umstellungen nötig (u.a. zurück zur Produktion) und ein ungeheuerliches soziales Abbauprogramm. Die Widerstände lassen sich ausmalen. Das wäre das Ende jeder gegenwärtigen Regierung. Zwar laufen die Anfänge einer solchen antisozialen Politik schon lange, besonders seit Antritt der Putschregierung Bush. Doch die grausamsten Einschnitte stehen noch bevor. Die Kriegspolitik lenkt nun von der wirt-

weiteren Aggressionen diese potenten Alliierten mit ins Boot zu bringen, was nicht ohne Zugeständnisse an diese geht. Kommt also dadurch eine Kriegskompilanzschaft doch noch zustande? Das ist nicht nur für uns in Deutschland ein erschreckende Ausblick.

Zum Verlauf des Krieges

Der Sieg der USA und der Briten stand von vornherein außer Frage. Der Krieg hat nur wenige Wochen und nicht Monate gedauert, wie von vielen erwartet. Mit etwa 170 Toten erlitten die Aggressoren nur minimale Verluste, wobei noch die Hälfte auf das „Feuer der Freunde“ ging. Auf irakischer Seite sieht es schon anders aus, mit ca. 7 000 toten Soldaten, vielen Verwundeten und ca. 9000 Gefangenen. Aber auch viele Zivilisten wurden getötet oder verletzt, noch mehr kamen und kommen durch die

indirekten Kriegsfolgen um. Doch auch in dieser Hinsicht waren ganz andere Größenordnungen befürchtet worden. Wenn es auf beiden Seiten nicht zu größeren Verlusten kam, dann deswegen, weil in der zweiten Phase des Krieges ein allgemeiner Widerstand der Iraker ausgeblieben war. Es kam nicht zu einem blutigen Häuserkampf in Bagdad und anderswo. Nach der Eroberung des Südens machte sich bei den Irakern, auch bei den Baath-Anhängern die Überzeugung breit, daß der Krieg verloren sei. Auch der Kampf der republikanischen Garden war nur stellenweise von heftiger Art. Die irakische Armee erlebte eine technische Überlegenheit, die sie hilflos werden ließ. (Panzer z. B.) Die Luftbeherrschung der Angreifer war von Anfang an gegeben. Die militärische Übermacht der Aggressoren war überwältigend. Auch die Spionage hatte ganze Arbeit geleistet.

Der Hauptgrund für die massenweise Desertion und für das Ausbleiben eines relevanten Partisanenkampfes war jedoch ein politischer. Das Saddam-Regime und der irakische Staat waren innerlich schon lange zermürbt. Im Gegensatz zu den martialischen Tönen der Führung und ihrem brutalen Vorgehen gegen alle Oppositionellen war das Regime politisch zersetzt, das Volk wirtschaftlich und sozial am Boden (auch durch über zwölf Jahre Embargo), finanzi-

ell ausgezehrt und militärisch entwaffnet oder auf dem Stand längst vergangener Zeiten. Wir hatten im Dezember vor dem Krieg geschrieben: „Der Irak ist nur noch ein Schatten von einst“. Das Ergebnis des Krieges war Ausdruck davon.

Das US-Militär hat in diesem Krieg seine High-Tech-Waffen erproben können, im allgemeinen mit Erfolg. Es hat sich wieder gezeigt, daß Fehltreffer und damit zivile Opfer nach wie vor auch zu einem High-Tech-Krieg gehören. Doch im allgemeinen überwogen die Präzisionstreffer und bestätigten die militärische Überlegenheit der USA. Die US-Regierung unterlag einer politischen Fehleinschätzung als sie annahm, das irakische Volk würde sie als Befreier begrüßen oder ein Aufstand der Schiiten würde ihnen zu Hilfe kommen. Doch gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Einmal im Stich gelassen langt. Der unerwartet heftige Widerstand zu Beginn des Krieges im Süden zwang Rumsfeld zur Umstellung seiner Strategie, mit dem größeren Einsatz von Bodentruppen. Das Fazit war, die „Schockstrategie“ reichte allein nicht aus. Sie bedarf der Ergänzung durch konventionelle Truppen. Die kurdischen Peschmerga durften die Nordfront absichern helfen, mußten sich dann aber zurückziehen, um die Türkei nicht zu vergrätzen. Trotz Pannen und langer Aufmarschzeit hatten die USA ihre militärische In-

terventionsfähigkeit auch über große Entfernungen hinweg bewiesen, was als Drohkulisse anderen Mächten gegenüber seine Wirkung nicht verfehlt haben wird.

Der Nachkriegsirak – ein unfähiges Besatzungsregime mit offener Zukunft

Die angeblichen Ziele der US-Aggressionen sind längst mit der Kriegspropaganda untergegangen. Die Massenvernichtungswaffen sind trotz aller Suchanstrengungen nicht auffindbar. Selbst Saddam und seine Herrscherclique wurde noch nicht gefaßt. Der nachgeschobene Grund, eine Demokratisierung des Irak, droht zum Rohrkrepiere zu werden. Pläne der US-Regierung zur Nachkriegsordnung des Irak erweisen sich als purer Dilettantismus. Die Besatzungsmacht macht keine Anstalten dem Chaos Herr zu werden. Gewalt, Raub und Plünderung kann sich austoben. Niemand kümmert sich um die überlebenswichtige Wasser- und Stromversorgung. Viele Menschen haben keine Arbeit und hungern. Während die Krankenhäuser und das Nationalmuseum de facto der Plünderung und Zerstörung preisgegeben wurden, funktioniert nur eins, die Inbesitznahme der Ölförderanlagen und der Ölverwaltungszentren zugunsten der USA. Als die Lage zu schlimm wurde, muß der Militärgouverneur ausgewechselt werden.

Anzeige

ANTIFA WORK CAMP
2003
26.07 - 02.08.03
Weimar/Buchenwald

Arbeitsprojekte / Veranstaltungen
Demo / Konzerte / Aktionen
Lesungen / Eure Ideen
Zeitzeugen / Sommer / ...

INFOS + ANMELDUNGEN:
c/o Infoladen "Volk und Wissen",
Schlachthofstrasse 26, 06844 Dessau
0340 - 2 66 02 -10/ fax: -12
Workcamp@gmx.de

TECHNIK:
Zelt, Schlafsack, Besteck, Tasse und Teller mitbringen
Anreise: ab 26.07. / 10. Uhr / Weimar / Gerberstrasse 1 möglich
7 Euro pro Tag und TeilnehmerIn (Verpflegung, Geländemiete e.t.c.)

Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!

Rumsfeld setzt die Saddam-Polizei wieder ein und läßt sie bezahlen und bewaffnen. Stammesführer und islamische Geistliche kristallisieren sich als neue Autoritäten heraus. Es kommt zu großen Demonstrationen der Schiiten. Eine demokratische Wahl nach westlichem Vorbild wür-



de zum Schrecken aller Minderheiten zu einen Sieg der 60% Schiiten führen. Zur Freude der USA könnten dann islamische Fanatiker an die Macht kommen. Wie verlautet wollen die USA zwei Jahre ihre Oberhoheit behalten und mit Besatzungstruppen absichern, im Interesse ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele. Ein US-Protectorat, das nun auch noch nachträglich von der UNO und der Friedensachse die Legitimation bekommt.

Der ehemalige persische Präsident Bani-Sadr hat eine düstere Zukunft des Irak gezeichnet:

In einem Interview wird er gefragt: Was erwarten Sie: Gibt es in Irak einen Partisanenkrieg oder eine islamische Revolution?

„Die meisten Politiker dort, die derzeit mit den USA kooperieren und zu Gesprächen für eine Regierungsbildung geladen werden, verfügen über keinen Rückhalt in der Bevölkerung, weil sie als Vehikel der USA erscheinen. Hier übrigens wird der Widerspruch in der amerikanischen Parole von der Demokratisierung deutlich: Merkmal einer Demokratie ist doch, daß die Bevölkerung die Regierung ihres Landes wählt - im Falle des Irak wird diese aber durch eine ausländische Macht eingesetzt, wobei die paradoxe Situation besteht, daß jene Politiker, die dieser Macht am nächsten stehen, sich am weitesten von den Irakern entfernt haben. Für mich ist eine solche Politik zum Scheitern verurteilt. Solange die USA

und Großbritannien das Land besetzt halten, wird es Demonstrationen geben. Irgendwann müssen daher die USA diese Realität anerkennen und wieder abziehen - zweifellos wäre das eine große Niederlage. Dann dürfte die Regierungsmacht von denen übernommen werden, die am stärksten an der Vertreibung der Besatzer beteiligt waren, oder das Land versinkt im Chaos.“ („Freitag“)

Im Chaos versinken, könnte bedeuten, daß der Staat auseinander fällt, in einen schiitischen Teil, einen sunnitischen Teil und einen kurdischen Teil, vielleicht auch noch

in mehreren Stücken. Auch ein Bürgerkrieg, wie im Balkan, ist nicht ausgeschlossen. Die Besatzungsmächte müssen sich auf einiges gefaßt machen, die Iraker wollen über sich und ihr Öl selbst bestimmen.

Die USA haben zwar den Krieg gewonnen, andere Staaten und Regime in Angst und Schrecken versetzt und ihren Alliierten gezeigt, wer das Sagen hat. Letztere bitten bereits in Washington wieder um gutes Wetter. Innenpolitisch hat die Bush - Regierung große Zustimmung. Doch ob die Ablenkung von der sozialen Lage bei finanzieller und wirtschaftlicher Zuspitzung weiterhin durch Hurrapatritismus aufrechtzuerhalten ist, bleibt mehr als fraglich. Die Kritiker wagen sich wieder hervor und fragen nach den angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irak. „Das meiste was uns als Begründung für den Krieg vorgelegt wurde, ist Fiktion gewesen“, muß nun sogar die New York Times feststellen. Der Gewaltakt der USA hat außenpolitisch viel Porzellan zerschlagen. Die Mißachtung der UNO, der Bruch des Völkerrechts, die unmenschliche Behandlung der Gefangenen usw., haben weltweit für die USA negative Folgen hervorgerufen. Ähnlich wie im Vietnamkrieg haben viele ihren Glauben an die sogenannten „amerikanischen Ideale“ verloren. Die antiamerikanische Stimmung hat Auftrieb erhalten, der Haß nimmt zu. Der von den USA ausgehaltene ägyptische Präsident hatte gewarnt, durch die Aggression

würden viele neue Bin Laden geschaffen. Die neuen Anschläge, wie in Marokko und Saudi-Arabien, bestätigen dies. Für sich bedroht führende Staaten dürfte die Schlußfolgerung sein, nur durch eine verstärkte Aufrüstung, vor allem mit Atomwaffen, könnte die USA auch ein Risiko für sich selbst sein.

Noch ist nicht entschieden, ob der EU-Block einen Weg der Konfrontation anpeilt oder weiterhin als untertäniger imperialistischer Juniorpartner der Supermacht fungiert. Letzteres erscheint vom Kräfteverhältnis her wahrscheinlicher. Auch für die Bush - Regierung dürfte es aus finanziellen Gründen zweckmäßig sein, beim nächsten Kriegsakt die potentiellen Alliierten mit einzubeziehen, was auch gewisse Mitspracherechte einschließt. So oder so, alles in allem, für die deutsche Linke keine erfreulichen Aussichten.

Wir haben auch in Deutschland eine neue Situation. Doch auch die Fronten werden klarer, Kapitalismus und Imperialismus werden kenntlicher.

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In dieser Ausgabe (3/03) u.a.:

- ◆ Slovo Cubola: »Oil makes and breaks nations«
- ◆ Horst Lück: »Kein Frieden mit Joschko und Gerde«
- ◆ Nadja Rakowitz & Rolf Schmucker: »Infarkt: weder unvermeidlich noch Luxus«, Gespräch mit Winfried Beck z. Verhältnis von Medizin & Ökonomie
- ◆ Anne Allox: »Kein Vergleich mit 33: staatliche Leiharbeiter«
- ◆ Kurt Nikolaus: »Kommissionitis - zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe«
- ◆ Nicholas Bell: »3D-Perspektiven - zur Situation von MigrantInnen in der europäischen Landwirtschaft«
- ◆ Offener Brief: DC-Betriebsräte fordern Suspendierung von IWB-Mitglied Rodriguez wegen Verwicklung in Folter
- ◆ Nadja Rakowitz zum »African Growth and Opportunity Act«
- ◆ Proteste, Aufrufe und Aktivitäten rund um die Abschaffung des Sozialstaats

Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar

Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

express

PF 10 20 62 - 63020 OFFENBACH
 Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
 Email: express-afp@t-online.de

Der bittere Weg der POUM

Zur Geschichte einer spanischen kommunistischen Partei



Der Bürgerkrieg in Spanien 1936-1939 war ein einzigartiger Vorgang. Als erstes Land der Welt trat dieses dem Faschismus bewaffnet entgegen. Die Waffen waren in den Händen von Arbeitern und Bauern, die sich selbst befreiten. Der Franco-Putsch am 17./18. Juli 1936 hatte eine revolutionäre Erhebung ausgelöst, die erste seit 1923 in Europa. Spaniens Proletarier lebten wie die russischen von 1917 in einem wirtschaftlich unterentwickelten Land. Sie waren insgesamt politisch weiter als ihre Vorläufer, in starken sozialistischen und anarchistischen Parteien und Gewerkschaften organisiert, zum geringeren Teil auch in kommunistischen. Zugleich gab es hier keine Bolschewiki und keinen Lenin. Die KP Spaniens (PCE) und ihr 1936 entstehender katalanischer Ableger PSUC waren stalinistisch. Doch existierte noch eine andere kommunistische Partei, die Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit (POUM), die ihren eigenen Weg ging, den Terror der Moskauer Prozesse in ihrer Pres-

se ablehnte und der Volksfront kritisch gegenüberstand.

Zu bedenken ist, dass auch die KP Russlands 1917 gering an Zahl und keineswegs jener Monolith der Absolut-immer-Rechthaber war, als welchen Stalins Geschichtsschreiber sie hinstellten. Gleichfalls beachtenswert ist: Dem neuen Sowjetrussland stand außer einem Konglomerat einheimischer Reaktionäre ein Weltimperialismus gegenüber, dessen wichtigste Gewalthaufen miteinander Krieg führten. Die spanischen Ereignisse zwei Jahrzehnte später spielten sich in wesentlich veränderter Lage ab. Revolutionsgegner vor dem zweiten Weltkrieg

waren einerseits aggressiv-faschistische Mächte, die auf Neuaufteilung der Erde drängten, andererseits saturierte, nichtaggressive, parlamentarisch-demokratisch verfasste Bourgeoisstaaten. Beide Gruppen fürchteten die soziale Revolution. Weil sie in Spanien akut war, kamen Großbritannien und Frankreich dem von deutschen und italienischen Faschisten angegriffenen Land nicht zu Hilfe, obwohl es demokratisch war. Sie trieben den faschistischen Staaten gegenüber Appeasement-, also Beschwichtigungspolitik, um deren Angriffsdrang nach Osten zu lenken, und wandten gegenüber der Spanischen Republik die Variante der Nichteinmischung an. Sie bedeutete, ihr jede Unterstützung durch Waffenlieferungen zu verweigern, während Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien sich Franco gegenüber keinen Zwang antaten. Der Westen verriet das progressive Spanien genauso, wie die bürgerlich-demokratische Tschechoslowakei. Die lieferte er dem deutschen Aggressor aus, um, wie der

konservative „Realpolitiker“ Chamberlain meinte, „Frieden für unsere Zeit“ zu erreichen. Der Friede dauerte dann ein knappes Jahr.

Furcht vor dem großen Krieg wie vor der Revolution hatte auch Stalins Sowjetunion, das nach offizieller Lesart einzige sozialistische Land der Welt. Die Kriegsfurcht war verständlich, ließ doch der Diktator fast alle begabten Heerführer als napoleonverdächtig abschlachten, die Landesverteidigung bei allem Wachsamkeitsschrei verlottern. Furcht vor der Revolution rührte daher, dass die sowjetische Politbürokratie durch sie genauso gefährdet gewesen wäre wie die Herrschenden imperialistischer Staaten. Um die Gunst der Westmächte buhlend, machte die Sowjetunion drei Monate lang deren Nichtinterventionspolitik Spanien gegenüber mit. Dann änderte sie den Kurs, weil er vom Westen her nichts gebracht hatte, Deutschland und Italien aber ihre Militärhilfe für Franco unvermindert fortsetzten. Die UdSSR stellte der Spanischen Republik gegen Auslieferung ihres Goldschatzes Waffen und Berater zur Verfügung. Sie nahm sich gleichzeitig das Recht ungenierter Einmischung in die Belange des befreundeten Staates. Ihr Ziel war – wie Kominternpräsident Dimitroff formulierte – Spanien in eine „Volksdemokratie“ zu verwandeln. Der Herd der sozialen Revolution im Land sollte gelöscht werden. Am meisten stand dem die POUM im Wege. (Dieser Absatz ist kursiv gedruckt, weil die Redaktion einige Anmerkungen dazu für notwendig erachtet. Wir verweisen auf den nebenstehenden Kasten.)

Die Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit, auf Spanisch Partido Obrero de Unificación Marxista, war am 29. September 1935 durch Fusion zweier unterschiedlicher kommunistischer Gruppierungen entstanden. Ihre Genealogie, über die im hier vor allem genutzten Werk Reiner Tossdorffs ausführlich berichtet wird, war kompliziert. Leichterem Verständnis wegen muss sie vereinfacht dargestellt werden. Keime der Partei fanden sich im probolschewistischen Flügel der CNT, einer später rein an-

archistischen Gewerkschaftszentrale, als dessen Delegierte 1921 Joaquin Maurín und der damalige Sekretär des CNT-Nationalkomitees, Andres bzw. Andreu Nin, Sowjetrußland besuchten. Der in Spanien mit möglicher Todesstrafe bedrohte Nin blieb zehn Jahre dort. Er wurde stellvertretender Generalsekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, schloss sich aber auch der trotzkistischen Lin-

ken Opposition an, wurde von der KPdSU ausgestoßen und 1930 landesverwiesen. In Barcelona stieß er zur Spanischen Kommunistischen Opposition. 1932 firmierte sie sich unter seiner Führung zur Izquierda Comunista Espanola (Spanische kommunistische Linke, ICE) um. Unterdessen war Maurín Führer der im KP-Rahmen wirkenden und opponierenden Kommunistischen Föderation

Kataloniens und der Balearen geworden, die sich im Prozess ihrer Loslösung von der PCE zum Arbeiter- und Bauernblock (BOC) mauserte. Dieser etwa 3000 Mitglieder umfassende Block und die 700-800 Mitglieder starke Izquierda Comunista schlossen sich 1935 zur POUM zusammen. Maurín wurde Generalsekretär, Nin eines der sieben weiteren Mitglieder des Exekutivkomitees. Die neue Partei trat dem Londoner Büro aus Vertretern sozialistischer Organisationen wie der britischen Independent Labour Party und der deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) bei, die in Opposition zur II. wie zur III. Internationale standen. Sie hatte auch zur KPDO resp. zur Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition Kontakt, als deren Abgesandter 1936 August Thalheimer sie besuchte.

Die POUM war entschieden demokratisch, aber nicht sozialdemokratisch, sowie außer nichtstalinistisch auch nichttrotzkistisch, mitbedingte durch den persönlichen Bruch Nins 1932 mit Trotzki. Unter den Mitgliedern und Sympathisanten der Partei gab es einige Anhänger des russischen Revolutionärs. Die POUM war ein heterogenes Gebilde. Auf der einen Seite agierten katalanisch-nationalistische, kaum zur Kritik am Stalinismus und stark zum Status einer Massenpartei im Bündnis mit anderen neigende ehemalige Angehörige des BOC, auf der anderen Seite die in höherem Maß marxistisch gebildeten früheren ICE-Mitglieder, die zur Kaderpartei neigten. Die Bloquistas waren in Katalonien zu Hause, die ICE-Leute in anderen Regionen Spaniens, darunter Madrid. Da Letztere sich weit öfter in der Presse betätigten, entstand ein irreführendes Bild über den Charakter der Partei. Nin und Maurín vertraten in entscheidenden Punkten die gleichen Auffassungen, wobei sich Maurín denen der früheren ICE näherte, gleichzeitig aber weiter großen Einfluss auf die Genossen vom BOC ausübte. Bedauerlich ist, dass der im Aufschwung befindlichen linke Flügel der sozialistischen PSOE nicht hinreichend beeinflusst werden konnte, so dass keine kommunistisch-linksozialistische Gesamtpartei oder ein entsprechendes Bündnis entstand. Die Stalinisten vermochten daher nicht nur der PSOE

Anmerkungen der Redaktion:

Der Autor spricht von der „Furcht“ der Sowjetunion „vor der Revolution“ in Spanien, „der Herd der sozialen Revolution im Land sollte gelöscht werden“. Grund dafür sei, „daß die sowjetische Politbürokratie durch sie ... gefährdet gewesen wäre“. Er stellt richtig fest: „Spanien sollte in eine Volksdemokratie verwandelt werden“, das heißt, das besitzbürgerliche System sollte nicht erschüttert werden.

Unseres Erachtens ging es aber um weit mehr als nur um die Macht der sowjetischen Politikbürokratie oder um negative Wesenszüge von Stalin: es ging um eine Strategie zur Weiterexistenz der Sowjetunion. Der kommunistischen Führung in Moskau war längst klar, daß vom aufrüstenden Nazi-Deutschland ein Angriff auf die Sowjetunion zu erwarten war, einzig der Zeitpunkt war noch nicht absehbar. Das durch den I. Weltkrieg, den Bürgerkrieg und den Interventionskrieg der Westmächte ausgeblutete Land war gerade im Begriff, eine gigantische Aufbauarbeit zu leisten, die Industrialisierung des Landes voranzubringen. Die Sowjetunion wäre jedoch militärisch und rüstungsmäßig nicht im Stande gewesen einen Angriff aller Feinde abzuwehren. Sie brauchte also noch Zeit (deshalb dann der „Nichtangriffspakt“) und mußte alles tun, damit sich ihre Todfeinde nicht verbündeten. „Das Trauma der Sowjetführung“ (KPO) war ein einziger imperialistischer Kriegsblock der faschistischen Achsenmächte mit den Westmächten gegen die Sowjetunion. So wird das „Buhlen um die Gunst der Westmächte“ - England und Frankreich - wie der Verfasser schreibt, schon verständlicher, auch wenn ihm

zu diesem Zeitpunkt ein Erfolg noch nicht beschieden war. Nach dem Nachlassen der revolutionären Welle nach dem I. Weltkrieg war diese Defensivpolitik gegenüber der Westbourgeoisie der Hintergrund der Volksfrontideologie der Komintern. Statt eine Einheitsfront der Arbeiterklasse anzustreben, strebte Stalin nun die Zusammenarbeit von Kommunisten mit „gemäßigten“ Teilen des Bürgertums an.

Die weitere weltpolitische Entwicklung brachte durch die Aggressivität Hitler-Deutschlands eine für die Sowjetunion günstigere Konstellation zustande: Die Kriegsallianz der Sowjetunion mit dem mächtigen Klassenfeind im Westen, mit Großbritannien und den USA.

Solange es sozialistische Staaten gab, kam es immer wieder zu gravierenden Widersprüchen zwischen deren Staatsinteressen und revolutionären Eigenentwicklungen in der Welt. Das vordergründige außenpolitische Interesse der Sowjetunion geriet nur allzu oft in Gegensatz zu revolutionären Bewegungen in anderen Ländern, sei es in China oder in Jugoslawien. Der spanische Bürgerkrieg war dafür ein besonders krasse Beispiel. Ab einem bestimmten Zeitpunkt bestand nur noch die Chance eines Sieges über die Franco-Faschisten, wenn es gelungen wäre, durch die soziale Revolution breite Volksschichten zu aktivieren. Dem standen aus weltstrategischen Gründen die Volksfrontpolitik Moskaus und der ihr hörigen KP Spaniens entgegen. So nahm das Verhängnis in Spanien in doppelter Hinsicht seinen Lauf, mit der Niederlage der Republik einerseits und der Zersetzung der kommunistischen Weltbewegung andererseits durch eine antirevolutionäre Politik mit all ihren Konsequenzen.

Schaden zuzufügen, sie gliederten sich auch deren Jugendorganisation an.

Seit dem Ende der Monarchie 1931 entstand in Spanien eine prinzipiell neue Situation. Sie wies vorrevolutionäre Züge auf. Zugleich gaben politisch immer wieder reaktionäre bis extrem reaktionäre Kräfte den Ton an, so nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands der Arbeiterallianz 1934 in Asturien. Alle proletarischen Parteien und Organisationen forderten die Enteignung der Großgrundbesitzer und Banken sowie Arbeiterkontrolle in den Industriebetrieben, z. T. auch Unabhängigkeit für Spanisch-Marokko. Als jedoch das „Wahlmanifest der Linken“, das sogenannte Volksfrontprogramm vom 15. 1. 1936, ausgehandelt war, fehlten diese Punkte. Auch die Arbeiterparteien begnügten sich mit einer Amnestie für politische Straftaten und zweit-rangigen, im bürgerlichen Rahmen bleibenden Wirtschaftsreformen. Das kam auf Druck der liberalen Bündnispartner zustande, die vom rechten Flügel der PSOE um Indalecio Prieto unterstützt wurden. Vornehmlich der dringend notwendigen Amnestie wegen unterzeichnete POUM-Vertreter Andrade ebenfalls das Papier, was von Trotzki scharf gerügt wurde. Dessen

Reaktion war verständlich und zugleich ungerecht. Er schrieb: „Die ehemaligen ‚kommunistischen Linken‘ Spaniens sind einfach der Nachtrab der Linksbourgeoisie geworden.“ Und: „Die POUM macht nichts anderes, als jeweils die Politik durchzuführen, die der 7. KI-Kongress allen seinen Sektionen auferlegt hat.“ Während aber die PCE nach Bürgerkriegsbeginn versicherte, sie habe kein „gesellschaftliches Ziel“, das spanische Volk wolle nur „die Vertei-

gung der republikanischen Ordnung und die Achtung des Privateigentums“, suchte die POUM die durch Unterzeichnung des Volksfrontprogramms verursachte Scharte auszuweiten. Einen Monat nach dem Volksfrontsieg vom 16. 2. 1936 erklärte sie das „Wahlmanifest der Linken“ für überholt und propagierte eigenständige Arbeiteraktionen.

Der militärfaschistische Putsch vom 17./18. Juli 1936 wurde in weiten Teilen Spaniens, vornehmlich in den Industriegebieten, durch bewaffnete und unbewaffnete Arbeiter nie-

Verglichen mit Stalins Kollektivierung wurde das auf sehr zivile Art zustandegebracht, obwohl es von anarchistischer Seite auch Übergriffe gab. Wie die landwirtschaftliche stieg die Industrieproduktion, solange Rohstoffe vorhanden waren. Eine Rüstungsindustrie entstand. Ungeheuren Aufschwung nahmen das Bildungs- und Gesundheitswesen. Entgegen dem Willen seiner Urheber hatte der Putsch die soziale Revolution ausgelöst. Details lassen sich bei Tosstorff wie bei Heleno Sana nachlesen.



dergeschlagen. Anschließend drangen diese auf ökonomischem und gesellschaftlichem Terrain weiter vor, als selbst die POUM vorgeschlagen hatte. Statt bloßer Einführung der Arbeiterkontrolle übernahmen sie Betriebe, Handel und Verkehrswesen in ihre Regie, wobei sie gleich der Pariser Commune leider die Banken ausließen. Bauern und Landarbeiter teilten den Boden auf oder gingen zur kollektiven Bewirtschaftung über, die in Teilen Spaniens Tradition hatte.

Die stürmische Entwicklung hatte auch zur Folge, dass die Spanische Republik in Katalonien und anderen Regionen zeitweise von Komitees und Räten der Arbeiter, Bauern und Milizionäre regiert wurde. Kabinettsinstanzen mussten deren Anordnungen zustimmen. Die Instanzen blieben aber erhalten und erstarkten wieder, so dass die Doppelherrschaft allmählich durch sie gefährdet wurde. Die Situation der Räte und Komitees war z. T. auch deshalb prekär, weil sie nicht gewählt, sondern von Parteien und Gewerkschaften beschickt worden waren. Zwar forderten die POUM und linke Anarchisten eine zentrale Arbeiterregierung, während der Linkssozialist Largo Caballero eine Gewerkschaftsregierung erwog. Beide kamen

nicht zustande. Entscheidend für den Mangel und dessen Folgen – das Steckenbleiben und Zurückdrehen der Revolution – war, dass bürgerliche Republikaner, rechte Sozialisten und Anarchisten, PCE und PSUC samt und sonders Antirevolutionäre waren. Sie hatten das Übergewicht, und Stalins Emissäre standen auf ihrer Seite. Das Argument der Parteikommunisten für ein Bürgerliche begünstigendes, die Revolution abbremsendes Vorgehen lautete, erst müsse der

Krieg gewonnen werden, bevor man anderes in Angriff nehmen könne. Es wird von manchem heute noch vorgebracht. Damals wurde der revolutionäre Fortschritt abgewürgt - und eben dadurch den Faschisten der Sieg erleichtert.

Aus Zeit- und Platzgründen kann nur angedeutet werden, was die POUM in der kurzen Zeit ihres Wirkens dennoch für Spaniens soziale Gerechtigkeit und Freiheit geleistet hat. Überlebensnotwendig war der militärische Abwehrkampf. Die 30 000 bis 40 000 Mitglieder starke POUM beteiligte sich daran mit 10 000 Milizionären, davon 1000 ausländischen. Sie stellte anteilmäßig das größte Kontingent aller republikanischen Organisationen. Wichtigste Einheit war die Lenin-Division, später in 29. Division der Volksarmee umbenannt, mit ihrem Schockbataillon unter Josep Rovira. Ständig unter teilweise von KP und Anarchisten verursachtem Waffenmangel bei ausbleibender Artillerie- und Flugzeugunterstützung leidend, focht sie vor allem bei Huesca in Aragón gegen die Faschisten. Am Fuß der Sierra bei Sigüenza kämpfte die „Motorisierte Kolonne der POUM“, bei der nur der Name übertrieben war. Sie wurde erst von dem aus Argentinien kommenden Hippolyt Etchebehere befehligt, nach seinem Tod durch dessen Frau Mika. Ihr glückte es, aus einem feindlichen Kessel heraus nach Madrid zu gelangen, wo sie das Moncloa-Viertel verteidigte. Von Katalonien kam die Kolonne „Joaquin Maurín“ dazu. Flüchtlinge aus Extremadura formierten sich zum Lenin-Bataillon. 500-600 weitere POUMisten standen bei Teruel in der Provinz Valencia im Kampf. Die Partei und ihre Sympathisanten hatten hohe Verluste. Ihre Tapferkeit wurde selbst von parteikommunistischen Militärs gelobt, so von Manfred Stern, dem berühmten Madrid-Verteidiger General Kléber. Dass sich POUM-Anhänger vor Gefechten drückten oder gar in Aragón zwischen den Linien mit Franco-Söldnern Fußball spielten, gehört zu den zahlreichen Lügen von PCE, PSUC und Komintern. Zugleich wurde im Rahmen dieser Propaganda diskret verschwiegen, dass Einheiten der PSUC und der Anarchisten mehrmals militärische Erfolge vermasselten, während sie sich

andererseits durch die POUM errungene Siege zuschrieben.

Dem von Parteikommunisten und Regierung exekutierten Konzept einer „Volksarmee“ bürgerlichen Typs stellte die POUM ein eigenes Militärprogramm gegenüber, das leider nicht verwirklicht werden konnte. Anstelle der bisherigen Parteilizen sah es ebenfalls eine einheitliche Kommandostruktur vor, jedoch kein selbstherrliches Offizierskorps mit Generalstab, sondern Militärexperten unter der Kontrolle von Soldatenkomitees. Anders als bei der Volksarmee sollte es keine extrem gestaffelten Einkünfte geben, ebenso nicht die Wiedereinführung der alten Militärstrafjustiz, sondern ein neues, den veränderten Realitäten entsprechendes Strafbuch. Die politischen Rechte der Soldaten sollten erhalten bleiben. Ziel war eine denkende proletarisch-revolutionäre Armee, kein blindlings unverständliche Befehle ausführende Schieß- und Grußautomat.

Generell richtete die Tätigkeit der POUM sich darauf, den Kampf der Werktätigen zu erleichtern und dessen Errungenschaften zu bewahren. Charakteristisch war die Arbeit Níns als Justizminister der katalanischen Generalitat, d. h. der Regionalregierung. Er vereinfachte und zivilisierte die anfangs oft willkürlich betriebene neue Gerichtsbarkeit, auch durch Schaffung eines Mechanismus zur Überprüfung von Todesstrafen, was später unter PSUC-Regie zurückgenommen wurde. Seine Verordnungen erleichterten Adoptionen und Heiraten. Zudem führte er die Volljährigkeit ab 18 ein. Für die extrem kurze Zeit, die er so zu wirken vermochte, war das Ergebnis beachtlich. Ein prominenter deutscher Zeitzeuge, Joseph Goebbels, erklärte damals, Nín in Katalonien sei „das wahre Gesicht des Bolschewismus“. Wird unter Bolschewismus verstanden, was er wirklich war, nicht das stalinistische Zerrbild davon, hatte der NS-Propagandaminister Recht.

Im Rundbrief der Internationalen Vereinigten Kommunistischen Opposition vom 26. 8. 1936, nachgedruckt im Buch der Gruppe Arbeiterstimme über den spanischen Krieg, heißt es zur damaligen Lage im Pyrenäenland, die Klassenverhältnisse wären nicht weniger reif für den

„Übergang zur proletarischen Diktatur und zum Sozialismus, als sie es in Russland 1917 waren. Als ‚unreif‘ und als Hemmschuh erweist sich vor allem die offizielle Kommunistische Partei.“ Wachse aber „der Bürgerkrieg... hinüber zur proletarischen sozialen Revolution, so würde das eine gewaltige Machtverschiebung zugunsten der Kräfte der proletarischen Revolution und des Kommunismus im europäischen und im Weltmaßstab bedeuten... Es würde gleichzeitig bedeuten die tatsächliche Aufhebung der Voraussetzungen für das Monopol der KPdSU in der Führung der Kommunistischen Internationale.“ Ähnlich beurteilte 1937 Victor Serge die Situation. Der bekannte Revolutionär ging von den Interessen der Revolutionsgegner aus und schrieb: „Das Ziel des Stalinismus in Spanien ist es, die Errichtung einer sozialistischen Demokratie zu verhindern, die sich dem stalinistischen Einfluss entziehen, eine neue Basis für den proletarischen Internationalismus schaffen und nebenbei zu einem Wiedererwachen des revolutionären Geistes in der UdSSR führen würde.“ Die sowjetische Politbürokratie und ihre Parteigänger in aller Welt, besonders in Spanien, zogen aus dieser möglichen Perspektive Konsequenzen, die mörderisch waren.

Während der ZK-Tagung der POUM im Dezember 1936 plädierte eine rechte Minderheit um den Valencianer Luis Portela dafür, dass Kritik an der UdSSR, auch am ersten Moskauer Terrorprozess, unterlassen und die „trotskistische“ Politik der Madrider Parteisektion eingedämmt werde. In- und ausländische Agenten Stalins bereiteten derweil schon die Vernichtung der POUM als Partei vor, weil sie beim Unterstützen revolutionärer Schritte am weitesten ging. Die Stalinisten waren sich der Sympathie bürgerlicher, rechtssozialistischer und rechtsanarchistischer Partner gewiss, die gerne ihnen die Schmutzarbeit überließen. Bei einer Rollkommando-Aktion verwüsteten Angehörige der parteikommunistischen Jugend am 22. 10. 1936 das Lokal der Madrider POUM-Jugend. Unter Druck der sowjetischen Botschaft wurde der Partei die Beteiligung an der VerteidigungsJunta der Stadt verwehrt, worauf die Junta sogleich eine Wochen- und zeitweise

die Jugendzeitung der POUM verbot. In Katalonien bewirkte die PSUC mit sowjetischer Hilfe am 17. 12. die Bildung einer neuen Generalitat, aus der Andres Nín verschwunden war. Zuvor waren die lokalen revolutionären Komitees und das ZK der Antifaschistischen Milizen als quasi linke Säule der bislang bestehenden Doppelherrschaft aufgelöst worden. Die neue Regionalregierung nahm durch stalinistische Ressortchefs die Liquidation progressiver juristischer Regelungen und eine Marktliberalisierung vor, die für Empfänger niedriger Einkommen verhängnisvoll war. In Madrid wurden von Januar bis April 1937 das Militärhospital und der Rundfunksender der POUM konfisziert, ihre Milizzeitung verboten und ihre Rote Hilfe geschlossen. Im Ergebnis dieser reaktionären Verdrängungspolitik verlegte die Partei die meisten ihrer Madrider Kader nach Katalonien.

In aller Stille waren inzwischen unter Regie des obersten NKWD-Repräsentanten in Spanien, General Alexander Orlow, die Spitzenpositionen der spanischen und z. T. auch katalanischen Polizei mit Funktionären aus PCE und PSUC besetzt und erste private Folterhöhlen, im Volksmund fälschlich „Checas“ genannt, installiert worden. An den Regierungsinstanzen vorbei setzte die Verfolgung, bisweilen auch Vernichtung unliebsamer ausländischer Antifaschisten verschiedener Richtungen ein. Sie dauerte monatelang fort, galt nun auch einheimischen Genossen der POUM und der Anarchisten. Am 22./23. 3. 1937 wurden alle in der Flugzeugfabrik von Sabadell beschäftigten Ausländer, unter ihnen Waldemar Bolze und zwei andere Mitglieder der KPDO, festgesetzt. Die Verhöre waren z. T. darauf angelegt, Material für einen Prozess nach Moskauer Muster zu schaffen, der die POUM mit- samt der ihr nahestehenden KPD-Opposition diskreditieren sollte.

Anfang April weilte der NKWD-Chef für Westeuropa, Sluzki, in Spaniens provisorischer Hauptstadt Valencia. Er sammelte gefälschte „Beweise“ über angebliche verräterische Handlungen der POUM – Spionage und Kooperation mit Franco -, prüfte mit „Pedro“, dem kurzzeitigen Generalsekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen 1956

Ernö Gerö, die Vorbereitungen zur geplanten „Maikrise“ in Barcelona und vergatterte PCE-Minister Jesús Hernández, die „rasche und wirksame Aktion gegen den Trotzismus“ zu unterstützen, an der Stalin höchstpersönlich interessiert war.

All das blieb jahrzehntelang unbekannt. Doch ließen stalinistische Presseorgane frühzeitig wissen, was die Glocke geschlagen hatte. Korrespondent Kolzow schrieb Mitte Dezember 1936 in der „Prawda“, in Katalonien gebe es eine „trotzkistische Provokation“. Die Zeitung aber versicherte ihren Parteigängern: „Was Katalonien betrifft, so hat die Säuberung von Trotzlisten und Anarcho-Syndikalisten begonnen; sie wird mit derselben Energie gehandhabt werden, mit der sie in der UdSSR betrieben wurde.“ Im Januar 1937 forderte das spanische parteikommunistische Blatt „Ahora“ dazu auf, die POUM als „Fraktion der fünften Kolonne“ zu vernichten: „In seiner schonungslosen Abrechnung mit der trotzkistischen Gruppe von Saboteuren und Mördern zeigt uns das sowjetische Volk den Weg, den wir einschlagen müssen.“

Auch von diesen öffentlichen Aktivitäten war in späteren stalinistischen Darstellungen nicht die Rede. Ebenso fehlten Hinweise auf bewaffnete Zusammenstöße von Polizei und CNT in Orten an der Pyrenäengrenze und die Ersetzung der anarchistischen Grenzkontrolleure durch Carabineros des rechtssozialistischen spanischen Finanzministers Juan Negrín. Verschwiegen wurde das geheime Horten von Waffen, vor allem sowjetischen, durch die Barcelonaer PSUC und deren misslungener Streich, gepanzerte Fahrzeuge aus einem Regierungsdepot in ihre Gewalt zu bringen, desgleichen ein Beschluss der PSUC-Zentrale im Beisein Gerös, die Telefonzentrale Barcelonas zu besetzen – Tage bevor das tatsächlich geschah.

Unter Führung des neuen katalanischen Polizeichefs Rodriguez Salas (PSUC), der einen Befehl vom Innenminister vorweisen konnte, rückten am 3. 5. 1937 Ordnungskräfte der Generalitat bei der Telefónica an. Sie wollten diese von Anarchisten säubern, die das Gebäude seit Niederschlagung des Franco-Putschs 1936 besetzt hielten, wurden aber mit

Waffengewalt abgewiesen und trolleten sich schließlich. Die anarchistisch gesinnten Arbeiter Barcelonas errichteten in Erwartung weiterer parteikommunistischer Provokationen Barrikaden. Die POUM unterstützte sie. Am Abend traf ihr Exekutivkomitee mit den anarchistischen Regionalkomitees zusammen, um zu beraten, was geschehen solle. Es verwies auf folgende Alternative: „Entweder wir stellen uns an die Spitze der Bewegung, um den inneren Feind zu vernichten, oder die Bewegung scheitert, und wir sind vernichtet.“ Indes beschränkten sich die Anarchistenführer darauf, die Entlassung von Innenminister und Polizeichef zu fordern. Der am 4. 5. einsetzende Barrikadenkampf zwischen Arbeitern, PSUC-Anhängern und Teilen der Generalitätsstreitmacht verlief insgesamt für die Verteidiger erfolgreich, zumal sich in der Stadt befindende Interbrigadisten nicht einmischten. Barcelonas anarchistische Führer, durch aus Valencia herbeigeeilte Minister verstärkt, forderten den ganzen Tag über zur Feuereinstellung auf. Sie demoralisierten die Barrikadenkämpfer und schaden dem Ansehen des Anarchismus. Kleinere Linksgruppen, die „Freunde Durrutis“ und eine trotzkistische Sektion, verlangten, die Generalitat zu stürzen und revolutionäre Machtorgane zu schaffen. Ohne Mitwirken der anarchistischen Massen waren solche Vorhaben aussichtslos. Am 5. 5. forderte auch die Exekutive der POUM zum Rückzug auf; doch sollten die Arbeiter ihre Waffen behalten. Am Vormittag des 7. 5. waren die Barrikaden geräumt. Danach rückten 5000 von Valencia entsandte Sturmgardisten in Barcelona ein. Die Militär- und Polizeigewalt Kataloniens lag in Händen der spanischen Zentralregierung.

Der in „höherem Auftrag“ von der PSUC provozierte Kampf hatte 500 Menschen das Leben gekostet und 1000 weiteren Verletzungen zugefügt. Die Zahl der Opfer war höher als die vom Juli 1936. Bereits am 9. 5. aber gab PCE-Generalsekretär José Diaz die Parole aus, beim Barrikadenkampf habe es sich um einen im Auftrag des internationalen Faschismus versuchten „trotzkistischen Putsch“ gehandelt. Das war fortan im ganzen Kominternbereich die gültige Definition, wobei zum Grundthe-

ma einige Varianten zugelassen wurden. Diaz verband sein Verdammungsurteil mit Drohungen gegen aufsässige Kommunisten in aller Welt und Spaniens Regierungschef Largo Caballero, indem er verlangte: „Man muss die trotzkistischen Provokateure... aus allen zivilisierten Ländern wegfeigen, wenn man dieses Ungeziefer wirklich liquidieren will... Entweder schafft die Regierung Ordnung im Hinterland, oder eine andere Volksfrontregierung muss es tun.“

Die Lüge vom „Hinterlandputsch der POUM“ wurde jahrzehntelang gebetsmühlenartig wiederholt, so dass in der parteikommunistischen Bewegung und Stalins Weltfriedenslager viele Millionen daran glaubten. Bei manchem ist das bis heute der Fall. Zu den prominenten Verbreitern der Legende gehörten Santiago Carrillo, Enrique Lister, die deutschen Zeitzeugen Karl Mewis, Kurt Hager, Heinz Hoffmann, Ludwig Renn in seinem verfälschten Buch „Im spanischen Krieg“ von 1955, Fritz Teppich in seinen Schriften bis 1999, leider auch der sonst vertrauenswürdige Heinz Priess, dazu eine Reihe jüngerer Journalisten. Einer von ihnen, Frank Schumann, übte sich in der „Jungen Welt“ vom 2. 10. 1981 in nachträglicher Situationsschilderung und fabulierte: „Während im Norden die Franco-Truppen mit Hilfe italienischer Divisionen und 200 Flugzeugen der ‚Legion Condor‘ ihren Eroberungsfeldzug erfolgreich fortsetzten

- während... Freiwillige in vielen Ländern darauf brannten, in den Kampf einzugreifen -, entfesselt in den ersten Maitagen des Jahres 1937 die POUM, die politische Organisation der spanischen Trotzkisten, einen Bruderkrieg im antifaschistischen Lager. Die Trotzkisten wollen Kataloni-

en von der spanischen Republik losreißen und dann einen Separatfrieden mit den Faschisten schließen. Mehrere Tage tobt in Barcelona der Straßenkampf. Italien liegt auf der Lauer, seine Kriegsschiffe in die Hafenstadt zu schicken, und Franco rechnet schon damit, dass die republikanische Aragonfront auseinander fällt. Das Volk von Barcelona wird jedoch der Revolte Herr. Die republikanische Regierung, die die Umtriebe der POUM begünstigte und die Volksfront spalten wollte, muss zurücktreten.“ Mit Ausnahme der Franco-Offensive im

Werkzeuge war kein derartiger Krieg, sondern Abwehr eines gefährlichen Feindes. Barcelonas Volk kann allenfalls mit den Barrikadenkämpfern, keinesfalls mit der PSUC identifiziert werden. Es wurde nicht dieses Volk einer „Revolte“ Herr, sondern Beschwichtiger vorwiegend aus dem anarchistischen Lager veranlassen die Kämpfer zur Selbstaufgabe der Barrikaden. Die Regierung Caballero hat weder POUM-Umtriebe begünstigt, noch wollte sie „die Volksfront spalten“. Allerdings gab es in ihren Reihen Pläne, dem sich zum illegalen Staat im Staate entwickelnden pseudo-

kommunistischen Krebsgeschwür mit seinen Folter- und Mordkommandos, das die Republik im Kampf mit dem Faschismus empfindlich schwächte, entgegenzutreten. Zu den Varianten der Anti-POUM-Lüge zählten neben der Verleumdung als trotzkistische und „sich links gebärdende“ Organisation deren Darstellung als „anarchistisch“ und „Spionageorganisation Francos“. Jeder durfte sich aussuchen, was ihm passte, die Wahrheit passte nicht.

Unmittelbare Folge der Barrikadenkämpfe war der Sturz des spanischen Ministerpräsidenten und alten Arbeiterführers Largo Caballero. Dieser war schon seit einem PCE-Spitzentreffen mit Orlow und hohen Funktionären der Komintern Anfang März 1937 diskriminiert worden. Er wurde für den Fall Málagas einen Monat zuvor verantwortlich gemacht

und für unfähig erklärt, Krieg zu führen. Am 13. 5. forderten die kommunistischen Minister Hernández und Urribe ihn zur Demission als Kriegsminister auf. Für seinen weiteren Verbleib als Regierungschef stellten sie folgende Bedingungen: Verbot der POUM, Einziehung ihrer Gebäude



Baskenland, in deren Verlauf die deutsche „Legion Condor“ die offene Stadt Guernika verwüstete, stimmt an diesem Text so gut wie nichts. Weder war die POUM eine trotzkistische Organisation, noch hatte sie einen „Bruderkrieg“ entfesselt. Der Kampf anarchistischer und kommunistischer Arbeiter gegen Stalins

und Druckereien, Verhaftung der Exekutive und aller Komitees, welche die Erhebung in Barcelona unterstützt hatten. Caballero weigerte sich, gegen eine Arbeiterpartei vorzugehen. Er stellte fest, die Barcelona-Barrikaden seien nicht konterrevolutionär oder gegen die Regierung gerichtet gewesen. Nur die anarchistischen Minister standen zu ihm. PCE, Bürgerliche und die unter Prieto rechtsorientierte PSOE erzwangen seinen Rücktritt, am 18. 5. die Bildung des weiter rechtsstehenden Kabinetts Negrín. Dessen Chef war Stalins Kandidat gewesen. Als Finanzminister hatte er Spaniens Gold an die UdSSR ausgeliefert und sich der Kollektivierung im Land entschieden widersetzt.

In sowjetischen Augen hatte Caballero übrigens mehr auf dem Kerbholz, als öffentlich zur Sprache kam. Er unterbreitete mit Generalstabschef Asensio einen Plan zur Offensive in Richtung Extremadura, durch dessen Realisierung die Streitmacht der Faschisten in ein Nord- und Südheer hätte gespalten werden können. Sowjetgeneral Kulik missfiel der Plan so sehr, dass er ihn mit seinem spanischen Kollegen Miaja sabotierte. Stalin ärgerte sich über Caballero, weil der die Ablösung des sowjetischen Botschafters erzwang, nachdem ihm dieser den unerbetenen Rat erteilt hatte, PSOE und PCE zu fusionieren. Der bisherige Ministerpräsident war auch dadurch unbotmäßig, dass er die „Checas“ ablehnte, parteikommunistische Polizeioffiziere und Politkommissare feuerte und prüfen ließ, ob CGT und UGT gemeinsam Moskaus Machtambitionen entgegenzutreten könnten.

Das Kabinett Negrín wurde von der PCE „Regierung des Sieges“ genannt. Es heimste immer schwerere Niederlagen ein und führte zum Zusammenbruch der Republik, was nicht nur an der faschistischen Übermacht, sondern auch am Verschulden eigener glorreicher Heerführer lag. Im Innern wurde Spanien durch den Abbau revolutionärer Errungenschaften, zwangsweise Dekollektivierung in Aragonien, Auflösung demokratischer Gremien und Instanzen, strengste Zensurmaßnahmen und Verbot jeder Kritik an der Sowjetunion, Einführung wichtiger Elemente stalinscher Terrorjustiz, Repression

nun auch gegen Anarchisten, brutale Verfolgung der POUM und andere Linkskräfte tödlich geschwächt.

Am 11. 5. 1937 erklärte PSUC-Führer Valdès: „Man muss Nin und sein Freundes-Grüppchen ausrotten.“ Kurz darauf wurde das Zentralorgan der POUM „La Batalla“ verboten, nachdem schon ein Prozess gegen das Blatt angekündigt worden war. Einen Höhepunkt erreichte die Verfolgungsjagd damit, dass am 16./17. Juni, wieder ohne Konsultation der Regierung, die POUM-Exekutive verhaftet wurde. Andres Nin schafften die Schergen nach Madrid, dann ins Haus der PCE-Mitglieder Luftwaffenchef Hidalgo de Cisneros und Constance de la Mora, Leiterin der Madrider Zensurbehörde, zu Alcalá de Hénares, in dem sich eine „Checa“ befand. Nin wurde grausam gefoltert, war aber nicht zu einem „Geständnis“ nach NKWD-Muster bereit, so dass kein entsprechender Prozess geführt werden konnte. Ende Juni holte ihn ein von Orlow bestelltes Kommando ab und erschoss ihn im Garten des Pardo. Folter und Mord wurden jahrzehntelang geleugnet, das Opfer damals durch die Fälschung diffamiert, es sei „von der Gestapo befreit“ worden.

Nins Gefährten waren mehrtägig in der Generaldirektion der Sicherheit in Valencia festgesetzt worden. Sie wurden unter Druck der Öffentlichkeit formell freigelassen, aber gleich wieder aufgegriffen und in ein Madrider KP-Gefängnis geworfen. Die zahllosen Rechtswidrigkeiten beim Verfolgen der POUM, das fortwährende Übergehen zuständiger Minister und Ignorieren ihrer Proteste war typisch für die desolate Verfassung der Spanischen Republik. Neben dem offiziellen Staat gab es einen anderen, der im Eventualfall auch gegen die Regierung agierte und, durch die Sowjetunion sorgsam abgeschirmt, faktisch unangreifbar war.

Insgesamt wurden rund 1000 Mitglieder der POUM verhaftet, 50 ermordet. Wiederholt sind Soldaten, die unter die Fuchtel parteikommunistischer Offiziere gerieten, fusiliert oder direkt ins feindliche Feuer geschickt worden. Andere fanden glücklicherweise bei anarchistischen Divisionen Aufnahme, ebenso wie die CNT Gewerkschaftern der POUM

erlaubte beizutreten. Victor Alba, der auch die verhängnisvollen Fehler rechter Anarchistenführer kannte, bemerkte andererseits: „Aber wenn es nicht die CNT gegeben hätte, wären die POUMisten wie Ratten ausgerottet worden.“

In Gefängnissen wie in Freiheit befindliche Anhänger der Partei organisierten den Widerstand. Die Verhaftung fast aller Mitglieder der neuen Exekutive im April 1938 – auch die Kasse fiel den Schergen in die Hände – war ein schwerwiegender Schlag. Doch blieben die alten Mitstreiter beieinander, kamen neue, jüngere hinzu. Ein wichtiger Erfolg war, dass durch internationale Solidarität Maurins Rettung vor sofortiger Hinrichtung durch das Franco-Regime erreicht werden konnte. Er hatte sich im Juli 1936 in der Nordwestprovinz Galicien befunden, die beim Putsch sofort den Faschisten zufiel. Da jedes Zeichen von ihm ausblieb, hielt man ihn im republikanischen Spanien für tot. Nach missglücktem Versuch zum Übertritt in die Republik wurde Maurin im September 1937 von Faschisten festgesetzt, die seine Identität aufdeckten. Ein Austausch mit gefangenen Reaktionären wäre möglich gewesen, kam aber nicht zustande, weil die PCE-Minister im Kabinett Negrín ihn ablehnten. Maurin war den meisten seiner Genossen vom BOC damals theoretisch wie politisch überlegen. Er wird von stalinistischer Seite bis heute diffamiert.

Ein halbes Jahr vor dem Ende der Republik trat in Barcelona ein Sondergericht zur Hauptverhandlung gegen die POUM-Exekutive zusammen. Angeklagt waren deren Mitglieder Gorkin, Arquer, Andrade und Gironella sowie zwei nicht zum Komitee gehörende Genossen. Das Verfahren fand vom 11. bis 22. 10. 1938 statt. Nach dem Willen seiner Betreiber sollte es mittels verleumderischer Anklagepunkte und Zeugenaussagen, gefälschter „Beweise“ sowie mit Selbstbeichtigungen der Angeklagten realisiert werden und mit sofort zu vollstreckenden Todesurteilen enden. Um Außendruck zu erzeugen, organisierten PCE und PSUC Meetings in Betrieben und an der Front, bei denen „konsequente Abrechnung mit den trotzkistischen Verrätern“ gefordert wurde. Auch Negrín trat für die Hinrichtung der

Angeklagten ein. Der geplante Prozessablauf sollte auch dadurch sichergestellt werden, dass der Verteidiger der Angeklagten durch massive Drohungen zur Flucht veranlasst wurde. Auf gleiche Art war vorher ein Richter daran gehindert worden, das Schicksal Níns zu ergründen.

Der Bericht des Untersuchungsrichters im POUM-Verfahren, eines ehemaligen Monarchisten, vom 23. 8. 1937 und die Anklageschrift vom 11. 6. 1938 enthielten die durch parteikommunistische Hetze bekannten Anwürfe. Die Anklage war ausführlicher. Sie barg insonderheit komplett jene Punkte, mit denen der POUM das Rückgrat gebrochen werden sollte. Erstens sei in Madrid ein faschistischer Agentenring unter Führung eines Herrn Golfin aufgedeckt worden, bei dem sich ein Plan der Verteidigungsanlagen angefundenes habe, dazu auf der Rückseite die Mitteilung an Franco, man arbeite mit der POUM, besonders „N“, zusammen. „N“, so die geheimdienstliche Schlussfolgerung, sei „natürlich Nín“. Zweitens habe es in Perpignan und Gerona eine weitere „poumistisch-frankistische Verschwörung“ gegeben, an deren Anlaufstelle beim Geronaer Buchhändler Roca ein Koffer mit die POUM belastendem Material stand, jede einzelne Seite mit dem Stempel ihres Militärkomitees versehen.

Inzwischen hatte die Partei, z. T. mit anarchistischer Unterstützung, selbst Ermittlungen aufgenommen. Im Falle Golfin stellte sich heraus, dass ein Agent des Zuständigen für Innere Sicherheit bei der Madrider Verteidigungsjunta aus Angehörigen der „fünften Kolonne“ den „faschistischen Ring“ zurechtgezimmert hatte. Die Seite mit dem berühmten „N.“ war gefälscht. Golfin und seine Mitgefangenen bestritten jede Zusammenarbeit mit der POUM. Bei der zweiten „Verschwörung“ hatte ebenfalls ein stalinistischer Geheimpolizist die Hand im Spiel. Der Kof-

fer voller „POUM-Material“ war von einem Unbekannten beim Buchhändler Roca untergestellt worden, kurz bevor die Haussuchung begann. Roca wurde dann solange gefoltert, bis er die angebliche Kooperation mit der POUM „zugab“. Im Prozess zu Barcelona widerrief er die Falschaussage.

Die Anklage und ihre außgerichtlichen „Helfer“ hatten in dem Verfahren auch sonst nichts zu lachen. Nachdem die falschen „Beweise“ geplatzt waren, traten stalinistische Offiziere als Zeugen auf, die



auftragsgemäß über eine Zusammenarbeit von POUM-Soldaten und Faschisten berichteten. Sie mussten auf Befragen einräumen, dies nur vom Hörensagen, also wohl aus der eigenen Propaganda, zu wissen. Die Angeklagten selbst dachten nicht daran, klein beizugeben. Sie brachten ein Bild Níns in den Gerichtssaal und stellten es auf, bekannten sich zu ihren politischen Entscheidungen und Taten und klagten ihre Verleumder an. Zusätzlich zur internationalen Kampagne für sie bescheinigten ihnen im Saal Arbeiterführer und ehemalige Regierungsmitglieder wie Largo Caballero, Federica Montseny, Exbotschafter Araquistain, die früheren Minister Irujo und Zugazagoitia, dass sie aufrechte Antifaschisten mit langer revolutionärer Vergangenheit wären. Innerhalb des Kabinetts widersetzte sich der nunmehrige Justizminister González Pena dem Hinrichtungsbegehren Negríns.

Das Tribunal befand sich im Dilemma. Einesteils gehörte die Anklage auf den Müll, ließen sich die

Vorwürfe wegen angeblicher Spionage und Zusammenwirken mit Franco unmöglich rechtfertigen. Sie wurden es auch nicht. Andernteils wäre ein Freispruch der Angeklagten zwar gerecht, aber für die Sowjetunion untragbar gewesen. Das Gericht fällte daher ein rein politisches Urteil, das den Versuch eines bewaffneten Aufstands gegen die gewählte Regierung, den es nicht gegeben hatte, anprangerte und Strafen zwischen 11 und 15 Jahren gegen die Komiteemitglieder verhängte, während es die beiden anderen Angeklagten freisprach. Ercoli/Togliatti, der ranghöchste Vertreter der Komintern in Spanien, nannte das Urteil skandalös. Er lag damit, was die Interessen seiner Auftraggeber betraf, durchaus richtig, da es, obwohl ebenfalls ungerecht, für sie eine fulminante Pleite war.

Mit Zeitungsartikeln in der Kominternpresse und einem in 18 Sprachen übersetzten Buch hatten die Stalinisten ihre Anwürfe und Pseudobeweise hunderttausendfach verbreitet. Diese waren nun nichts mehr wert. Die POUM trug ihrerseits dafür Sorge, dass der Urteilspruch in Spanien publik wurde.

Infolge des faschistischen militärischen Übergewichts, der den Invasoren förderlichen Nichteinmischungspolitik der Westmächte und der stalinistischen Konterrevolution siechte die Spanische Republik dahin. Sie starb im Frühjahr 1939. In Mittelspanien steckten – mit Ausnahme der rechtzeitig ausgeflogenen Regierungsmitglieder und KP-Führer – alle Antifaschisten in der Falle. Aus Katalonien konnten sie fliehen. Der Chef des spanischen republikanischen Geheimdienstes hatte den Mitgliedern der POUM-Exekutive zugedacht, in Francos Hand zu fallen. Der sozialistische Gefängnisdirektor sorgte aber für Lastwagen, mit denen Inhaftierte wie Wachpersonal zur französischen Grenze gelangten. Andere Anhänger der POUM, solche der eigenen und der anarchistischen Jugendorganisa-

tion wurden von Genossen befreit. Soweit sie in französische Lager kamen, erwartete sie auch dort ein schweres Schicksal.

Die Entwicklung der POUM danach dauerte weit länger, kann aber kürzer dargestellt werden. Ab März 1939 bildeten sich aus schon vorher vorhandenen Gegensätzen ein rechter und ein linker Flügel heraus, dessen Hauptvertreter Rovira, der frühere Chef der Lenin-Division, einerseits, Andrade und Solano andererseits waren, ferner ein Zentrum mit Gorkin und Gironella. Der im zweiten Weltkrieg und danach in Frankreich ansässige rechte Parteiflügel erachtete die Fusion mit der ICE 1935 nun für falsch, die POUM für zu „trozkistisch“. Er plädierte für eine rein katalanische Organisation, die auf das übrige Spanien einwirken und seine Umwandlung zum Föderativstaat ansteuern sollte. Im zweiten Weltkrieg wirkte er, statt eine Umwandlung zum Bürgerkrieg zu fordern, mit den Westalliierten zusammen, nahm aber nicht am französischen Maquis teil. Innerparteilich befürwortete der Flügel ein Deckeln der Probleme, um formell die Einheit zu bewahren. Mit ehemals zur PSUC übergetretenen einstigen BOC-Mitgliedern fusionierte er Januar 1945 in Toulouse zum Movimiento Socialista Catalunya (MSC).

Der linke Flügel der POUM reorganisierte sich, rund 100 Mitglieder stark, auf traditioneller Grundlage in Spanien. Er nahm am Widerstand gegen Franco teil, unterstützte die 1944 von Sozialisten, Republikanern und Anarchisten gebildete Nationale Allianz der Demokratischen Kräfte (ANFD), war Mitgründer ihrer katalanischen und valencianischen Regionalorganisation. Mit Anhängern Largo Caballeros rief er Kataloniens neue UGT-Gewerkschaft ins Leben und stellte deren ersten Generalsekretär. 1945/46 spaltete sich die POUM. Rechter und linker Flügel wurden eigene Organisationen, wobei Erstgenannter von Anfang an zur Sozialdemokratie tendierte.

Nach dem Kriege bestand das Franco-Regime, besonders dank US-Unterstützung, weiter und konsolidierte sich. Der schwerste Schlag für die gesamte spanische Linke und alle Republikaner war das Referendum vom Juli 1947, mit welchem einerseits

das Regime bestätigt, andererseits die Monarchie als sein Nachfolger festgelegt wurde. Die antifrankistischen Kämpfer von 1936-1939 unterlagen der alt-neuen Realität.

Aus dem Exil in Mexiko zurückgekehrt, wirkten danach Gorkin und Gironella in der aus Resten des einstigen Londoner Büros rekrutierten Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa. Sie nahmen, von links scharf kritisiert, Kurs auf Beitritt zur bürgerlichen Europäischen Bewegung, verließen schließlich die POUM und gingen zur PSOE. Auch Maurin, 1946 in eine anfangs „bedingte“ Freiheit entlassen, rückte sukzessive von revolutionären Standpunkten ab. 1948 befürwortete er einen westeuropäischen demokratischen Block an der Seite der USA wider die „totalitäre Sowjetunion“. Er polemisierte in aller Schärfe gegen die nun links stehende POUM-Gruppe in Frankreich und erklärte sich vor seinem Tode 1973 noch für den Putsch in Guatemala, gegen Castro und Allende.

Die französische Gruppe gab noch immer „La Batalla“ heraus. Sie schrumpfte durch sogenannten natürlichen Abgang ein. In der spanischen POUM setzte sich kurzzeitig ein Linkstrend durch, bis die Verhaftungswelle von 1952 auch die neue Führung in den Kerker schwemmte. 1974 kam es in Katalonien nochmals zur POUM-Reorganisation. Die älteren Mitglieder gingen später zur Sozialistischen Partei, die mit katalanischen früheren PSOE-Vertretern zur Regionalorganisation der neuen PSOE fusionierte. Der in Barcelona noch existierende Rest der POUM löste sich Ende der 70er Jahre auf.

Reiner Tosstorff hat meines Erachtens darin Recht, dass es im nachfrankistischen Spanien für diese Partei keinen Platz mehr gab. Dasselbe trifft übrigens auf die Anarchisten, Altstalinisten und alten Sozialisten sowie die liberalen Republikaner zu. Eine Chance für das Weiterleben der POUM gab es auch deshalb nicht, weil eine relativ starke trozkistische Bewegung entstanden war. Sie beruft sich z. T. – und das ist tröstlich – auf Traditionen Andres Níns.

Mit dem Angebot, die Neuauflage des Buches der Arsti über den spanischen Krieg zu besprechen, holte ich mich vor kurzem, u. a. bei IN-

PREKORR und SoZ, einen Korb. Es hieß, das Thema interessiere nicht hinreichend. Bereits die immer wieder aufflackernde Polemik darum erweist, dass es weiter aktuell bleiben wird.

Manfred Behrend

Auswahlbibliographie Zur speziellen Problematik der POUM

Julian Gorkin: Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im spanischen Bürgerkrieg, Köln 1980

Reiner Tosstorff: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt/Main 1987

Allgemein zum Spanischen Krieg: Manfred Behrend: „In Spanien stand's um unsre Sache schlecht...“ 60 Jahre nach dem Barrikadenkampf in Barcelona, in: Hintergrund, Osnabrück, Nr. 1/1997

Pierre Broué/Émile Témime: Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt/Main 1968

Der spanische Bürgerkrieg. Mit Aufsätzen von August Thalheimer, Waldemar Bolze u. a. Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterstimme, 2. erweiterte Auflage, München 2002

Siegfried Kogelfranz/Eckart Plate: Sterben für die Freiheit. Die Tragödie des Spanischen Bürgerkrieges, München 1989

Heleno Sana: Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg, Hamburg 2001



Um den 17. Juni 1953

Erinnerungen eines Berliner ABF-Studenten



Im März 1953 trauerten wir – viele mehr, andere weniger – um das Oberhaupt aller Parteikommunisten und des „Weltfriedenslagers“ J. W. Stalin. Was sich drei Monate später auch wegen dessen vormaligen Wirkens bei uns im Land ereignen würde, ahnten wir nicht. Wir, das waren Studentinnen und Studenten der Berliner Arbeiter- und Bauern-Fakultät (ABF). Diese Institution verhalf jungen Menschen zur Hochschulreife, die zuvor aus sozialen und politischen Gründen bzw. wegen des Krieges nicht in eine höhere Lehranstalt gelangt waren, obwohl sie das Zeug dazu hatten. Alle gehörten der FDJ, viele der SED an. Im engeren Sinne gilt das „Wir“ der CGS 1, einer gesellschaftswissenschaftlich orientierten ABF-Arbeitsgruppe, deren Zugehörige das Abitur nach zwei statt drei Jahren ablegten.

Unsereins bekam wenig von dem mit, das sich damals in der DDR zusammenbraute. Dies lag an einer gewissen Exklusivität, die uns weitgehend von der Umwelt abschirmte. Durch intensives Studium oft überfordert, nahmen wir aktuelle Vorgänge durch die Brille streng zensurierter Presseorgane wahr. Einige, darunter zu meiner Schande ich, lasen nicht einmal Zeitung. Die uns zuteil werdende Lebensqualität war bescheiden, aber hinreichend, und so bedrückte uns das nicht. Möblierte Zimmer und Plätze in Studentenheimen kosteten wenig. Mittag aßen viele wohlfeil in der Mensa. Bücher ließen sich leicht ausleihen. Das Stipendium reichte in der Regel aus. Die ernstesten Versorgungs- und politischen Probleme, mit denen Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende und zahlrei-

che Intellektuelle sich herumschlugen, berührten uns höchstens am Rande.

Das Kommuniqué des SED-Politbüros vom 9. Juni 1953 und der entsprechende Ministerratsbeschluss vom 11. 6. wirkten sensationell. Sie annullierten diverse Repressionsakte und Sparmaßnahmen zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit, die im Namen eines 1952 mit sowjetischer Rückendeckung dekretierten „Aufbaus des Sozialismus“ resp. seiner Fundamente verordnet worden waren. Wir wussten nicht, dass Moskau die Beschlüsse und mit ihnen den „Neuen Kurs“ der SED-Spitze diktiert hatte, hielten sie stattdessen für ein Resultat politischer Weisheit unserer Partei- und Staatsführung. Die Brisanz der am 28. 5. verkündeten Erhöhung industrieller Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent, eines Geschenks zum 60. Geburtstag Walter Ulbrichts am 30. 6., erkannten wir nicht. Diese im Mai erlassene Verordnung wurde beibehalten und erst am 16. Juni zurückgenommen, als es zu spät war, Unheil abzuwenden. Absolut nichts wussten wir von den Konflikten im SED-Politbüro, die kurzzeitig Ulbrichts Thron ins Wanken brachten.

Etwas mulmig muss mir doch gewesen sein. In einem Brief an „Neues Deutschland“, der nie beantwortet wurde, erinnerte ich vor dem 16. 6. an Stalins Rede im Januar 1925, worin er unter Hinweis auf vorangegangene Insurrektionen in Georgien, Tambow und Kronstadt festgestellt hatte: „Entweder wir hören auf, nach Beamtenmanier alles in Ordnung zu finden und nach Beamtenmanier an die Sache heranzugehen, fürchten keine Kritik und lassen uns von den parteilosen Arbeitern und Bauern kritisieren, die doch die Auswirkungen unserer Fehler an ihrem eigenen Leibe spüren; oder wir tun das nicht, und dann wird sich die Unzufriedenheit ansammeln, wird anwachsen, und dann erfolgt die Kritik in Form von Aufständen.“ Zum Glück, so mein falscher Schluss, ist uns Letzteres er-

spart geblieben. Jahrzehnte später war zu erfahren, dass nach dem 17. Juni auch andere Genossen, sowjetische wie deutsche, auf das Zitat verwiesen hatten.

Am 15. 6. begann für uns eine Woche von Abiturprüfungen. Nach einer Klausur am 16. stieg ich in die Straßenbahn, um heimzufahren. Ich hörte einen Fahrgast zum anderen sagen: „Morgen machen wir weiter.“ Mir war nicht bewusst, dass er damit Streiks und Demonstrationen gegen die DDR-Regierung meinte.

Der 17. Juni 1953 war ein prüfungsfreier Mittwoch. Ich war auf dem Weg zur Mensa, als die Bahn plötzlich hielt und nicht mehr weiterfuhr. Beim anschließenden Fußmarsch kamen mir Hunderte meist schweigender Frauen und Männer in Arbeitskluft entgegen, die aus der Innenstadt in ihre Betriebe zurückkehrten. Hinterm Weidendamm traf ich Geschichtsdozent Manfred Klinner. Er fragte, ob ich „schon diskutiert habe“. Wie weltfremd das war, wurde mir nach dem Mensa-Mahl auf der Straße klar. Unter den Linden war weitgehend von Demonstranten geräumt. Mehrmals rasselten Sowjetpanzer vorüber, die zu meiner Verblüffung auf ihren Türmen weiße Sterne trugen. Später fielen ihrerseits Schüsse. Nahe der Neuen Wache stand in einer Blutlache ein Holzkreuz. Es kündete vom Tod eines jungen Mannes, der Panzer zu stoppen versucht hatte. Volkspolizei war nicht auf der Straße. Auch die blau Uniformierten in der Kaserne gegenüber der ABF hatten Befehl, keineswegs einzugreifen.

Einige von uns trafen sich auf dem Gelände der ABF beim Studentenheim „Philipp Müller“. Draußen wurde via Lautsprecherwagen der vom sowjetischen Stadtkommandanten Dibrowa verhängte Ausnahmezustand bekannt gegeben. Die Grenzen nach Westberlin waren gesperrt, der S- und U-Bahnverkehr unterbrochen. Trupps vornehmlich jüngerer Westberliner, die wegen der über den amerikanischen Sender RIAS angekün-

digten Demonstration in den Ostsektor gekommen waren, um „mitzumischen“ – einige hatten in der Leipziger Straße Kioske, am Potsdamer Platz das Columbiahaus angesteckt – kampierten vor dem Eingang zum Bahnhof Friedrichstraße, bis Kasernierte Volkspolizei in khakifarbener Uniform sie vertrieb. Zuvor schlugen einige Randalierer Genossen Zimmermann aus der ABF auf den Kopf, der mit Parteiabzeichen am Revers vorbeigekommen war. Er hatte insofern Glück, als ein Autofahrer stoppte, ihn einlud und zur Rettungsstelle schaffte.

Wir waren inzwischen vergattert worden, auf dem Gelände der ABF zu bleiben. Kommilitonen berichteten hier und bei anderer Gelegenheit über ihre Eindrücke einesteils von einer SED-Funktionärskonferenz mit Grotewohl und Ulbricht am Vorabend, anderenteils von der Arbeiterdemonstration am 17. Die Konferenz hatte dazu gedient, die Partei auf „Neuen Kurs“ mit alter Spitzenbesetzung einzuschwören. Protestumzüge und die Massenkundgebung vor dem Haus der Ministerien bereits am 16. 6. wurden bagatellisiert und der Eindruck erweckt, „uns kann keener“. Entsprechend groß war der Schock, als einen Tag später wesentlich mehr Arbeiter streikten und auf die Straße gingen, nicht nur – wie später zu erfahren war – in Berlin, sondern in allen großen Industriegebieten, und die Führung des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates durch die sowjetische Besatzungsmacht gerettet werden musste. Propagandistisch versuchten Hochkommissar Semjonow und nach ihm die SED-Spitze sogleich, unerfreuliche Tatsachen zu verdrängen und umzulügen. Sie gaben die Parole aus, ein durch USA und Bundesrepublik gesteuerter „faschistischer Putsch“ habe sich ereignet. Die Legende wurde als verbindlich festgeschrieben, ebenso wie auf westdeutscher Seite jene andere, dass es einen reinen, unverfälschten Arbeiteraufstand wesentlich für die Einheit Deutschlands gegeben habe.

In ihren Berichten über die Demonstration erwähnten unsere Augenzeugen sowohl die Arbeitermassen als auch, dass sich unter diese Randalierer gemischt hatten, von denen viele aus Westberlin kamen. Mitgeführte und skandierende Parolen wa-

ren ursprünglich auf Rücknahme sozialreaktionärer Maßnahmen – so der administrativen Normenerhöhung, deren Annullierung am 17. 6. weithin noch nicht bekannt war –, auf bessere Versorgung usw. gerichtet. Während der Demonstration kamen Forderungen nach Sturz der Regierung, besonders des „Spitzbarts“ Ulbricht, und nach Wiedervereinigung dazu. Bis heute ist unklar, wer genau sie aufbrachte. Die meisten Ostberliner Teilnehmer gingen am späten Vormittag in die Betriebe zurück oder nach Hause. Einer von uns hatte Demons-



tranten fotografiert. Er büßte dafür beinahe seinen Apparat ein. Doch trat ein Arbeiter dazu, riss den Film heraus und gab ihm den Fotoapparat wieder.

Die in der ABF und im Philipp-Müller-Heim angelangten Kommilitonen versammelten sich am 17. 6. zweimal, am Nachmittag und abends. Bei der ersten Zusammenkunft wurde mitgeteilt, Genosse Peter Langhof habe einem anderen Studenten an diesem Tag die „provokatorische Frage“ gestellt: Was denn, einfach so weiter mit der deutsch-sowjetischen Freundschaft? Ich kannte Peter, hatte einige Monate zuvor mit ihm stundenlang über Gott, die Welt, unsere Parteiführer und Stalin diskutiert, wobei er mir gegenüber den realistischeren Standpunkt vertrat, auch bei weiterem Vorhandensein der vielen kleinen Stalins wäre es besser, gäbe es den großen nicht mehr. Nun dachte ich, Langhof habe sich politisch das Genick gebrochen. Er war aber, wie sich herausstellte, mit

seinem Ausspruch nur einem Widerling übers Maul gefahren, der mit seinem neu erworbenen Komsomolabzeichen prahlte. Dank sachgerechter Beurteilung ging der Vorfall glimpflich aus.

An der Straßenecke zum Philipp-Müller-Heim parkte mittlerweile ein Sowjetpanzer. Drinnen im Saal gab es eine Szene, die mir kurzzeitig die Fassung raubte. Nahezu alle anwesenden Studentinnen und Studenten stimmten das Fürnberg-Lied „Die Partei hat immer recht“ an. Sie sangen es mit Hingabe von der ersten bis zur letzten Strophe, ausgerechnet nach der größten Pleite der SED seit 1945, die deren Führung in Tateinheit mit der sowjetischen selbst verschuldet hatte.

Im Rundfunk wurden ein Kommentar Karl-Eduard von Schnitzlers und der Artikel von Chefredakteur Rudolf Herrstadt für das nächste ND verlesen. Letztgenannter, den Ulbricht bald mit sowjetischer Hilfe abservierte, äußerte sich vergleichsweise differenziert und sachlich über das Tagesereignis. Schnitzler begrüßte es, dass der „Putsch“ niedergeschlagen war. Er schloss mit dem Satz, das erste sowjetische Todesurteil gegen einen Provokateur sei vollstreckt.

Es lohnt nicht, über unsere Einsätze in den nächsten Tagen zu berichten. Noch nach Jahresfrist waren wir damit beauftragt, in der S-Bahn fahrend darüber zu wachen, ob ein Agent sie zur Feier des 17. Juni angriff. Erwähnenswert scheint mir das Abenteuer eines Genossen aus der CGS 1 zu sein, der am „Tage X“ 1953 selbst verschütt gegangen war. Er hatte sich abends in der Nähe einer sowjetischen Einheit aufgehalten, war für einen Spion gehalten und eingesperrt worden. Zum Glück kam er bald wieder frei.

Meine Erinnerungen an den 17. Juni sind, für sich genommen, wenig bedeutungsvoll. Ich habe sie aufgezeichnet und in einigen Punkten ergänzt, ohne in die Tiefe zu gehen und eine Analyse zu versuchen. Wohl für viele von uns sind die Geschehnisse dieses Tages, ihre Ursachen und Folgen gravierend gewesen. Ein Urlaub mit dem Kommilitonen Charly Mahnke Sommer 1953 im Harz gab uns beiden Gelegenheit, nicht nur die schöne Landschaft zu durchwandern,

sondern auch ungehemmt politische Vorgänge zu erörtern. Jahre danach haben wir das fortgesetzt, nun zeitweise insgeheim von der Staatssicherheit überwacht.

Deprimierend war die erste Parteiversammlung an der Fachrichtung Geschichte der Berliner Humboldt-Universität im Herbstsemester 1953, an der ich teilnahm. Mitarbeiter des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes hatten am 19. 6. eine Resolution verabschiedet, in der sie gegen die von der SED übernommene Darstellung der sowjetamtlichen „Täglichen Rundschau“ protestierten, „die große Masse der ‚Demonstranten‘“ am 16. und 17. Juni wären „mehrere Tausend von Westberlin

geschickte faschistische Unruhestifter und Rowdies“ gewesen, nicht für berechtigte Forderungen eintretende Arbeiter, welche sich von Provokateuren distanzieren. Die Institutsmitarbeiter verlangten ein selbstkritisches Verhalten der Partei- und Regierungsspitze und wahrheitsgetreue Presseberichte. Für die Resolution mitverantwortliche Genossen mussten nach den Semesterferien ans Pult treten und sich parteiöffentlich kaschieren.

Im November war ich eines anderen Delikts wegen ebenfalls dran. Kurzzeitig Redakteur der Parteiwandzeitung, hatte ich dort einen Artikel zum Jahrestag der Oktoberrevolution angeheftet, der statt der

üblichen Lobhudelei darauf hinwies, dass es wohl auch bei uns noch „Personenkult“ gebe, wie der Stalinismus damals beschönigend umschrieben wurde. Da das natürlich unmöglich war, nahmen mich Parteileitung und Grundorganisation in die Mangel, bis der fällige Kotau vor einer Partei, die immer recht hat, absolviert war. Die nächste große Auseinandersetzung begann nach dem XX. KPdSU-Parteitag im Februar 1956. Gleich allen anderen Konflikten bis 1989 führte sie nicht zum Erfolg der kritischen Kräfte, weil diese immer wieder notwendige Kampfschlossenheit vermissen ließen. Die Vorgänge zeigten zugleich, dass der vom 17. Juni 1953 ausgehende Anstoß fortgewirkt hat.

Manfred Behrend

Aufgewärmte Uralt-Enten

Der Autor, einst SED-Funktionär, war 1961-1966 Kulturminister, 1989/90 Generalintendant des Deutschen Fernsehfunks. Seine Darstellung der Vorgeschichte des 17. Juni 1953 birgt die Mitteilung, dass die Passage im 1945er Aufruf der KPD, das Sowjetsystem entspreche „nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“, es müsse eine parlamentarisch-demokratische antifaschistische Republik her, von Stalin stammt. (S. 14. f.) Mit dessen Hilfe wurde später auch ein wichtiges Wirtschaftsproblem der DDR – die Herstellung von Eisen und Stahl mit polnischer Kohle und ukrainischem Erz statt Westrohstoffen – gelöst, worauf das Eisenhüttenkombinat Ost samt zugehöriger Wohnstadt den Namen des sowjetischen Förderers erhielt. (S. 17 ff.)

Prinzipiell richtig gibt Bentzien Vorgänge wieder, die ab 1952 zum raschen Anwachsen SED-feindlicher Stimmungen in der DDR führten: die Überlastung des Landes gleichzeitig durch Reparationen, Rüstung und „sozialistischen Aufbau“, Versorgungslücken, Abgaben-, Steuer- und Preiserhöhungen, der Beschluss zur administrativen Normenerhöhung um mindestens 10 Prozent, harte Re-

pressionen gegen kleine Diebe wie gegen die Junge Gemeinde. Kühn ist die Ansicht des Verfassers, 1952 habe Ulbricht nur „der Ordnung halber“ in Moskau angefragt, ob er den „Aufbau des Sozialismus“ verkünden dürfe. Mit der Proklamation aber habe er die SED „aus der Rolle eines Bauernopfers in der Deutschlandpolitik der Sowjetunion befreit“. (S. 52 f.)

Die Ereignisse vom 16./17. Juni 1953, in den Tagen und Wochen danach, schildert Bentzien aus der Sicht der Herrschenden. Er nutzt Erinnerungen Minister Selbmans, des ZK-Abteilungsleiters Schirdewan, des Wirtschaftssekretärs der SED-Bezirksleitung Berlin Heinz Brandt (später nach Westen geflüchtet und von der Stasi gekidnappt), des Professors Havemann und seine eigenen. Die Rolle des RIAS (Chefredakteur: Egon Bahr), der nach ersten Arbeiterprotesten am 16. 6. in Ostberlin durch Ausstrahlung von Aufrufen zur Fortsetzung des Kampfs Teile der DDR-Bevölkerung mobilisierte, ist größtenteils zutreffend wiedergegeben.

Die Vorgänge analysierend, kam der Verfasser laut Umschlagtext „zu überraschenden Ergebnissen“. Das trifft so nicht zu. Dass es amerikanische und bundesdeutsche Roll-

back-Pläne gab, westliche Randalierer sich in die Geschehnisse vom 16./17. Juni einmischten, reaktionäre Scharfmacher Proteste gegen asoziale Partei- und Regierungspolitik in sozialismusfeindliche Attacken und die Forderung nach Wiedervereinigung, d. h. Anschluss an die BRD, ummünzten, ist schon lange bekannt. Dazu wärmt Bentzien die fast dahingesiechte Uralt-Ente vom 17. Juni als außengesteuertem „faschistischem Putsch“ wieder auf, die einst der Selbstrechtfertigung sowjetischer und ostdeutscher Politbürokraten, der Ablenkung von ihrer Schuld am Desaster diene. Relativ, aber ebenfalls nicht ganz neu ist das Verfahren, den sowjetischen Innenminister Berija für die Pleite verantwortlich zu machen. Der Autor behauptet, NKWD-Agenten hätten die DDR ins Wanken gebracht, weil ihr Chef diese an den Westen verkaufen wollte. (S. 120 f.) Letzteres beabsichtigte der reaktionäre Fiesling in der Tat – nach Stalin und vor Gorbatschow. Das von Bentzien konstatierte Gegeneinanderarbeiten von Geheimdienst und Sowjetarmee in der DDR aber gehört ins Reich der Phantasie. Auch im Westen geglaubte Lügen Ulbrichts wiederholend diffamiert der Autor ND-Chefredakteur Herrn-

stadt und Staatssicherheitsminister Zaisser wegen ihrer Gegenposition zum DDR-Diktator als Agenten Berijas. (S. 135, 149, 151 ff.) Die 1953 für eine ZK-Resolution erarbeiteten Vorschläge Herrnstadts entsprachen DDR-Interessen und waren wesentlich sachgerecht. Bentzien gründet seine Darstellung nicht auf sie, sondern auf Fälschungen Ulbrichts, mit deren Hilfe dieser die „Zaisser-Herrnstadt-Gruppe“ liquidierte.

Der Westlegende vom 17. Juni

1953 als reinem Proletenaufstand für „Freiheit und Wiedervereinigung“ muss entgegengetreten werden. Geschichte das nach Art des Verfassers durch Präsentation eigener Enten, ist die Niederlage im Streit sicher. Zu bemängeln sind am Buch z. T. unexakte Quellenangaben, fehlende Quellenkritik und sachliche Schnitzer. So wurde 1945 in Jalta nicht die Spaltung Deutschlands, sondern dessen zeitweilige Teilung in Besatzungszonen beschlossen (S. 30), stammt die The-

orie der Sozialen Marktwirtschaft nicht von Erhard (S. 27), blies das Bonner Kaiser-Ministerium nicht „zum Sturm auf die Brüder im Osten“ (S. 66), war der Sozialistenführer Pietro Nenni kein „italienischer Kommunist“. (S. 51)

Manfred Behrend

Hans Bentzien: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte – Verlauf – Hintergründe, Berlin: edition ost, 2003, 214 S., 12,90 €

DDR-Intelligenz für Meinungsfreiheit und Recht

Seit der „Wende“ hat sich Prokop wiederholt mit DDR-Geschichte, dem Untergang dieses Staates und der Biographie Wolfgang Harichs befasst. Hier behandelt er auf Basis einst streng geheimer Akten Lage und Wirken der Intelligenz 1952/53. Seine Analyse umfasst knapp die Hälfte des Buches. Wichtige Dokumente werden erstmals publiziert.

Der Verfasser beschreibt, wie sich DDR-Wissenschaftler in den 80er Jahren um eine realistische Sicht auf den 17. Juni 1953 bemühten. Darüber zu publizieren war unmöglich. Der von Ulbricht auf der II. SED-Partei-konferenz im Juli 1952 aufgerufene „Aufbau des Sozialismus“ ist, wie Prokop feststellt, kein Geniestreich zur Verhinderung des Ausverkaufs der DDR an den Westen gewesen. Das Aufbau-Konzept wurde von sowjetischen und SED-Vertretern erarbeitet und durch die KPdSU-Spitze gebilligt, nachdem Stalins Plan eines neutralen Gesamtdeutschlands gescheitert war. (S. 16) Der vom SED-ZK im Namen „verschärften Klassenkampfes“ forcierte Aufbau bürdete der DDR eine weitere enorme Last auf, die durch höhere Abgaben und Preise bei verminderter Sozialleistung finanziell tragbar gemacht werden sollte. Nach Darstellung der 1953 ebenfalls von Moskau verordneten Kehrtwende „Neuer Kurs“ geht der

Autor auf die doppelgleisige Politik des damals mächtigen Berija ein. Unter Berufung auf Sudoplatow, einst Leiter der auf Trotzki angesetzten Mörderbanden, konstatiert er: Einesteils sondierte das NKWD, ob die DDR nicht doch gewinnbringend verkauft werden könne. Andernteils befahl Berija am 17. 6. den Einsatz der Sowjetarmee in Ostdeutschland, um dem Westen die Illusion zu nehmen, „die sowjetische Herrschaft lasse sich durch einen Volksaufstand vertreiben“. (S. 81 bzw. 86 f.)

Aus Prokops Bericht über die Intellektuellen geht die bedeutende Rolle des DDR-Kulturbunds (KB) und seines Präsidenten Becher hervor. Die KB-Präsidentschaftstagung am 15. 7. 1952 galt formell Konsequenzen aus der II. Parteikonferenz der SED. Doch polemisierten Becher, der Präsident der Kammer der Technik Franck und der Leiter des Büros des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz, Freund, gegen Dilettantismus von SED-Kulturfunktionären, „unziemliche Behandlung“ der Ingenieure und Techniker sowie willkürliche Verhaftungen. (S. 22 ff.) In der Zeit finsterster Reaktion nach Slánský-Prozess und Festnahme Moskauer „Mörderärzte“, Liquidierung der Volksbühnenorganisation und jener der Verfolgten des Naziregimes in der DDR brachte der Kulturbundpräsident eine Enquete über

die Lage der Intelligenz auf den Weg. Sie belegt nicht nur die z. T. schwerwiegenden Auswirkungen der Gesellschaftskrise auf diese Schicht (S. 49), sondern auch Differenzen zum Kurs der Partei- und Staatsführung. In Jena und bei der Zentralen Intelligenzkonferenz am 27. 5. 1953 in Berlin meldeten Klemperer, Deiters und Rienäcker Widerspruch gegen die Verkürzung der Oberschuldauer von 12 auf 10 Jahre und Überlastung der Universitäten an. Andere verwiesen auf hohe Gerichtsurteile wegen Nichteinhaltung der Sicherheitsvorschriften in Betrieben, die wegen forciert er Produktionserhöhung bei unzureichender Technik nicht einzuhalten waren. Der im Politbüro wegen seines autoritären Kurses bedrängte Ulbricht gab den Beschwerden der Intelligenz recht und stellte ihr nach dem 17. Juni das Zeugnis aus, „in den Tagen der faschistischen Provokationen loyal gearbeitet“ zu haben. (S. 85 bzw. 93) Wie Prokop anmerkt, suchte er derart einen Keil zwischen Intellektuelle und Arbeiterklasse zu treiben. Doch produzierte er dabei m. E. keine Legende. Etliche Ingenieure und Techniker waren an Streiks und Demonstrationen beteiligt. Das Gros der Intelligenz aber stand zur Regierung, obwohl es sie partiell kritisierte.

Die Präsidentschaftstagung des Kulturbunds am 3. 7. 1953 markierte

den Höhepunkt an Aktivität. Becher verlangte, man müsse zur überparteilichen Organisation der Intelligenz werden und auf Einhaltung der Gesetzlichkeit achten, der Hinweis Justizminister Fechners auf die Gültigkeit des Streikrechts sei richtig. Weitere Ratsmitglieder übten am bisherigen Kurs Kritik und bekundeten Misstrauen den nach wie vor Regierenden gegenüber. Brugsch und Niekisch verurteilten die Verfälschung des 17. 6. zur faschistischen Aktion. In seiner Resolution berief sich der Rat auf die Konferenz vom 27. 5. und auf den 17. Juni. Er forderte Freiheit der Meinungen, von Forschung, Lehre, Kunstschaffen und Schullehrerarbeit, verwandte sich für wahrheitsgetreue Information und soziale Belange. (S. 103 ff.) Gleichartige Forderungen erhob die Akademie der Künste. Brecht und Harich polemisierten unterdes gegen Zensurpraktiken der staatlichen Kunst-

kommission.

Die Reaktion hierauf begann mit empörten Leserbriefen und einem ND-Artikel des beamteten Kunstkritikers Besenbruch. Am 24. 9. ging der Präsidialrat auf Rückwärtskurs. Bundessekretär Wendt bewertete die Berufung auf den 17. Juni als Missverständnis. Zugleich schätzte allerdings Ernst Bloch die Situation zutreffend so ein, dass sich mit dem Neuen Kurs der alte „nur ein paar Phrasen zugelegt, nichts erfüllt“ habe. (S. 131 f.) Beim Gespräch Grotewohls mit Intellektuellen am 19. 10. strafte der Ministerpräsident emanzipatorische Forderungen als „faulen Liberalismus“ ab und verteilte zugleich Zuckerbrot: Brechts Berliner Ensemble bekäme ein eigenes Haus, die Altersversorgung für Künstler werde kommen, Möglichkeiten zum Austausch Kunstschaffender mit dem Westen würden erhöht. (S. 133 ff.) Gleich Arnold Zweig blieb Stefan

Heym kritisch. Auf seine Frage, ob er über den 17. Juni die Wahrheit schreiben dürfe, antwortete Grotewohl: „Bitte schön“. (S. 140) Der Roman erschien im Osten erst nach Ende des SED-Regimes.

Die Forderungen der Intelligenz von 1953 bewertet Prokop als theoretisch gehaltvoller, gesellschaftlich bedeutsamer und emanzipatorischer als die der streikenden Arbeiter. Dass sich beide Gruppen Illusionen machten und nur hätten durchsetzen können, wenn sie das „Regime der Funktionäre“ zerbrachen (S. 148 f.), ist richtig. Schuld an ihrem Misserfolg war auch, dass sie getrennt marschierten, daher getrennt geschlagen werden konnten.

Fred Wilm

Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditzer Buchverlag 2003, 348 S., 18,50 €

Klassenmäßig klar

Juristen von der Weimarer Republik bis zur heutigen BRD

Der Untertitel dieser Rezension zweier von den Nachfolgern des Kölner Pahl-Rugenstein Verlags herausgebrachter Bücher mag übertrieben erscheinen. Sie handeln aber in der Tat von deutschen Juristen in unterschiedlicher Zeit, die je nach Zugehörigkeit zu den Kräften des Fortschritts oder der Reaktion entgegengesetzt agierten.

Heinz-Jürgen Schneider/Erika Schwarz/Josef Schwarz:

Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands

Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien. Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 2002, 364 Seiten, 25 Euro

Der bekannte linke Strafverteidiger und Interpret deutscher Justizgeschichte Heinrich Hannover bewertet den Band im Vorwort als lange fälligen Versuch, die Anwälte der RHD „aus einer Vergessenheit zu holen, in die sie von den Geschichtsschreibern der Mächtigen verbannt worden sind“. (S. 8) Die Autoren geben einen Überblick über die Rote

Hilfe Deutschlands, der am Ende 500 000 Mitglieder angehörten. Sie entstand 1924, nachdem zwei Jahre vorher der IV. Kominternkongress die Internationale Arbeiterhilfe (IAH, russisch MOPR) als weltweites proletarisches Rotes Kreuz ins Leben gerufen hatte. Aufgabe beider Organisationen war es, Opfer der Kapitalherrschaft und Kämpfer gegen diese Herrschaft zu unterstützen. Die Hilfe galt nicht nur KP-Zugehörigen. Sie war nicht allein auf die Arbeiterklasse begrenzt, sondern wurde zugleich mittelständischen Kreisen, Angehörigen der Intelligenz und kolonial unterdrückter Völker zuteil. Wie Mitglieder der RHD und ihre IAH-Genossen im allgemeinen, war die weit kleinere Schar der als Anwälte und für



Rechtsschutzkommissionen Agierenden aufopfernd tätig. Durch Aufklärung, als Rechtsberater, in Kampagnen zur Freilassung politischer Gefangener, für Abschaffung des § 218 und für künstlerische Freiheit wirkten sie für ihre Klienten. RHD-Anwälte waren zu 60 Prozent jüdischer Herkunft. Sie bezogen weit geringere Honorare als üblich und wurden auch deshalb von bourgeoisen Konkurrenten als „nicht standesgemäß“ attackiert.

Ihre Gegner, angeführt von einer Elite stockreaktionärer Juristen aus der Kaiserzeit, waren klassenmäßig klar. Sie strengten zahllose Verfahren an, besonders gegen Kommunisten, aber auch gegen SPD- und Reichsbannerleute, Intellektuelle und Künstler – letzteres nicht nur wegen Veröffentlichung, sondern selbst wegen bloßen Vortrags revolutionärer Gedichte. Zu den größeren Verfahren zählten der sogenannte Tscheka-Prozess 1925 gegen KPD-Funktionäre, die Prozesse nach dem Berliner Blutmai 1929, der Landesverratsprozess wider Carl von Ossietzky, der „Eden“- , „Röntgenstraßen“- und „Felseneck-Prozess“ nach SA-Überfällen auf Berliner Proletarier. Rückwärtsgewandte Richter taten – auch durch Verbiegen des Rechts – ihr Möglichstes, um Linke hart zu bestrafen. Sie bereiteten, wie Hannover konstatiert, „den Boden für die Konzentrationslager der Nazis vor“. (S. 24) Gleichzeitig maßen sie mit zweierlei Maß und waren Rechtsextremen und NS-Tätern gegenüber sanftmütig. Sie setzten gegnerische Anwälte öffentlich herab, duldeten rechte Morddrohungen gegen diese und ließen auch mal einen RHD-Vertreter gewaltsam aus dem Saal führen.

Ohne Anwälte der Roten Hilfe hätten viele ihrer Mandanten einem mächtigen Gegner allein und fast wehrlos gegenübergestanden. Die Anwälte erzielten bisweilen beachtliche Erfolge. Bei der Nachbereitung des Hamburger Aufstands von 1923 gelang es ihnen in Abstimmung mit der KPD-Zentrale, den Barrikadenkampf als bloßen Versuch zur Abwehr reaktionärer Kräfte hinzustellen. (S. 34) Das steht in schroffem Gegensatz zur Legende, er sei – angeblich von Thälmann geführt – das weithin leuchtende Signal zur siegreichen deutschen proletarischen Re-

volution gewesen, die nur deshalb nicht zustande kam, weil Brandler sie verhinderte. In einem Blutmai-Verfahren erreichte der parteilose Anwalt Hans Litten, dass Polizeieuzesse vom Gericht gerügt und die Schuld Polizeipräsident Zörgiebls (SPD) am Massaker als wahr unterstellt wurde. (S. 38) Im „Edenprozess“ ließ er Hitler, der gerade die Verfassungstreue der NSDAP beeidet hatte, als Zeugen vorladen und konfrontierte ihn mit eklatanten Verstößen seiner Partei gegen diese Treue, worauf der „Führer“ teils kleinlaut, teils hysterisch reagierte. (S. 38 f. und 199) Beim scheinbar unpolitischen Prozess gegen den polnischen Landarbeiter Jakubowski, der zu Unrecht wegen Kindesmords hingerichtet worden war, bewirkte der Rote-Hilfe-Anwalt Arthur Brandt die Verfahrenswiederaufnahme und nachträglichen Freispruch. (S. 95) In einem anderen Fall vermochte dessen Kollege Ernst Schweitzer gar das Reichsgericht umzustimmen, was einmalig war. (S. 265)

Auf rund 240 Seiten listen die Autoren alle für die RHD zeitweise oder ständig aktiven Juristen auf, über die sie etwas herausfinden konnten. Auch die Anwältinnen Nora Block und Hilde Benjamin befinden sich darunter. Bedingt durch oft spärliche, z. T. ungenaue Angaben und das Faktum, dass das Durchforsten polnischer und russischer Archive aus finanziellen Gründen unmöglich war, fällt manche Notiz fragmentarisch aus. Mindestens in einem Fall hätten die Verfasser mehr leisten können: Der von ihnen nur erwähnte Rechtsanwalt Bolz aus Breslau war kein anderer als der später für die MEGA und die Zeitung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, als Vorsitzender der NDPD, Aufbau- und Außenminister sowie stellvertretender Ministerpräsident der DDR aktive Lothar Bolz (1903-1986) Davon abgesehen haben Schneider und beide Schwarz Pionierarbeit geleistet, die fortgesetzt werden sollte. Sie stellen Kämpfer mit z. T. erschütternden Schicksalen vor. Zu den bedeutendsten zählten Paul Levi, Kurt Rosenfeld, Ernst Hegewisch, Rolf Helmer und der Linksbürgerliche Alfred Apfel, ebenso Hans Litten, Eduard Alexander und Artur Sauter, die der NS-Rache zum Opfer fielen, Felix Halle und Hermann Horstmann, welche Stalin

auf dem Gewissen hat, sowie Exilanten, von denen Götz Berger und Frank Berlet später die Spanische Republik verteidigten. Der einstige deutsche Artillerieoffizier und Freikorpsführer Berlet befahl als Divisionskommandeur und Oberst die Artillerie der POUM. (S. 88 ff.) Anwältinnen und Anwälte der RHD wurden nach 1933 generell mit Berufsverbot bedacht. Auch von den im Land Gebliebenen liefen nur ganz wenige zur NSDAP über.

Dem Buch ist die bekannteste RHD-Schrift zur juristischen Aufklärung, Halles „Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?“, als Reprint beigegeben. Am Schluss stellt sich die heute mit Sitz in Göttingen tätige Rote Hilfe vor.

Conrad Taler:

Zweierlei Maß Oder Juristen sind zu allem fähig

*Vorwort von Heinrich Hannover.
PapyRossa Verlag, Köln 2002, 189
Seiten, 13,50 Euro*

Taler stellt BRD-Juristen ihren NS-Vorgängern einerseits, Kollegen aus der DDR andererseits gegenüber. Dass sie dabei, wie er feststellt, mit zweierlei Maß gemessen haben und messen, ist nicht verwunderlich. Die Hitler dienern, waren Angehörige der



eigenen bürgerlichen Zunft, die anderen Klassen- und Staatsfeinde. Leider berührt der Autor die bundesdeutsche Geschichte nur am Rande. Sie begann mit extremem Antikommunismus und damit, das Gros der bürgerlichen Eliten unter Hitler in die Nachkriegsgesellschaft einzugliedern, es mit hohen Posten und Renten zu versorgen. Naziverbrechen wurden möglichst verschwiegen, bagatellisiert oder, wo sie doch einmal gerichtlich behandelt werden mussten, milde bestraft. Dies ganz im Gegensatz zu Vergehen oder Pseudovergehen der Linken. Es fehlt im Buch ein Hinweis darauf, dass die BRD formell die alliierte Gesetzgebung gegen deutsche Kriegs- und NS-Verbrecher und das „Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus“ übernahm, das 1946 für die US-Zone verabschiedet wurde. Die Bundesregierung rechnete sich das 1970 in einer Erklärung an die UNO als Verdienst an, ohne dass die Bestimmungen adäquat im Landesinnern angewandt wurden. Zu den tatsächlichen Meriten des Bonner Staates indes zählten das Gesetz von 1951 zur Ämterbeschaffung für frühere Nazikader, die Feststellung von 1960, alle sogenannten Totschlagsdelikte der NS-Zeit seien verjährt, und das Gerangel um die Verjährung auch offensichtlicher Morde so lange, bis viele Täter verstorben waren. Auch die verbliebenen wurden in der Regel geschont.

Das vom Autor angeführte einzige Beispiel eines Neonazis, der mit der BRD-Justiz zu tun bekam, Gerhard Freys, erweist gleich vielen anderen, dass diesen Elementen gegenüber ebenfalls Nachsicht geübt wird. Trotz übelster verfassungswidriger, pronazistischer und antisemitischer Hetze stellte das Bundesverfassungsgericht dem rechtsextremen Pressezairen 1974 ein Attest zu weiterer „freier Meinungsäußerung“ aus, anstatt ihm, wie Justizminister Benda (CDU) beantragt hatte, dies Grundrecht zeitweise abzuerkennen. (S. 151 ff.) Das Verbotverfahren gegen die NPD dürfte den Trend bestätigen, zumal es durch Verfilzung von Parteifunktionären und Verfassungsschutz schon jetzt unterminiert und diskreditiert ist.

Unter Verzicht auf Darlegungen dieser Art nennt Taler Beispiele für

die geläufige juristische Praxis gegenüber Naziverbrechern aus der eigenen Zunft.

1956 sprach der Bundesgerichtshof SS-Obersturmbannführer a. D. Thorbeck frei, der 1945 als Verfahrensvorsitzender die Hitlergegner Bonhoeffer, Canaris und andere umbringen ließ. Zehn Jahre später verurteilte ihn ein Schwurgericht wegen Mordbeihilfe, worauf der BGH ihn freisprach. Es sei, verlautbarte er, nicht entscheidend, wie sich die Ereignisse nach heutiger Erkenntnis darstellten, sondern wie Gesetzeslage und Gegebenheiten zur Tatzeit waren. „Ausgangspunkt ist das Recht des Staates zur Selbstbehauptung.“ (S. 24)

Das Oberlandesgericht Schleswig lehnte 1967 Voruntersuchungen gegen zwei Juristen ab, die in Warschau zahlreiche Todesurteile gegen Juden gefällt hatten. Anklage wegen Mordes – so das OLG – sei nur möglich, wenn die beiden Kollegen auch Rechtsbeugung verübt hätten (S. 175 f.), was sie selbstverständlich nicht zugeben.

1968 verwarf der BGH die Verurteilung des Beisitzers am Volksgerichtshof Rehse wegen sieben der 231 von ihm ausgesprochenen Todesurteile: Der Angeklagte könne nur bestraft werden, „wenn er selbst aus niedrigen Beweggründen für die Todesurteile stimmte“. Hatte er es aus nazistischer Gesinnung getan, waren das offenbar höhere Gründe. Rehse versicherte dem Berliner Schwurgericht als nunmehr letzter Instanz, er habe „in keinem Fall das Recht gebeugt“, nur in außergewöhnlicher Lage „außergewöhnliche Maßnahmen getroffen“. (S. 28 f.) Beim Begründen des fälligen Freispruchs wies das Gericht darauf hin, dass auch in „freiheitlichen“ Gemeinwesen außergewöhnliche Lagen berücksichtigt werden – durch Noske beim Niederschlagen des „Spartakusaufstands“, durch die BRD mit den Notstandsgesetzen. (S. 121)

Ein weißer Rabe unter den Juristen, Generalbundesanwalt Güde, fragte einmal: „Ist es nicht erschreckend, zugeben zu müssen, dass wir... objektiv zu einem Werkzeug des Unrechts, ja zu einem Werkzeug des Terrors gemacht werden?“ Ein anderer, Verfassungsrichter Martin Hirsch, stellte fest: „Richter sind zu allem fä-

hig.“ (S. 177 bzw. 10)

Letzteres erwies sich Taler zufolge auch, als Juristen des Siegerstaates BRD beim Plattmachen der DDR ihre dortigen Ex-Kollegen abstrafte. Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht 1973 festgeschrieben, alle DDR-Bürger seien wie Bundesdeutsche zu behandeln. „Jede Verkürzung des verfassungsrechtlichen Schutzes, den das Grundgesetz gewährt..., wäre grundgesetzwidrig.“ (S. 156 f.) Das kümmerte den vormaligen Chef des Bundesnachrichtendienstes und späteren Justizminister Kinkel (FDP) nun nicht mehr. Er gab die (im Buch weggelassene) Parole aus, dieser Staat sei zu delegitimieren. Richter und Staatsanwälte folgten ihm. Sie erwiesen sich genauso klassenmäßig klar im Kopf wie ihre braunen Vorläufer. Nach der Linken im Altreich und in der alten BRD sehen sie jetzt SED- und DDR-Justizfunktionäre als Feinde an. Gleichzeitig beteuern sie die eigene Unparteilichkeit und leugnen den Charakter ihrer Arbeit als Rachejustiz.

Für ihr Vorgehen wesentlich ist, so Taler, die Umkehr der bisherigen Rechtsgrundsätze im allgemeinen, der auf Alt- und Neonazis angewandten im besonderen. Vor allem kam das Prinzip „Nulla poene sine lege“ – keine Strafe ohne gegebene Rechtsgrundlage – zu Fall. Wichtig hierzu war das „Gesetz über das Ruhen der Verjährung bei SED-Unrechtstaten“, das 1993 bisher in beiden deutschen Staaten geltende Verjährungsfristen rückwirkend aufhob.

Mit keinem Wort soll die Politjustiz des „Arbeiter-und-Bauernstaates“ gelobt werden. Verglichen mit der damals geltenden zivilen, war sie erheblich schlechter, vor allem des Eingriffsrechts diverser Potentaten wegen. Erstens muten aber DDR-Vergehen gemessen an den von westdeutschen Gerichten großmütig verziehenen der Nazis harmlos an. Zweitens erweist die bundesdeutsche Vorgehensweise nach dem unverhofften Sieg im kalten Kriege in aller Regel, dass es diesen Richtern egal ist, ob und wie viel Schuld oder vermeintliche Schuld DDR-Angeklagte auf sich luden. Talers Darstellung müssen beide Aspekte hinzugefügt werden. Von seinen Beispielen bundesdeutscher Urteile zu DDR-Tatbeständen sind folgende bemerkens-

wert:

1993 wurde DDR-Richter Jürgens verknackt, weil er mehr als vier Jahrzehnte davor in einem Waldheim-Tribunal saß, das als NS-Kriegsverbrecher Angeklagte zum Tode verurteilte. Er hatte nicht einmal dafür gestimmt. (S. 12 f.)

1995 schrieb der Bundesgerichtshof die vom Berliner Landgericht verhängte, mit drei Jahren neun Monaten höchste Strafe für einen DDR-Juristen, den Richter beim Obergericht Reinewarth, wegen Rechtsbeugung und Totschlags fest. Er begründete das so: R. habe seinerzeit zwar geglaubt, hart zu bestrafende Spionagetätigkeit ahnden zu müssen. Doch hätten – so der BGH unter Anwendung heutiger bundesdeutscher Maßstäbe auf die damalige DDR – die Feststellungen „keinen die Staatssicherheit wesentlich beeinträchtigenden Geheimnisverrat“ belegt. Dass „der Angeklagte bestreitet, wissentlich gesetzwidrig gehandelt zu haben“, könne seinen unbedingten Vorsatz, Recht zu beugen, nicht in Frage stellen. (S. 48)

Zwei Monate zuvor rechtfertigte das Bundesverfassungsgericht ein Urteil wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung gegen eine Staatsanwältin, wobei seine Motivation hanebüchen war: „Der Tatrichter hat festgestellt, die Angeklagte habe gewusst, dass sie gesetzwidrig gehandelt hat. Damit ist die innere Seite der Rechtsbeugung, die das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit voraussetzt, hinreichend belegt.“ (S. 77)

Am 24. 10. 1996 stufte ebenfalls das BVerfG DDR-Hoheitsträger als unter Ausnahmerecht stehend ein. Auf eine Verfassungsbeschwerde Heinz Keßlers und anderer Mitglieder des Verteidigungsrates hin bestimmte es, das Rückwirkungsverbot nach Art. 103, 2 GG bei später ergangenen Bestimmungen basiere auf einer Vertrauensgrundlage, die für die Beschwerdeführer nicht gelte. (S. 59 ff.)

Kennzeichnend für die „unabhängige“ Politjustiz im Rechtsstaat BRD nach dessen erster Ostexpansion 1990 ist ihr Verhalten im Fall Götz Berger, der uns bereits als Rote-Hilfe-Anwalt und Kämpfer für Spaniens Freiheit begegnet ist. Wegen Urteilen, die er 1952-1954 als DDR-Richter auf die Delikte friedensgefährdende Pro-

paganda, Sabotage und Spionage hin verkündete, wurde ihm als 90-jährigen 1995 vom Bundesversicherungsamt die Entschädigungsrente für NS-Opfer entzogen. Dem Amte war es Wurst, dass eines mit dem anderen nichts zu tun hat. Ebenso waren ihm Bergers frühe Kritik am rechtswidrigen Vorgehen der Staatssicherheit, die zu seiner Strafversetzung und dem Ausscheiden aus dem Richteramt, resp. seine Anwaltstätigkeit für Havemann und das Eintreten für Biermann 1976 Wurst, die ihn das Anwaltsmandat kosteten. Zwei Monate vor seinem Tod erst hob das Berliner Sozialgericht den Rentenstop auf. (S. 104 ff.)

Das Bundessozialgericht bewährte sich im Klassenkampf von oben, als es 1998 Sonja Axen den Witwenanteil an der Entschädigungsrente ihres Mannes entzog, weil dieser „in obrigkeitstaatlicher Funktion Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit gegenüber Dritten missachtet“ habe. Der einstige NS-Verfolgte und KZ-Häftling Hermann Axen hatte 1971 und 1973 an Politbürobeschlüssen zur Grenzsicherung der DDR mitgewirkt. Seiner körperlich schwer behinderten, fast mittellosen Witwe war vor dem Sozialgerichtsurteil schon das gemeinsame Sparguthaben weggenommen worden. (S. 124 ff.)

Wesentlich anders verhielten sich BRD-Instanzen der Witwe eines ebenfalls Prominenten, des Volksgerichtshofpräsidenten Freisler gegenüber. 1975 fügten bayerische Behörden den Bezügen der wohlstehenden Dame eine Lastenausgleichsrente hinzu. Sie motivierten diese damit, dass Hitlers oberster Blutrichter, wäre er nicht 1945 ums Leben gekommen, sicher „als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes tätig gewesen“ wäre, im Nachfolgestaat also mehr Geld bezogen hätte. (S. 131) Nach Berechnungen von 1958 gab die BRD damals jährlich 1,4 Mrd. DM für ehemalige Nazibürokraten, -juristen und -offiziere aus. Nicht zuletzt mit Hilfe einer willfährigen Justiz trug sie dafür Sorge, dass bewährte historische Bräuche und Traditionen, auch des doppelten Rechts, beibehalten wurden.

Manfred Behrend

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis
4x im Jahr, pro Heft € 3,-/Abo € 13,-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

- Nr. 139: 32. Jg., Frühjahr 2003, 40 S.**
- Faustrecht (zum Krieg gegen den Irak)
 - Verwirrung der Linken im Fall Nordkorea
 - Rechte Anpassungspolitik der PDS
 - Gesundheitsreform
 - Tarifabschluß im öffentlichen Dienst
- Nr. 138: 32. Jg., Winter 2002, 40 S.**
- Aufmarsch der USA gegen den Irak
 - PDS: Wahlkampfdebakel und Parteitag
 - Innenpolitik nach der Bundestagswahl
 - Wohin steuern die Gewerkschaften
 - Arbeitslosigkeit – was tun?
 - Georg Elsner (Rezension)
- Nr. 137: 31. Jg., Herbst 2002, 40 S.**
- Keine Stimme den Kriegsparteien
 - Linke Anpassung an bestehende Verhältnisse
 - Wege und Holzwege (Klassenkampfaspekte)
 - Zur Mehndorns Bahn“reform“
 - Nachdruck zum Nahostkonflikt
- Nr. 136: 31. Jg., Sommer 2002, 40 S.**
- Der Streik in der Metallindustrie
 - Zur Entwicklung in der PDS
 - Die Linke in Deutschland
 - Vom Handelskapital zur Globalisierung
 - Interview mit dem Autor (s.o.)
 - Gegenden Strom (Rezension der Neuauflage)
 - Abendrothbiographie (Rezension)
- Nr. 135: 31. Jg., Frühjahr 2002, 48 S.**
- Von der Dominanz zur Weltherrschaft
 - Linke: Abkehr vom Antiimperialismus
 - Zum Demonstrationsverbot in München
 - PDS: Kapitulation in Berlin
 - Tarifrunde: „Es muss kräftig mehr Geld geben“
 - Neonazis in Sachsen
- Nr. 134: 30. Jg., Dezember 2001, 40 S.**
- Staatsterrorismus der USA
 - Der PDS-Parteitag
 - Gewerkschaftsvorstände als Bereicherungsclique
 - Die Antiglobalisierungsbewegung
 - Kein Ende des Sozialabbaus
 - Die „Gnade der Ausbeutung“
 - KPD und andere in der Weimarer Republik
- Nr. 133: 30. Jg., September 2001, 40 S.**
- Intervention in Mazedonien
 - Zwickels Verrat
 - Vor dem PDS-Parteitag
 - Gesundheits„reform“
 - Neo-Nazis in der Sächsischen Schweiz
 - Brandler Biographie (Rezension)
 - KPÖler in Moskau (Nachdruck)
- Nr. 132: 30. Jg., Juni 2001, 40 S.**
- 1. Mai in Augsburg: Gewerkschaften gehen – die Faschisten kommen
 - Solidarität für was? Gefühl oder marxistische Analyse
 - Revolutionäre Bewegungen in Kolumbien
 - Gedanken zur Globalisierung
 - Deutscher Rechtsextremismus (Rezension)

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Nachdruck aus „RotFuchs“, April 2003

„Hotel California“

Die „Basler Zeitung“ berichtet über brutale Verhörmethoden der Antiterrorkrieger

Unsere Schweizer Leserin Louise Stebler-Keller übermittelte uns den nachfolgenden Beitrag von Willi Germund, Bangkok, der in der „Basler Zeitung“ erschien.

Zu sehen ist vom „Hotel California“ herzlich wenig. Ein Kamin aus Blech, aus dem manchmal Rauch quillt und manchmal nicht. Ein graues Dach, das sich nicht von denen anderer Hangars unterscheidet, die in Sichtweite des Pressezentrum auf dem US Stützpunkt Baghram, 45 Kilometer nördlich der afghanischen Hauptstadt Kabul, liegen. Das „Hotel California“, zynisch benannt nach einem Song der „Eagles“ über eine Stätte, von der man so schnell nicht wieder loskommt, ist ein „Verhörzentrum“ der USA im Kampf gegen den weltweiten Terror. Das wichtigste neben jenem im südafghanischen Kandahar und jenem auf der abgelegenen Insel Diego Garcia im Süden des Indischen Ozeans.

In Baghram wird seit seiner Verhaftung Khalid Sheikh Mohammed, die einstige Nr. 3 im Terrornetzwerk Al Qaida, unter „höchstmöglichem Druck“ in die Mangel genommen. Manchmal sterben auch Gefangene an den Verhörmethoden, von denen Washington steif und fest behauptet, daß es sich nicht um Folter handle. Ein Sprecher des US Militärs auf Baghram mußte in der vergangenen Woche zugeben, daß der Tod zweier inhaftierter Afghanen Mitte Dezember inzwischen als „Mord“ behandelt wird.

Ein Mann, von dem nur das Alter von 22 Jahren, der Vorname Dilavar und seine Heimatprovinz Khost bekannt sind, starb nicht, wie ursprünglich von den USA behauptet, an einem



„Herzschlag“. Bei der Obduktion seiner Leiche fanden Ärzte vielmehr heraus, daß der junge Mann sein Verhör nicht überlebte, weil er „Verletzungen mit einem stumpfen Gegenstand an den unteren Extremitäten“ erlitt, die eine „Arterienkrankheit verschlimmerten“. Der 30jährige Mullah Habibullah – bisherige offizielle Todesursache: „Lungenembolie“ starb an einem „Blutpfropfen in der Lunge, der durch „Verletzungen



mit stumpfer Gewalt“ verursacht worden sei. Im Klartext: Die beiden Gefangenen wurden beim Verhör durch US-Personal zu Tode geprügelt. Weshalb sie verhaftet wurden, und ob es überhaupt Anlaß gab, die beiden Männer so zu malträtieren, weiß außer einem kleinen Kreis von Eingeweihten auf dem US-Stützpunkt Baghram niemand. Denn Washington behandelt die Inhaftierten im Anti Terror Kampf als „gesetzlose Gefangene“, denen keine einzige internationale Konvention Schutz bietet. Und damit die US Gesetze nicht in die Quere kommen, werden die Gefangenen absichtlich an Orten wie Baghram festgehalten oder in Ländern wie Ägypten, die wegen ihrer „aggressiven Vernehmungen“ mehr als berüchtigt sind.

„Wir bekommen längst nicht alle Gefangenen auf Baghram zu sehen“, sagt eine Vertreterin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der einzigen Organisation, die außer CIA und Militärs manchmal Zugang zu den Kerkern der Verhörzentren erhält. Bisher hatte Washington nur zugegeben, daß „Streß und Härte“ bei Verhören eingesetzt würden. Die Gefangenen müssen stundenlang stehen, mit einer schwarzen Haube über dem Gesicht lauten Lärm und plötzliche Lichtblitze erdulden.

Manchmal erhält auch eine weibliche Agentin den Auftrag, den männlichen Gefangenen ein paar Tritte zu versetzen in der Hoffnung, die Demütigung könne sie dazu bringen, auszupacken.

im Fall von Khalid Sheikh Mohammed, der während der vergangenen zehn Jahre in nahezu alle Terrorattacken verwickelt war, die Al Qaida organisierte, besitzen die Verhörspezialisten noch einen

weiteren Hebel, ihren Gefangenen zum Sprechen zu bringen: Zwei kleine Kinder des Terrorplaners sind den US-„Basler Zeitung“ Agenten und pakistanischen Behörden in die Hände gefallen.

Wie fragwürdig die Methoden sind, die Washington im Kampf gegen den Terror anwendet, zeigt nicht nur der Tod der beiden Afghanen im Dezember vergangenen Jahres. Bei den 650 Gefangenen, die inzwischen im Lager von Guantanamo auf Kuba sitzen, handelt es sich laut US-Eingeständnis ausschließlich um Menschen, die nichts oder fast nichts wissen. Trotz dem werden sie festgehalten – Ende offen. Was aber mit den hochkarätigen Leuten geschieht, die

von den USA festgesetzt werden, weiß niemand.

Pakistan allein hat mittlerweile immerhin 480 angebliche Terroristen und ihre Helfer an die USA übergeben. In Afghanistan sind laut Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen rund 3000 Leute durch die USA festgenommen worden. Einige landeten in afghanischen Gefängnissen. Einige wenige wurden freigelassen. Wie viele Häftlinge in den Käfigen einsitzen, die US Militärs im „Hotel California“ in Baghram für je zehn bis fünfzehn Leute eingerichtet haben, ist unbekannt. Was mit den „wichtigeren“ Gefangenen in einem oberen Stockwerk passiert, wissen selbst die Afghanen nicht, die wieder

auf freien Fuß gesetzt wurden. Einen Hinweis gab im Januar US-Präsident George W. Bush: „Ich will es einmal so sagen: Sie sind kein Problem mehr für die USA, unsere Freunde und unsere Alliierten.“

Wer mehr wissen will, stößt auf das große Schweigen. Besucher des Pressezentrums in Baghram werden zuvor auf eine lange Liste von Verhaltensregeln eingeschworen:

„Unter keinen Umständen dürfen Aufnahmen oder Interviews über Verhaftete und die Anlagen gemacht werden, in denen Gefangene in Afghanistan festgehalten werden, es sei denn, eine ausdrückliche Genehmigung liegt vor.“ Und die erhält man nie.

Anzeige

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

„Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung

verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiterbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen

ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbote erhalten, vor Gericht gestellt oder zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe e.V. den von der Reaktion Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (§2 der Satzung der Roten Hilfe e.V.)

ROTE HILFE e.V. – Bundesgeschäftsstelle

Postfach 3255, 37022 Göttingen
 Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15.⁰⁰ – 20.⁰⁰ Uhr)
 Fax: 0551 – 770 80 09
 bundesvorstand@rote-hilfe.de
 www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
 Kontonummer: 19 11 00 – 462
 BLZ: 440 100 46
 Postbank Dortmund

BEITRITTSERKLÄRUNG/EINZUGSERMÄCHTIGUNG:

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.
- Außerdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte regelmäßig den E-Mail-Newsletter erhalten

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V., jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen.

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von

- jährlich 72,- € anderer Betrag
- halbjährlich 36,- € anderer Betrag
- vierteljährlich 18,- € anderer Betrag
- monatlich 6,- € anderer Betrag

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 6,- €, der Mindestbeitrag ist (für SchülerInnen, Erwerbslose usw.) 3,- € monatlich

Vorname und Name _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ, Wohnort _____

Telefonnummer _____

e-mail _____

Name und Ort des Kreditinstituts _____

BLZ _____

Kontonummer _____

Datum und Unterschrift _____

Arbeiterstimme, Juni 2003

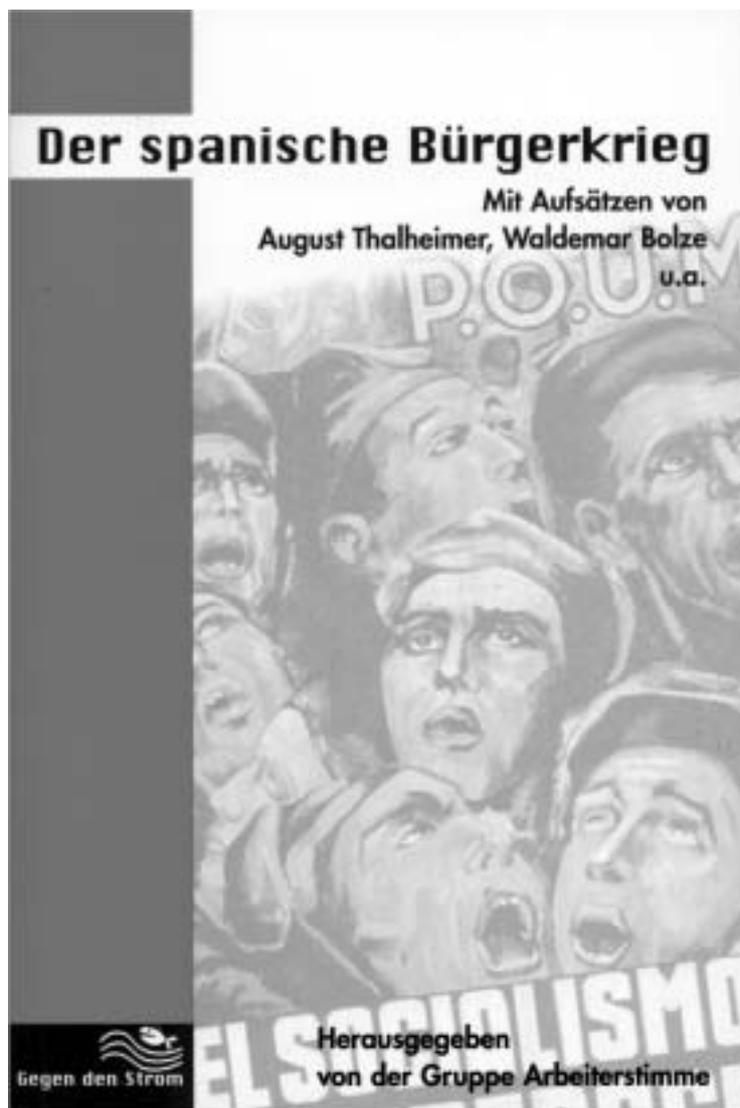
**SOLIDARISCH SEIN - MITGLIED WERDEN
 AKTIV SEIN!**

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 25,00 €
- August Thalheimer: Programmatische Fragen**, Kritik des Programmentwurfs der kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß) 112 Seiten, 9,00 €
- Die politische Theorie August Thalhaimers 1919 - 1923** (Harald Jentsch) 1993, 120 Seiten, 11,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 10,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,00 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €

Das Porto wird entsprechend der neuen Postgebühren berechnet

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barce-

lona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



510 Seiten,
Paperback,
€ 25,-
ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten,
Paperback,
€ 25,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg